

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänisch, Sozial- und Arbeiterblätter, Lehrerzeitung, Litauen, Estland, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Kreuzbandbeilage „Arbeiterstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 28. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikaldruck: Berlin 27 538 - Druckort: Druck der Arbeiter, Wagendruck und Beamten, Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 2.

Anzeigenpreise: Die einseitige Spaltenbreite 10 Pfennig. Kleinanzeigen 1.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (ausfallsfrei zwei fettgedruckte Wörter, jedes weitere Wort 12 Pfennig). Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben addieren für zwei Worte. Arbeitsmarkt: Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Geöffnet von 5 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Luther gegen die Deutschnationalen.

Er fordert ein Vertrauensvotum. - Heute Entscheidung.

Von Müller zur Klarheit aufgefordert, von Westarp zum Widerstand gereizt, sprach gestern Reichstanzler Luther zum zweitenmal in dieser Debatte über die Stellung seines Kabinetts. Seine in Tönen stärkster Erregung vorgetragene, von wiederholten Faustschlägen begleitete Rede bildete den dramatischen Höhepunkt der Sitzung. Sie schloß mit der Aufforderung an den Reichstag, sich durch ein Vertrauensvotum zur neuen Regierung zu bekennen.

Auf allen Bänken erhebt sich die Frage: Wo soll das Vertrauensvotum herkommen? Völkische und Kommunisten haben Mißtrauensvoten eingebracht. Die Deutschnationalen haben nach fünfstündiger heißer Sitzung desgleichen getan. Westarps Rede war eine Kampfanzeige. Hörte man sie, so konnte man glauben, die neue Regierung sei durch und durch „marxistisch verseucht“ und könne kein höheres Ziel als „Sozialisierung“ haben. Ja, diese zweite Luther-Regierung ist von der Sozialdemokratie abhängig, und darum sagt ihr der Graf Kampf bis aufs Messer an. Von da aus also keine Hilfe. Höchstens, daß sich ein paar Deutschnationale bei der entscheidenden Abstimmung verkrümeln können.

Inzwischen liegt schon ein Antrag der Mittelparteien vor: „Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstags.“ Besitzt sie es? Es ist klar, daß sie es nicht besitzt. In der Koalition der Mitte selbst traut die Rechte nicht der Linken und die Linke nicht der Rechten; die Sozialdemokratie sieht dieses Spiel, sieht die inneren Unklarheiten und Widersprüche. Die Antragsteller können ihren Antrag höchstens als eine Formalität betrachten, die ausgeführt werden soll, um der Regierung zunächst einmal das Leben zu lassen; daß keine Mehrheit da ist, die ein innerliches Vertrauen zu dieser Regierung besitzt, wissen sie auch. Kann man von anderen mehr verlangen, als was man selber hat?

Die Ausleger sind geschäftig. „Luthers Ziel“, sagen die einen, „war von vornherein eine Beamtenregierung. Er will die parlamentarische Regierung der Mitte untergeben lassen, um zu zeigen, daß es nicht so weitergeht und daß eine Beamtenregierung kommen muß - natürlich mit ihm an der Spitze.“ „Rein“, sagen die anderen, „eine Beamtenregierung muß doch auch eine Mehrheit haben, wenn sie nicht einen Staatsstreich begehen will. Luther will die Auflösung, und bis auf weiteres will er mit dem Artikel 48 regieren.“ „All das ist gar nicht so tragisch zu nehmen“, sagen die dritten. „Luther rechnet mit einer Stimmhaltung der Sozialdemokraten, dann halten sich seine Anhänger und seine Gegner die Wage, und weil es dann auf jeden Mann ankommt, darum kämpft Luther um die paar Stimmen, die er zum Sieg braucht, mit so großer Leidenschaft.“

Verbirgt sich hinter den Absichten des Kanzlers wirklich ein bestimmter Plan? Wir haben Grund, es zu bezweifeln. Luther möchte zunächst einmal durch die erste Abstimmung durchkommen. Gelingt ihm das nicht, so wird er sich mit seinem Kabinettsrat noch einmal überlegen, was zu tun ist.

Seine Wut gegen die Rechte ist offenbar ehrlich. Seine Faustschläge sind nicht vor dem Spiegel einstudiert, wie einst der berühmte Faustschlag, mit dem Bülow im Jahre 1907 die Auflösung des Reichstags ankündigte. Jede Regierung kommt auf dem Gebiet der Außenpolitik immer wieder in Gegensatz zur Rechten, jede erfährt an sich selbst, daß man verantwortliche Politik nicht nach den Rezepten der nationalistischen Demagogie machen kann.

Man denkt an Weimanns Rede gegen „die Piraten der öffentlichen Meinung“.

Mit einer Leidenschaft, die aus mächtiger Ueberlegung herauswächst, bekennet sich Luther zu Locarno und zum Völkerbund.

Hätte der Reichstanzler für seine Innenpolitik die logischen Folgerungen aus seiner außenpolitischen Haltung gezogen, so wäre die Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die heute vormittag zu entscheidender Beratung zusammentritt, leicht. Das war ja der Widerspruch, an dem die ganze Luther-Politik bisher immer frantke, daß sie mit antirepublikanischen und antisozialen Elementen eine Politik der internationalen Verständigung treiben wollte. Daran ist das erste Luther-Kabinettsrat zugrunde gegangen. Und das zweite scheint durchaus nicht auf dem Wege, zwischen äußerer und innerer Politik die notwendige Harmonie zu erreichen.

Hier also, auf dem innerpolitischen, dem wirtschafts- und sozialpolitischen Gebiet liegen die Klippen, an denen das Regierungsschiff zu scheitern droht. Und selbst wenn es ihm noch gelänge, die erste zu umschiffen, wäre es lange noch nicht aus der Gefahrenzone heraus.

Herrmann Müllers kluge, geschickte und wirkungsvoll vorgetragene Rede konnte nach der Lage der Umstände keinen anderen taktischen Zweck haben, als Aufklärung über die Absichten der Regierung zu erlangen. Dieser Zweck ist, soweit die Außenpolitik in Betracht kommt, erreicht. In der Innenpolitik ließ sich der Reichstanzler nicht aus seiner Reserve herauslocken. Von den - wie wir gern annehmen - ehrlich gemeinten Erklärungen des guten Willens können sich die Arbeitslosen nichts kaufen.

Was die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betrifft, so wird sie voraussichtlich kein Mißtrauensvotum einbringen und auch für keines stimmen. Sie war aufgefordert, mit den Parteien der Mitte eine Regierungsgemeinschaft zu bilden, sie hat das mit guten Gründen abgelehnt, aber sie war nicht abgeneigt, eine Weile zuzusehen, was die Parteien der Mitte aus eigenem zu vollbringen vermögen. Ob dazu noch eine Möglichkeit vorhanden ist, nachdem sich die Mittelparteien mit ihrem Vertrauensantrag vornehmlich festgelegt haben und nachdem Herr Luther mit seinem innerpolitischen Programm weit hinter bescheidenen Erwartungen zurückgeblieben ist, wird die Reichstagsfraktion heute zu prüfen haben.

In der Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung nahm nach Fehrenbach das Wort

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Die Ausführungen Fehrenbachs waren im Grunde genommen weiter nichts als eine Umschreibung der Rede des Reichstanzlers. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zuerst links: Nur etwas öfliger! Beide Redner haben darauf aufmerksam gemacht, daß das Kabinetts eine Minderheitsregierung ist, das die Mithilfe anderer Parteien braucht. Aber wie soll diese Mithilfe verlangt werden, wenn das Programm so wenig präzise ist, wie das gestern der Fall war. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn sich der Reichstanzler auf die Programmklärung beruft, die er für eine Rechtsregierung abgegeben hat, so ist das am allerwenigsten die Klärung, die wir erwarten mußten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach der gestrigen Rede des Reichstanzlers kann man beim besten Willen nicht sagen, daß die jetzige Regierung Luther vom Geist der Linken beeinflusst ist. Aufgabe der Debatte ist es, die allgemeinen Formulierungen des Reichstanzlers klarzustellen und dafür zu sorgen, daß sie annehmbar werden.

Wir befinden uns außen- und innenpolitisch in einer Lage, die alle Klären handeln verlangt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Die notleidenden Massen können verlangen, daß eine verantwortliche Regierung da ist und daß sich der Zustand nicht wiederholt, den wir jetzt viele Wochen lang erlebt haben.

(Zuruf aus dem Zentrum: Durch Ihre Schuld!) Ich verwahre mich gegen diesen Vorwurf auf das entschiedenste. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Als am 25. Oktober die Deutschnationalen ausbrachen, haben wir der Regierung nicht den Rat gegeben, die Demission bis zum 5. Dezember zu verzögern. Ich glaube, das Programm, das uns gestern vorgetragen worden ist, hätte auch damals in wenigen Tagen gemacht werden können. (Zustimmung und Heiterkeit bei den Soz.) Nach der Demission haben wir nach langwierigen Verhandlungen am 16. Dezember den klaren Beschluß gefaßt, die große Koalition abzuschließen. Unsere Schuld ist es nicht, daß die heutigen Regierungsparteien bis zum 12. Januar es nicht zuwege gebracht haben, ein so inhaltloses Programm aufzustellen, wie das gestern gehörte, sondern daß sie noch einmal an uns herantraten, um unseren Beschluß noch einmal zu hören. Man wußte doch, daß unser Beschluß aus sachlichen Gründen erfolgte und daß in keiner Weise eine neue Situation geschaffen war! Man hätte nun annehmen müssen, daß nach dem 12. Januar in ganz kurzer Zeit die neue Regierung zustande kam, da das Programm, über das man sich während der vorhergehenden Verhandlungen mit uns bereits geeinigt hatte, fertig auf dem Tisch lag. Es war nicht unser Programm. Denn uns hatte es in fünf Punkten nicht genügt. Über plötzlich war dieses Programm nicht mehr die Grundlage. Ich nehme doch nicht an, daß das Programm Passagen enthält, die man nur um der Sozialdemokraten willen aufgenommen hätte, sondern daß das, was damals als Programmwille formuliert war, auch Inhalt des politischen Bestrebens der beteiligten Parteien gewesen ist.

Anstatt der raschen Einigung kam es aber nach dem 12. Januar zu einem Kampf um die Ministerien, der bewiesen hat, wie berechtigt unser Mißtrauen und unsere Haltung war. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Auch die Tatsache, daß in der gestrigen Regierungserklärung das Wort „Republik“ überhaupt nicht vorkommt, und daß sich der eben noch designierte Kanzler Koch diesen Regierungsparteien für das neue Kabinettsrat als Innenminister untragbar erwies, beweist die Berechtigung des Mißtrauens. Glaubt man etwa, daß das Haus Bayern aus mehr entgegengekommen wäre, als dem Abg. Koch? (Heiterkeit bei den Soz.)

Daß sich der Reichstanzler für eine Fortführung der bisherigen Außenpolitik erklärt, ist selbstverständlich. Die Zeiten, in denen

Wilhelm II. und Baron v. Hofstein Jachzpolitik betrieben haben, sind vorbei. Wir brauchen die klare Linie einer ehrlichen Außenpolitik, ohne die ein wirtschaftlicher Aufbau Deutschlands überhaupt nicht möglich ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und deswegen kann es in bezug auf Locarno und in bezug auf London für jeden vernünftigen Menschen ein Zurück überhaupt nicht geben. (Erneute Zustimmung bei den Soz.) Sehr richtig war es, wenn der Reichstanzler gestern sagte, die wichtigste Entscheidung der Regierung betreffe den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Aber wann soll diese Entscheidung getroffen werden? (Sehr gut! bei den Soz.) Es kommt darauf an, daß das möglichst bald geschieht. Deshalb sage ich dem Reichstanzler:

Hierin ist eine besonders klare Politik notwendig, und er muß den Mut haben, auszusprechen, daß diese Entscheidung keine Aufschiebung duldet. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten im Staatshaushaltsauschuss in München, für Deutschland wäre es nicht nachteilig, wenn es dem Völkerbund fernbliebe, und eine Rede des Abg. Hergt vom 13. Dezember, in der er sagte, keine Macht der Welt könne den Reichspräsidenten zwingen, die Unterschrift zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu leisten, und die nationale Opposition müsse ihn durch ihren Druck in dieser Richtung unterstützen, beweisen, daß Kräfte am Werk sind, die den Eintritt sabotieren möchten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der vorliegende Antrag der Deutschnationalen denkt darauf hin. Die Wünsche, die da ferniert werden, sind dieselben, die man dem Abg. Schiele auf den Weg gab, als er in das erste Kabinettsrat eintrat. Dieser Minister blieb bekanntlich im Kabinettsrat, machte die Juli-Note mit und stellte damit die Verantwortlichkeit der deutschnationalen Fraktion für diese Politik ausdrücklich fest. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben gestern dafür gekämpft, über den deutschnationalen Antrag mit zu debattieren, weil wir überzeugt sind, daß in der Debatte über die Regierungserklärung Klarheit über diesen Antrag geschaffen werden muß. Jedenfalls kann kein Zweifel darüber sein, daß die Deutschnationalen aus ihrer Einstellung der Außenpolitik der Reichsregierung gegenüber bereits im vergangenen Sommer die Konsequenzen ziehen müßten.

Ueber die Gründe, die für den Eintritt in den Völkerbund sprechen, ist es eigentlich kaum notwendig, noch etwas zu sagen. Nur im Völkerbund kann man in der Abrüstungsfrage der anderen denjenigen Einfluß bekommen, der uns nach dem Versailler Vertrag gegeben ist, in dem eine allgemeine Abrüstung vorgesehen und die deutsche Abrüstung nur als Vorgänger der allgemeinen ausdrücklich ins Auge gefaßt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die neuesten aus Frankreich herübergekommenen Berichte, die angeblich General Walsh erstattet haben soll, sprechen für den Eintritt in den Völkerbund, um dort das zu veranlassen, was zugunsten Deutschlands veranlaßt werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir begrüßen die bevorstehende Abrüstungskonferenz. In der Abrüstungsfrage befinden wir uns in voller Uebereinstimmung mit den sozialistischen Parteien der anderen Länder.

Was für die Abrüstungskonferenz gilt, gilt natürlich erst recht für die Wirtschaftskonferenz, da das Dumping der voluta-schwachen Länder auch die deutsche Wirtschaftskraft schädigt und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt hindert. Im Zusammenhang mit der Völkerbundfrage möchte ich auch an dieser Stelle betonen, daß es uns notwendig zu sein scheint, Männer zum Völkerbund nach Genf zu schicken, die mit dem Herzen bei der Sache sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen, daß da schon allerhand Vorschläge gemacht worden sind. Ich habe hier vor mir

ein Heftchen, das unter der Patronanz des Bürgerrats, des Herrn v. Loebel, herausgegeben wird.

(Zuruf links: Keine Nummer!) Darin ist ein Artikel: „Achtung, der Hund beißt!“ (Zustimmung und Rufe links: Sehr gut!) Da wird empfohlen, einen Mann nach Genf zu schicken, dem man ein Schild um den Hals hängen kann mit dieser Empfehlung:

„Erreichen können wir im Völkerbund nur etwas, wenn wir uns so un bequem wie möglich machen.“ (Heiterkeit links.) Wenn der deutsche Vertreter gefährdet wird, nur dann wird er und mit ihm Deutschland geschadet und beachtet werden. (Zustimmung rechts. - Rufen links.) Deutschlands Vertreter in Genf muß in Wahrheit die Rolle des Hechls im Karpienteich spielen. (Sehr gut! rechts.) Es ist besser, er kommt in den Ruf, ein Querculant zu sein (Heiterkeit links), als daß man ihm nachfolgt, er ist ein liebenswürdiger, umgänglicher, charmanter Herr. (Zustimmung rechts und Lachen links.)

Das sind die Empfehlungen des Bürgerrats, der sich zum Ziel gesetzt hat, alle bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu einigen. Ich glaube, wer es ernst mit der deutschen Außenpolitik meint, kann sich zu dieser Querculantpolitik nicht bekennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das würde ja wieder zu jener berühmten Politik der Randbemerkungen Wilhelms II. zurückführen, der in bezug auf die Haager Konferenz erklärte, daß er sich auf sein blankes Schwert verleihe und im übrigen auf diese ganzen Abmachungen pisse. Er hat einen anderen Ausdruck gebraucht, aber ich kann ihn hier nicht wiederholen.

Zu den Rückwirkungen möchte ich erklären, daß wir mit allen Parteien dieses Hauses darin einig sind, daß die in der Bot-schafternote vom 16. November 1925 gemachten Zusagen nicht

erfüllt sind. Aber wenn wir für die Erfüllung der Aufgaben kämpfen, müssen wir auch da den Hebel ansetzen, wo unsere Politik den Widerstand der anderen vermehrt. (Sehr richtig bei den Soz.) Der Widerstand kommt nicht aus den Reihen der Entente-regierungen, sondern von den Entente-militärs (Sehr richtig bei den Soz.), die genau so sind wie die deutschen Militärs während des Krieges. Und diese Entente-militärs stützen sich auf den kriegerischen Geist, der in Deutschland gepflegt wird.

Nach vor acht Tagen erklärte Professor Roethe auf einer sogenannten Reichsgründungsfeier, die deutsche Jugend erscheine den Tag, wo sie wieder das blanke Schwert schwingen könne.

Durch solche Redensarten und ähnliche Pressedurchführungen, die man in den Organen der Regimentsregimente finden kann, wird in den Ententestaaten das Gefühl der Unsicherheit genährt. Ich möchte den Reichsaussenminister und den Reichskanzler fragen, ob in den Besprechungen in Locarno nicht auch von Entente-seite auf diese Klatschereien der Presse der Vaterländischen Verbände und der sogenannten Behörungsorganisationen hingewiesen worden ist. Weiter stützen sich die französischen Militärs auf die Erklärung einer so großen Partei, wie der Deutschnationalen, die Locarno-Beizehe seien nicht rechtmäßig zustande gekommen, weil sie nicht mit der qualifizierten Mehrheit der Versammlung angenommen worden sind. (Hört, hört im Zentrum.) So unzulässig diese Konstruktion ist, so schlimm ist es, daß immer wieder den französischen Militärs dieser Ball hingeworfen wird. (Sehr wahr bei den Soz.) Und ich glaube, es gibt manchen frommen französischen General, der als Abende betet: Gott erhalte uns die Deutschnationalen, und erhalte sie in ihrer politischen Verbösheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Lachen rechts.)

In der Frage der Rückwirkungen kann ich mit dem Reichsaussenminister anschließen; aber von einem Vertragsbruch könnte erst nach Inkrafttreten der Verträge die Rede sein. Und in diesem Zeitpunkt muß man sich nicht nur für Verkürzung der Befahrungsfristen überhaupt, sondern auch für jene Erleichterungen im Saargebiet einsetzen, die mir seit Jahr und Tag verlangen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich eine

Behauptung des Abg. Stegerwald

in der „Germania“ zurückweisen, unsere Außenpolitik bedeute für uns wegen unserer positiven Grundhaltung kein Opfer. Wir beurteilen nicht nur den Vertrag von Versailles ebenso scharf wie nur irgend eine Partei, sondern haben auch in einem Zweifel darüber gefaßt, daß uns in der oberflächlichen Frage unrecht ge-schehen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wenn wir, und zwar mit der Zentrumspartei gemeinsam, schmerzlicher auf uns genommen haben, so nur deswegen, weil wir überzeugt waren, daß Deutschland nur so vor der Zerstückelung bewahrt werden kann. (Sehr richtig bei den Soz.) Der Vorwurf aus den Reihen des Zentrums ist um so bedauerlicher, als er einen ähnlichen Angriff bedeutet, wie er in jener Heide der Rechtsparteien zutage-getreten ist, der Erzberger zum Opfer fiel.

Wir werden also die Außenpolitik der Regierung unterstützen, solange sie der Politik von London und Locarno treu bleibt, in demselben Augenblick aber bekämpfen, in dem sie sich der Außenpolitik der Vaterländischen Verbände unterwerfen möchte. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Zur Frage der Innenpolitik muß ich zunächst fordern, daß der Referentenentwurf zum Schulgesetz, der aus der Zeit des Innenministers Schiele stammt und der einen Befahrungsbruch bedeutet, zurückgezogen wird. Sollte der Kampf um das Schulgesetz beginnen, dann werden wir verlangen, daß auch die weltliche Schule den ihr gebührenden Platz erhält. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Was das Wahlgesetz anbelangt, sind wir mit einer Beibehaltung der Wahlkreise einverstanden. Aber die kleine Wahlreform darf nicht dazu benutzt werden, um irgendetwas am Wahlrecht zu ändern, das grundsätzlich in der Verfassung festgelegt ist. (Zustimmung bei den Soz.)

Wenn der Reichskanzler die Hoffnung ausdrückt, im Reichstag eine

Regelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung der früheren Fürstendhäuser

herbeizuführen, so weiß ich nach den bisherigen Erfahrungen im Rechtsausfluß nicht, worauf er die Hoffnung gründet. Die Unruhe, die der Kaiser dem Volk ersparen möchte, ist keine Folge des Volksentscheids, sondern der Volksentscheid ist eine Folge der Unruhe (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.), wenn das Wort Unruhe hier überhaupt am Platz ist; denn es handelt sich doch jetzt draußen um einen Volkszorn (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.), der sich angeammelt hat und der elementar ausbricht, je mehr Einzelheiten über dieses (damals, repräsentische) Vorgehen der früheren Fürsten auf Kosten des deutschen Volkes bekannt werden. (Stürmische Zustimmung bei den Soz. Jurist rechts; erneute lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das ist

um so verwunderlicher, als für das Unglück des deutschen Volkes die deutschen Fürsten solidarisch hafter sind.

Denn nach der alten Bismarckschen Verfassung war ja das Deutsche Reich ein ewiger Bund der Fürsten, und wir haben nicht gehört, daß irgendwie einer der während des Krieges regierenden Fürsten eingegriffen hat, als mahnwichtige Annerkennungspläne von fast allen größeren Staaten von den Fürstendhäusern aus angeht worden sind. (Zustimmung bei den Soz.) Reulich ist allerdings ein einziger Brief bekannt geworden, den der (ältere) Herzog von Meiningen an den bayerischen Prinzregenten aber König damals abgeschrieben hat, worin er darauf aufmerksam macht, daß es mit dieser Hausmachtpolitik während des Krieges so nicht weitergehe.

Ich glaube, das Blut muß doch jedem Deutschen zum Kopf steigen, wenn er daran denkt, wie während des Krieges die Wittelsbacher und Hohenzollern sich um das Elck in Denkschriften herumgebalgt haben (Sehr richtig! bei den Soz.), das durch ihre wahnwichtige Kriegspolitik jetzt wieder an die Franzosen zurückgefallen ist. (Zuruf rechts: Wahnwichtig!) Ja, wahnwichtige Kriegspolitik Wilhelms II. und seiner Generale! (Sehr richtig! bei den Soz.)

Darüber ist doch kein Zweifel. Sollen wir Ihnen denn immer wieder nachweisen, wie diese Annerkennungspolitik dazu geführt hat, daß alle Friedensmöglichkeiten verpaßt worden sind? (Sehr gut! und Zustimmung bei den Soz.) Ich glaube, Sie täuschen sich über die Stimmung im Volke.

Die Stimmung zugunsten eines Volksentscheides geht weit über die Kreise unserer Partei hinaus. (Nach rechts.) Denken Sie an die Kolonialdeutschen, an die Auslandsdeutschen, die mit schäbigen Entschuldigungen abgefunden worden sind und jetzt sehen müssen, wie die Fürsten zu 100 und mehr Proz. ausgewertet werden. Denken Sie vor allem an die fägliche Abfindung der Kriegsanleihebesitzer. Glauben Sie, beim nächsten Krieg wird sich im deutschen Volke noch ein Gsel finden, der Kriegsanleihe zeichnet? Einstweilen kann ich den Fürsten und ihren Anwälten nur unseren Dank für die glänzende Agitationsleistung aussprechen, die sie uns gegenüber der Monarchie verschafft haben.

Die wohlwollenden und mittelbilden Versprechungen der Reichsregierung zur Sozialpolitik haben keinen Rahmewert.

Das Herausnehmen der Arbeitslosenziffer zwischen dem 1. und 15. Januar von 1,5 auf 1,7 Millionen sollte alle Parteien dazu antreiben, held und ausreißend zu helfen. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß die Hilfe, die hier geleistet wird, zum größten Teil durch Beiträge aufgebracht wird, die jetzt erhöht wurden, so daß die schwerste Last wieder auf die Arbeiter und Angestellten abgemuldet worden ist. Aber auch aus dem allgemeinen Mitteln müssen laufend Summen zur Befähigung geholt werden zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Und

wenn man eine Ermäßigung der Besitzsteuern planen kann, werden diese Mittel wohl auch da sein. Die Mieterhöfungen, die am 1. April bevorstehen, sind ein deutliches Beispiel dafür, daß man immer und immer wieder versucht, neue Lasten auf die Schultern der Erwerbslosen wie überhaupt der gesamten Arbeiter- und Angestelltenkreise zu legen, obwohl von einem Erfolg der Preisentlastungsaktion nicht das geringste zu spüren ist. Dieser Mißerfolg ist eine Folge davon, daß die Regierung nichts Durchgreifendes gegen die Kartelle und Syndikate unternommen hat.

Wenn trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise keine Warenbestände auf den Markt geworfen wurden und dadurch automatisch eine Preisentlastung hervorgerufen wurde, so liegt das an der Liebermacht der Kartelle und Syndikate.

Wenn Wirtschaftskreise darüber klagen, das Steigen der Soziallasten behindere die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, so ist darauf zu antworten, daß in England die Löhne allein höher sind als die deutschen Löhne plus soziale Lasten. Das beweist, daß die deutschen Soziallasten einen vorübergehenden Lohnaufschlag für die Arbeiter- und Angestelltenkreise darstellen. Man ist sehr schnell bei der Hand, sich auf die Verfassung zu berufen, wenn es die Ansprüche der Fürsten gilt. Das sollte auch in der Frage der Erwerbslosen geschehen. Artikel 133 der Verfassung verpflichtet ausdrücklich denjenigen, die unverschuldet erwerbslos geworden sind, die notwendige Unterstützung. Wir sehen mit Spannung der Lösung entgegen, die uns der Reichskanzler in Bezug auf die Kurzarbeiterfrage versprochen hat. Es ist selbstverständlich, daß hier eingegriffen werden muß. Besonders möchte ich daran erinnern, daß eine Unterstützung der außerordentlich großen Zahl der Arbeitslosen im Rhein-Ruhr-Gebiet, die den Separatismus in jahrelangem Kampfe abgewiesen haben, geradezu vaterländische Pflicht ist.

In seinen Ausführungen über die Arbeiterschutzgesetzgebung hat der Reichskanzler auf den Achtstundentag mit keinem Wort Bezug genommen. Das ist um so auffälliger, als er im Gegensatz zum Programm noch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht nur von der gleichzeitigen Zustimmung Belgiens und Frankreichs, sondern auch Englands abhängig macht, das eine längere Arbeitszeit als die in Deutschland übliche und die durch das Washingtoner Abkommen vorgesehene hat. Das erweckt in uns den Verdacht, als ob diese Einbeziehung nur geschieht, um die Ratifizierung in die Länge zu ziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Solange wir darüber keine Klarheit haben, können wir um so weniger zu dem Arbeiterschutzprogramm des Reichskanzlers Vertrauen haben, als der Reichsverband der deutschen Industrie am 18. Dezember eine Denkschrift herausgegeben hat, in der gegen jede Schematisierung der Tarifverträge und der Anwendung des Achtstundentages Front gemacht und erklärt wird: Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden oder gehemmt werden.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die madie Preisgabe des achtstündigen Arbeitstages. Meines Erachtens ist es notwendig, daß die Herren aus der Deutschen Volkspartei ganz klar darin Stellung nehmen, ob sie in dieser Arbeiterschutzfrage auf dem Standpunkt der Reichschen Formulierung stehen oder ob sie die Formulierung ablehnen, die der Reichsverband der deutschen Industrie vorlegt. Dieser Punkt war der Hauptansatz, der uns nötigte, der Regierung der Großen Koalition dasjenige Vertrauen zu verlagern, das notwendig ist, wenn Parteien gemeinsam regieren sollen. Die Erfahrungen aus dem Jahre 1923 haben uns in dieser Hinsicht vorzüglich gemacht.

Wir werden also die Bemühungen der Regierung unterstützen, die bezwecken, den Export zu fördern und bessere Handelsverträge zu schaffen. Im Jahre 1924 erklärte der derzeitige Außenminister im „Hamburger Fremdenblatt“, die großen Fragen wirtschaftlicher Natur bei der Schaffung internationaler Handelsverträge und der Steuerreform seien bei der dogmatischen Einstellung vieler sozialistischer Kreise mit einer sozialistisch-bürgerlichen Koalition nicht zu lösen. Das Experiment mit der Rechten ist ja jetzt gemacht worden. Und die Folge? Der Syndikus des Vereins Deutscher Maschinenbauvereine hat vor kurzem erklärt, das Kabinett Cauer-Neuhaus-Schlehen habe wirtschaftsfeindlicher als irgend ein Kabinett der Vergangenheit regiert. An einer anderen Stelle sagt er: Je lächerlicher unser Zolltarif, desto lächerlicher unsere Handelsverträge. (Hört, hört bei den Soz.) Wenn sich die Herren aus der Fertigungsindustrie die Bescherung des letzten Jahres ordentlich ansehen, werden viele von ihnen der Überzeugung sein, daß mit den Sozialisten zusammen immer noch zu einer vernünftigen Handelspolitik und besserer Exportförderung gekommen wären als das mit den Herren von rechts der Fall war.

Dieser Teil des Programms des Reichskanzlers werden wir also unterstützen und wir hoffen dabei auch die Förderung des Wirtschaftsministers zu finden, obgleich er der rechte Hügelmann der Volkspartei gewesen ist, der die Luchsfähigkeit nach den Deutschnationalen hin aufrechterhalten hatte. (Widerspruch bei der Deutschnationalen Volkspartei.) Sie tannen doch den berühmten Brief, in dem Sie die 50prozentige Unterstützung dafür hergeben müßten, daß Sie die Regierungsbeteiligung angeboten bekamen? Wir wissen nicht, wie sich Dr. Curtius behaupten wird. Wir haben ja die Herren Scholz, v. Raumer und Becker schon als Wirtschaftsminister gehabt, so daß, wenn das so weiter geht, die Volkspartei bald aus lauter früheren Wirtschaftsministern bestehen wird, falls bei jeder Kabinettsbildung uns ein neuer Finanzminister vorgeschrieben werden soll. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Soz.)

Nach der Vergangenheit des Abg. Curtius haben wir starke Bedenken, daß er seine Wirtschaftspolitik im Rahmen des gesteckten vom Reichskanzler vorgelegten Programms führen wird.

Wenn der Reichskanzler sich mit der Notwendigkeit des Sparens beschäftigen sollte, sollte er vor allem sein Augenmerk auf das ungeheure Anschwellen des Pensionsfonds und auf eine Reform der Belegschaftsrente unserer Länderverwaltungen richten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn Sie hier zusammen mit uns dafür eintreten wollten, daß durch eine Vereinheitlichung eine Verbilligung erfolgt, dann werden Sie dem ganzen deutschen Volke nützen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich glaube, die einzelnen deutschen Stämme werden bei einer billigeren Verwaltung ihre Eigentümlichkeiten noch viel besser entwickeln können, als das unter der teuren Verwaltung der Fall ist, die mir zurzeit haben. (Zustimmung bei den Soz.)

Zum Schluß noch einige Anmerkungen über die Drohungen mit einer Staatskrise, die während der Regierungskrise in auffälligerweise gemacht wurden. Ich muß Bemerkung dagegen einlegen, daß die Laisance einer Minderheitsregierung irgend etwas mit den Voraussetzungen oder Vorbedingungen einer Staatskrise zu tun hätte. (Sehr richtig bei den Soz.) In England, Frankreich und Schweden hat es öfters derartige Regierungen gegeben, ohne daß auch nur von einer Staatskrise die Rede war. Es besteht deshalb kein Grund zur Annahme, daß in Deutschland eine solche Minderheitsregierung die Vorläuferin einer Diktatur ist. Es ist doch kein Zufall, daß nicht einmal im Jahre 1923, als die Fluten der Inflation aufs höchste stiegen, eine Diktatur zur Regierung gelangte.

Diktatur in Deutschland würde lediglich Omnipotenz der Bürokratie bedeuten. (Sehr wahr bei den Soz.) Had auf diesem Gebiet haben wir unter der Reichsregierung des vergangenen Jahres genug erlebt. (Sehr wahr bei den Soz.)

Die Diktatur ist in Europa in Berruj geraten. Die bulgarische ist tot, die griechische tott sich gegen zu kurze Frauenhände aus (Heiterkeit), die spanische ist im Abbau und in Ungarn haben wir einen Sumpf unter der Diktatur, wie er noch niemals in einem anderen zivilisierten Lande erlebt worden ist.

(Sehr wahr bei den Soz.) Und Ruffolini? (Zuruf von den Soz.: Der ist verrückt, Heiterkeit.) Wer die Rede Ruffolinis über das Imperium romanum gehört hat, wer seine Versicherungen über Südtirol gehört hat, hat doch gefunden, daß hier nicht ein starker Diktator vorbanden ist, sondern weiter nichts als die bläde Kraftmeterei eines geistig und sittlich Entgleisten. (Sehr wahr bei den Soz.) Wenn man das annimmt, kann man wohl sagen, daß auch die Lage dieses Diktators nur noch gezählt sein werden.

Und ein Diktator in Deutschland? Er müßte dieselbe Erfüllungspolitik treiben. Er müßte die letzten Reste der Schwarzen Reichswehr beseitigen, weil in der ganzen Welt niemand ihm traute. Er müßte mehr als jeder andere Pfennig für Wien den Dames-Plan erfüllen, und die Vaterländischen Verbände würden den Diktator bald verfluchen.

Deshalb glaube ich, wird das deutsche Volk auf dieses ebenbürtige gefährliche wie tölpelartige Programm verzichten.

Was uns anbelangt, so werden wir versuchen, durch unsere Politik die Massen bestmöglichst an die Republik zu fesseln, indem wir ihre Interessen wahrnehmen. Das werden wir auch außerhalb der Regierung tun; wir werden außerhalb der Regierung für unser Programm wirken und die Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenkreise werden das begreifen. Wir tun das aus höchster Verantwortung gegen das Schicksal der breiten Massen. Wir wissen, daß nur in schwerster Zeit der Staat zu Hilfe kommen muß. Wir kennen auch unsere Pflichten gegen den Staat, aber zu ihnen gehört nicht, daß wir etwa jede Regierung zu unterstützen haben. Die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers war keine Werbende für das neue Kabinett. Sie sollte nach rechts und nach links hin neutral sein. Die Zeiten sind zu ernst für Rechnungsfreiheit nach zwei Seiten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die neue Regierung kann vor dem Auslande und dem Inlande nur bestehen, wenn sie Farbe bekennt. Deshalb, Herr Reichskanzler, heraus mit der Sprache! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Graf Westarp (Dn.)

erklärt, daß seine Partei den Regierungslahn habe verlassen müssen, als er auf dem Lago maggiore von Rebell umhüllt worden sei. Es handle sich jetzt darum, unter welchen Bedingungen die Regierung in den Bölkerbund eintreten wolle. Der deutschnationalen Antrag habe den Zweck, zu erfahren, ob die Regierung trotz der Entschuldigungen der letzten Zeit und unter welchen Bedingungen sie den Eintritt Deutschlands vornehmen wolle. Die Herabsetzung der Befähigungsstärke in der zweiten und dritten Zone müsse vor dem Eintritt in den Bölkerbund vorgenommen sein. In der Politik, die mit dem Februar-Memorandum begonnen habe, sei ein Bericht auf deutsches Land niemals ausgesprochen worden. Auch die Minderheitenfragen, die Abrüstungs- und Entwaffnungsfrage, die Frage der deutschen Kolonien müssen vor dem Eintritt in den Bölkerbund gelöst werden. Der Eintritt in den Bölkerbund sollte vor allem von dem Ergebnis der Abrüstungskonferenzen abhängig gemacht werden. Zu Herrn Stresemann können wir kein Vertrauen haben. Die Regierung müsse dem Volke sagen, daß der Dames-Plan unausführbar sei.

In der inneren Politik hat die Regierungserklärung manches gesagt, was auch für uns unannehmbar ist. Aber es kommt doch auf die Persönlichkeiten an, die die Regierung bilden, und die Kräfte die hinter ihnen stehen. Es steht fest, daß das Kabinett ein reines Parteiministerium, weit mehr als vor Jahresfrist gebildet worden sei. Das frühere Kabinett habe doch Männer enthalten, die parteipolitisch nicht abgestempelt gewesen seien (Heiterkeit und Zurufe links).

Wir dürfen dieser Regierung nicht gestatten, sich auf wechselnde Mehrheiten zu stützen.

Vor allem aber steht fest, daß sie nicht die notwendige Unabhängigkeit gegenüber der Sozialdemokratie besitzt. Die Enteignung der Fürsten sei der erste unilaterale Eingriff des Reiches in das Recht der Länder und in das Eigentum. Das Verhältnis der Regierung zu der Sozialdemokratie zwingt uns zu starker Mißtrauen gegen die neue Regierung. Die Vorgänge bei der Neubildung des Kabinetts haben das parlamentarische System diskreditiert. (Stürmische Zurufe links.) Es wird jetzt darauf ankommen, Sparmaßnahmen zu treffen und dazu Bewaltungsorgane zu schaffen, die von den parlamentarischen Aderposten unabhängig sind. Unser Mißtrauen gilt also der Außenpolitik der neuen Regierung und in der inneren Politik dem unheilvollen Einfluß der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Reichskanzler Dr. Luther:

Es ist ausgesprochen worden, daß eine ganze Reihe von Fragen in der gestern vorgelegten Regierungserklärung nicht in einzelnen beantwortet sind. Das ergibt sich aber aus der Lage, in der sich die Regierung der Mitte befindet. Wenn eine Mehrheit in der Regierung sich zusammengeschlossen hätte, dann hätte man wohl vorher eine ganze Reihe von Einzelfragen in prägnanter Form darlegen können. So wie der Laibstand ist, handelt es sich um eine ganz andere Frage, nämlich um die politische Frage, ob der Reichstag bereit ist, dieser Regierung die Möglichkeit zu praktischer Arbeit zu geben. Die Regierung hat sich zusammgefunden, nachdem und weil Bindungen von Mehrheitsregierungen nicht möglich gewesen sind. Irgendwie muß Deutschland schließlich regiert werden. (Große Heiterkeit.) Es ist leicht darüber zu lachen, aber hier gilt es nicht den Humor parteipolitischer Auseinandersetzungen walten zu lassen. Die Ränder, die jetzt in die Regierung gerufen worden sind, ist es gar nicht um Humor, um kleine Witze zu tun, sie haben es mit einer Lage unseres Vaterlandes zu tun, für die einfach der äußere Ernst eingeleitet werden muß. (Beifall und Unruhe, Zuruf bei den Kommunisten: „Mißwirtschaft!“) Mit solchen Boten wie „Mißwirtschaft“ und überhaupt mit einzelnen Worten wird man ganz bestimmt der Lage, wie sie entstanden ist, nicht Herr, sondern man wird ihrer überhaupt nur Herr werden, wenn man mit Erfolg an die praktische Arbeit herangeht. Nun ist gesagt worden, es sei keine Regierung der Mitte. Ich frage Sie, wie soll denn eine Regierung der Mitte aussehen? Wenn es nicht eine solche ist, die die Parteien der Mitte umfaßt? Es ist weiter gesagt worden, es sei keine neutrale Regierung. Ja, wie soll denn eine neutrale Regierung aussehen, wenn es nicht diejenige ist, zu der sich die Parteien der Mitte zusammengeschlossen haben? Es ist ausgesprochen worden, es sei jetzt mit den Parteien verhandelt worden; ja auf welchen Grundlagen sollte denn eigentlich gebaut werden? Es ist hin und hergegangen in den Erörterungen. Es ist auf der einen Seite mit der Deutschnationalen Partei in Verbindung getreten worden, auf der anderen Seite mit den Sozialdemokraten. Wir wissen, daß eine Mehrheit dieses Hauses sich in den großen außenpolitischen Fragen ohne die Deutschnationalen Volkspartei zusammengeschlossen hat. Wie soll nun eine einheitliche Regierung geführt werden? Wenn mir andererseits der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei zuruft, ich müßte mich endlich entscheiden und klar Stellung nehmen, ja, warum hat denn die Sozialdemokratische Partei sich nicht entschlossen, in die Regierung hineinzugehen. (Sehr wahr! bei den Parteien in der Mitte.) Wenn das der Fall gewesen wäre, würden wir jetzt hier vor einer wirklichen Mehrheitsregierung stehen und könnten auf einer ganz anderen Grundlage arbeiten. Nachdem diese beiden Voraussetzungen rechts und links nicht gehalten sind, sollte man eigentlich im ganzen deutschen Volke den Parteien der Mitte dankbar sein, daß sie sich in Notgemeinschaft zusammengeschlossen haben, um die Regierung zu tragen. Wir haben gestern das Bild erlebt, daß bei der Abstimmung über eine an sich tatsächliche Angelegenheit, die gewiß nicht von entscheidender Bedeutung ist, sich sofort die ganze Opposition oder sogar wir, alle unsere Parteigenossen sich zusammengeschlossen haben. Das war bis zu einem gewissen Grade lehrreich. Ich habe mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: Hier steht eine Minderheitsregierung.

Ich weiß so gut wie sie alle, daß man damit, mit einer Rinderheit als solcher nicht regieren kann, sondern immer eine Mehrheit braucht.

Aber gerade in dieser schweren Zeit ist es unmöglich, daß die Regierung etwa ihre Arbeit übernimmt auf der Halterstiege abgeteilter Nichttaugenden. Auf dieser Grundlage können und wollen wir nicht arbeiten. (Beifall bei den Parteien in der Mitte.) Ich bin einzig darin mit sämtlichen Kabinettskollegen, daß wir auf eine positive Vertrauensabstimmung nicht verzichten können. (Beifall bei den Parteien in der Mitte.) Wir wollen keine Regierung sein, die gebildet ist, sondern die vom Reichstag getragen wird. Allein auf dieser Grundlage werden wir die Arbeit übernehmen und durchführen.

(Lebhafte Beifall bei den Parteien in der Mitte.) Wie richtig der Standpunkt der Regierung ist, Einzelheiten der Außenpolitik in die heutige Erörterung nicht einzubringen, ist durch die bisherigen Verhandlungen klar geworden. Im jetzigen Zustande halte ich es für ganz unmöglich, namens der Regierung Stellung zu nehmen zu dem, was Graf Westarp in den Fragen der Außenpolitik aus seinen Zeitheften zum Vortrag gebracht hat. Die Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist grundsätzlich in diesem Hause gefaßt. Wir können nicht darauf verzichten, eine klare einheitliche Linie unseres Handelns durchzuführen, um unser Volk in der Welt wieder zur Geltung zu bringen. Der Satz meiner Rosenbergsche Erklärung, daß dies die Richtlinie unseres Handelns ist, ist für mich einfach selbstverständlich. Ich habe den Wunsch, Deutschlands Stimme auch im Völkerbund wieder zur Geltung zu bringen. Es handelt sich nur darum: Können wir unsere berechtigten Belange besser zur Geltung bringen draußen oder drinnen? (Zuruf rechts: Draußen!) Ich antworte: Drinnen. Ob ich das immer so gewollt habe? Bevor ich einen Vertrag abschließen, verhalte ich selbstverständlich, bis zur äußersten Grenze des nach Lage der Verhältnisse Möglichen meine Interessen wahrzunehmen. Nachdem ich aber einen Vertrag abgeschlossen habe, stehe ich zu diesem Vertrage unter der Voraussetzung, daß auch die anderen dazu stehen. Sie selbst, Herr Graf v. Westarp, haben vorher gesagt, die Einladung zur Abstützung annehmend anzunehmen, hätten Sie für richtig. Das ist ganz mein Grundgedanke. Wenn es sich darum handelt, die wichtigsten Fragen des Vaterlandes zu verhandeln, dann bin ich dabei. Wir werden solche Männer hinschicken, die unsere Interessen vertreten werden.

Entschließen wir uns im Rahmen des Völkerbundes, mit den Mitteln des Völkerbundes zu arbeiten, dann müssen wir auch Leute dorthin schicken, die das eine große Ziel, die Erholung und Kräftigung unseres Vaterlandes, betreiben. Aber die schonenden Verhandlungen irgendwelche Kunst auf dieser Stelle zu geben, muß ich ablehnen. (Lärm rechts.)

Sie müssen mir und dem Außenminister hierfür schon die Verantwortung überlassen. (Erneute Unruhe rechts.) Man kann die Sache organisatorisch doch nur so anpacken, daß man Angelegenheiten, die mitten im Fluß sind, in der Hand der Verhandlungen läßt. Die Regierung kann sich nicht hinstellen und über jede außenpolitische Frage, die ihr vorgelegt wird, Auskunft geben. (Unruhe rechts.) — Zuruf in der Mitte: Wo bleibt denn Ihr Führerprinzip? Irgendein sachlicher Einwand gegen meine Ausführungen wird nicht erhoben.

Zur Innenpolitik sind mir auch eine ganze Reihe Einzelfragen vorgelegt worden. In unserer harten wirtschaftlichen Notlage sind wir doch immer darauf angewiesen, das Mögliche mit dem Erwünschten gegeneinander abzuwägen. Wir dürfen nicht auf der einen Seite die Grundlage unserer Wirtschaft vernichten und auf der anderen Seite die Notlage der verzweifelten Menschen vergessen, die jetzt draußen nicht mehr wissen, wie sie ihre Familien ernähren sollen. Wir werden im Schoße der Regierung und bei der Einzelberatung des Etats alle Fragen sorgfältig untersuchen, ich bin aber nicht in der Lage, heute eine Erklärung abzugeben. Wir wollen nicht eine Veränderung des Wahlrechts, sondern eine Veränderung der Wahlgesetzgebung. Wir wollen versuchen, einen Weg zu finden, durch den das Verhältnis zwischen dem deutschen Wähler und seinem Vertreter im Reichstag, überhaupt in den Parlamenten, wieder unmittelbar gestaltet wird. (Sehr gut! bei den Regierungsparteien.) Ich bin persönlich der Überzeugung, daß gerade in der Demokratie der große, ersicherliche, kulturtragende Gedanke der ist, daß der einzelne Wähler durch die Vermittlung des Gewählten ein persönliches Vertrauensverhältnis zu der Leitung der Dinge gewinnt. Die jetzige Übung hat sich nicht bewährt, weil sie an die Stelle des gewählten einzelnen Menschen die Liste, die Partei, gesetzt hat. Unser Ziel wird es sein, dem einzelnen Wähler wieder unmittelbar eine Persönlichkeit wählen zu lassen. Die Regierung und die Männer, die sich zum Eintritt in sie bereit erklärt haben, glauben ihre Arbeit aber nicht übernehmen zu können, wenn ihnen nicht ein politisches Vertrauensvotum gegeben wird. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.) Die Regierungsparteien haben folgendes Vertrauensvotum eingebracht:

„Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstags.“

Herr Hofert (Komm.) meint, daß die gestrige Erklärung der Regierung recht inhaltslos gewesen sei. Aber das jetzige Kabinett werde ohne Zweifel eine Politik treiben, die nichts anderes sei, als die Fortsetzung der Politik des vorigen Kabinetts. (Das Haus hat sich bei dieser Rede fast geleert, auch bei den Kommunisten hören nur etwa 10 Mann zu.) Der Redner wird wegen beleidigender Angriffe auf Gehler und Stresemann dreimal zur Ordnung gerufen und fährt fort: Jetzt geht es beim Volkssentscheid über die Fürstentümlichkeiten die Massen zum Sturm gegen dieses System, gegen diese Regierungspolitik zusammenzuschweigen. Die Reaktion werde nur ermöglicht durch die Große Koalition. Warum will die Sozialdemokratie die Stimmen des arbeitenden Volkes nicht hören? Warum mußte heute Herrmann Müller wieder eine halbe Zusage an die Regierungspolitik machen? Die sozialdemokratischen Führer müssen auf den Ruf ihrer Mitglieber hören und mit uns eine Einheit bilden. (Sehr richtig! bei den Komm.) Weg mit dieser Regierung und mit diesem Reichstag. (Bravo! bei den Komm.)

Herr Heuß (Dem.) stellt fest, daß die Außenpolitik seit Jahresfrist unerkennbar besser geworden sei. Der Völkerbund ließe das Kampffeld, auf dem die Auseinandersetzungen zwischen dem alten Gewaltgeist und dem neuen Volksgesicht geführt werden müssen. Der Redner legt sich dann für den Anstich des deutschen Brudervolks in Desterreich ein. Die Italiener haben in Südtirol die Tradition ihrer eigenen Geschichte umgedreht, indem sie gegen ein waffenloses Volk so streng vorgehen. Auf der Weltwirtschaftskonferenz müssen vor allem die Währungswirren Europas gelöst werden, auf die die deutsche Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist.

Am einzelnen wünscht der Redner dem neuen Finanzminister ein festes Herz, wenn er sich zum Kampf mit seinem Staatssekretär aufmacht. (Sehr richtig! bei den Dem.) Der langweilige Reuegänger der Umsatzsteuer und wesentliche Herabsetzung der Kapitalertragssteuern. Dann würden auch die Preisentwertungen mehr Erfolg haben. (Sehr richtig! bei den Dem.) Das Arbeitslosenversicherungsgesetz müsse bald kommen. Die Frage der Unterstützung der Regierung sei jetzt keine Parteiangelegenheit, sondern man müsse den Reichstag rufen, dürften die Parteien nicht zurückbleiben. (Beifall bei den Dem.)

Herr Hampe (Wirtsch. Baa.) behauptet, daß das Grundübel der heutigen Krise das parlamentarische System sei und die neue Regierung sei ein Geschäft dieses Systems. Der Redner erklärt weiter, daß die Preisentwertungsmaßnahmen deshalb bisher unwirksam gewesen seien, weil man gegen die Kartelle und Syndikate nicht vorgegangen sei. In der Frage der Fürstentümlichkeiten müsse man eine Lösung finden, die auf der einen Seite das Recht nicht verletzt, auf der anderen Seite aber auch die Notlage des Volkes berücksichtige. Ein Volkssentscheid würde nur zu neuen unheilvollen Auseinandersetzungen im Volke führen. Der Redner

schließt mit der Erklärung, daß seine Partei zwar in der Opposition zu der Regierung stehe, daß sie sich aber an der sachlichen Arbeit beteiligen wolle. (Bravo! h. d. Wirtsch. Baa.)

Die Beratungen werden um 6 Uhr abgebrochen. Vizepräsident Kieher schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag nachmittags 2 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte in Verbindung mit den zu der Regierungserklärung gestellten Anträgen.

Herr v. Graefe (Wirtsch. Baa.) bezweifelt die Beschlussfähigkeit des Hauses. Die Abgeordneten strömen in den Saal hinein und nach einigen Minuten teilt der Präsident mit, das Bureau sei einig darüber, daß das Haus beschlussfähig sei. Der Antrag der Wirtsch. Baa. ihren Antrag auf Aussetzung der Zahlungen aus dem Dames-Plan morgen mit zu verhandeln, wird unter großer Heiterkeit gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung wird angenommen und die Sitzung geschlossen.

Vor der Entscheidung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt gestern abend nur eine kurze Sitzung ab. Sie vertagte angesichts der Tatsache, daß zahlreiche Mitglieder den Reichstag schon verlassen hatten, um in Versammlungen Referate zu übernehmen, Beratung und Beschlussfassung auf heute vormittag.

Der Reichstagskanzler wird heute vormittag mit dem Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Besprechung abhalten, an der auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius teilnehmen werden. Von dem Ergebnissen der Besprechung wird die Stellungnahme der Wirtschaftlichen Vereinigung bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum abhängen.

Die Parteien, die ein Vertrauensvotum für die Regierung einbrachten (Demokraten, Zentrum, Deutsche und Bayerische Volkspartei) zählen zusammen 171 Stimmen. Die Parteien, die Vertrauensvoten einbrachten (Deutschnationale, Wölkische und Kommunisten) zählen 170 Stimmen — eine weniger! Die Mittelparteien glauben jedoch mit einer stärkeren Anwesenheitsziffer für sich rechnen zu können als für die Opposition. Nicht durch eigene Anträge in ihrer Haltung festgelegt sind die 131 Sozialdemokraten und die 21 Wirtschaftsparteiler.

Den Beschluss, ein positives Vertrauensvotum zu fordern, hatte das Kabinett unmittelbar vor Beginn der gestrigen Reichstagsitzung gefaßt. Die Tatsache, daß auch die Deutschnationalen einen Vertrauensantrag eingebracht hatten, gab dazu den Anstoß.

Regierung und Flottenvorstoß.

Ritter v. Mann wußte von nichts.

Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Genosse Kürbis, schreibt uns:

Auch ich kann bestätigen, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter von Mann von einem beabsichtigten Vorstoß der Flotte im Oktober nichts gewußt hat. Wie am 4. November 1918 im Auftrage Eberts in der Reichskanzlei sowohl Scheidemann als auch Ritter v. Mann Bericht über die Vorgänge in Kiel erstattete, erklärten beide, daß das Gerücht von einem beabsichtigten Vorstoß der Flotte vollständig aus der Luft gegriffen sei. Ritter v. Mann ermächtigte mich sodann noch ausdrücklich, von dieser Erklärung in Kiel den Matrosen gegenüber Gebrauch zu machen.

Am Tage darauf, am 5. November, wurde das mehrfach erwähnte Flugblatt der Reichsregierung an die Seeleute, das gleichfalls die Absicht eines Flottenvorstoßes entschieden in Abrede stellte, verteilt und verbreitet...

Brüninghaus.

Eine Erinnerung an seine Tätigkeit als Seeoffizier.

Man schreibt uns:

Brüninghaus prägte in seinen Ausführungen vor dem Untersuchungsausschuss den Satz, daß „das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften bei der Marine stets das denkbar beste“ gewesen sei. Dieser Satz verdient auf seine Richtigkeit genau untersucht zu werden, da Konteradmiral Brüninghaus persönlich das Beispiel für das „bestmögliche Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaften in der Marine“ war. Es ist notwendig, Herrn Brüninghaus an sein Kommando auf dem Dampfschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ in den Jahren 1905 bis 1907 zu erinnern. Herr Brüninghaus wird dann zugeben müssen, daß er mehr als einmal die Worte ausgesprochen hat, daß auf keinem Schiff der Flotte so viel Strafen verhängt worden seien, wie auf „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, auf dem er Erster Offizier war. Die Verhältnisse zwischen Offizier und Mannschaften waren derart, daß sich um die Osterzeit 1906 Dinge entwickelten, die an Meuterei grenzten. Brüninghaus wird wissen, daß an einem Morgen 19 Mündungsdeckel von den Gewehren, eine Reihe Gewehrgehäuse, Geschützteile und sonstige Dinge fehlten, daß die Seile am Rettungsboot durchschnitten waren, daß sonstige Dinge vorkamen, die Gegenstand einer Untersuchung wurden. Er wird es nicht vergessen haben, weil ja auf seinen Befehl hin lange Zeit eine Division Posten stehen mußte an Gesehrständen, Geschützen und an den Rettungsbooten und daß eine andere Division im Schiff patrouillieren mußte. Das gute Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaften wurde so schlimm, daß im November 1906 der Obermatrose Heinrich Meier aus Bremen, weil er von Brüninghaus wegen eines kleinen Vergehens vor das Kriegsgericht gestellt werden sollte, über Bord sprang und dabei ertrank. Daß anlässlich dieses Vorfalls Brüninghaus nach kurzer Zeit die ganze Besatzung auf das Achterdeck befohl und dann zwei anonyme Schreiben bekannt gab, wovon eins seine Gattin, das zweite der damalige Flottenchef Prinz Heinrich erhalten hatte, sollte Herr Brüninghaus auch noch wissen. Der Inhalt des Schreibens, das die Gattin des Herrn Brüninghaus bekommen hatte, hatte ungefähr folgenden Inhalt:

In der Stunde der höchsten Not wendet sich die Besatzung des Dampfschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ mit der Bitte an Sie, auf Ihren Gemahlin einzuwirken, daß er sich uns gegenüber eines anderen Tones bedient und uns eine bessere Behandlung zukommen läßt. Das schroffe und scharfe Vorgehen Ihres Gemahlin hat dazu geführt, daß einer unserer besten Kameraden sich das Leben nahm, der der einzige Sohn seiner hochbetagten Mutter, die Witwe ist, war. Sollte sich Ihr Gemahlin in der nächsten Zeit uns gegenüber nicht einer anderen Umgangsform bedienen und uns behandeln, wie Menschen es verdienen, so sehen wir uns veranlaßt, ihm den Dolch bis ans Herz an die Brust zu setzen.“

Im Brief an Prinz Heinrich blieb es dem Sinne nach etwa so: „Die Besatzung des Dampfschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ wendet sich an Eure königliche Hoheit mit der Bitte, uns von dem Kommando des Korvettenkapitäns Brüninghaus zu befreien. Die Behandlung, die wir durch den Herrn Korvettenkapitän Brüninghaus erfahren, ist nicht dazu angetan, in uns die Liebe zum Vaterland zu wecken und wir werden es schwer zu überlegen haben, ob wir in der Stunde der Gefahr, wenn das Vaterland uns ruft, unser Leben für Offizieren kämpfen werden!“

Als Herr Brüninghaus diese Briefe vorlas, rollten ihm die Tränen über die Backen. Das übliche Spitzensystem legte ein, den Verfasser dieser anonymen Schreiben ausfindig zu machen.

Zwar hatte Brüninghaus kraftvoll erklärt, er habe keine Furcht, aber es war doch eigenartig, daß er einen Posten gestellt bekam, der ihn auf Schritt und Tritt begleitete. Sah Herr Brüninghaus in seiner Kabine, stand der Posten mit gezogenem Seitengewehr davor, sah er in der Disziplinmesse beim Mittagmahl oder einer Flasche Wein, hatte der Posten am Eingang Aufstellung zu nehmen. Nahm Brüninghaus ein Bad oder ging er zum stillen Ort, der Posten mit gezogenem Seitengewehr blieb am Eingang postiert. Wenn er sich an Deck bewegte, begleitete ihn der Posten auf zwei bis drei Schritt Abstand.

Das Spitzensystem hatte einige Wochen gedauert, bis man endlich glaubte (es war acht Tage vor Weihnachten 1906), den Täter in der Gestalt des Matrosen Wilhelm Bahle aus Porta bei Witten erbeutet zu haben. Bahle wurde, da sich „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ in der Nordsee befand, an einem Samstag nachmittag in das Untersuchungsgefängnis nach Kiel gebracht. Er hat ungefähr drei bis vier Monate in Untersuchungshaft gefessen, seine Schritt wurde von Schriftführerverständigen untersucht. Nachdem man nichts erbeutete, wurde Bahle entlassen, ohne daß ein Verfahren eingeleitet wurde. Für diese erlittene Untersuchungshaft bekam Bahle von dem stellvertretenden Ersten Offizier (Brüninghaus war in Urlaub), einen längeren Erholungsurlaub.

So sah das „gute Verhältnis“ zwischen Herrn Brüninghaus und seiner Besatzungsmannschaft damals aus!

Verpuffte Sensationen.

Die Strafverfahren mußten eingestellt werden!

Die Korrespondenz B. S. meldet: Durch Beschluss der Strafkammer ist das Verfahren gegen den früheren Direktor der Staatsbank, Dr. Rube, sowie gegen Justizrat Dr. Werthauer und Rechtsanwalt Engelbert eingestellt worden.

In dem Verfahren gegen die Gebrüder Barnat war der Name Dr. Rube vielfach genannt worden. In der Voruntersuchung gegen Barnat war bekannt geworden, daß Dr. Rube und sein Kollege Hellwig als Schiedsrichter in einem Streit zwischen dem Inhaber des Bankhauses Michael und Autister zugunsten Michaels entschieden und für diese Schiedsrichtertätigkeit von Michael 40000 M., von Autister 20000 M. Honorar erhalten hatten. Gleich darauf war ein Wechsel Autisters, den er für seine Schuld an Michael ausstellte, von Direktor Rube für die Staatsbank angenommen und diskontiert worden. Die Staatsanwaltschaft erblickte in dieser Handlungsweise eine verdeckte Bestechung und so wurde gegen Dr. Rube die Voruntersuchung eingeleitet, die fast ein Jahr gedauert hat. Nunmehr hat die Strafkammer jedoch entschieden, daß die gegen Hellwig erhobenen Vorwürfe nicht haltbar seien und daß auch seine Autister gegenüber bewiesene Kreditpostul sich erklären lasse aus der Ueberbürdung der Staatsbankbeamten während der Inflationszeit.

Dieselbe Strafkammer kam zu dem Ergebnis, daß bei Justizrat Dr. Werthauer und seinem Sozius, Rechtsanwalt Engelbert, eine strafbare Handlung nicht vorliege. Die sehr beträchtlichen Rollen des Verfahrens in den drei Untersuchungsstellen wurden der Staatskasse auferlegt.

Gemeinden und Erwerbslosenunterstützung.

Eine kommunistische Verdrehung.

In der letzten Zeit laufen die Kommunisten gegen eine Kundverfügung des Regierungspräsidenten Genossen Gräbner in Wetzlar Sturm, in der er angeblich die Gemeindevorstände aufgefordert haben soll, „Gemeindebeschlüsse, die irgendwelche Zusatzen von Kommunalverbänden an Arbeitslose bewilligen, zu beanstanden“.

Diese Behauptung der Kommunisten ist unzutreffend. Der Regierungspräsident hat nur pflichtgemäß darauf aufmerksam gemacht, daß Gemeindebeschlüsse, die ohne individuelle Prüfung Erwerbslosen allgemein Zuwendungen über die unterstützungsrechtliche Grenze hinaus bewilligen, sofort zu beanstanden sind. Selbstverständlich ist den Bezirksfürsorgeverbänden überlassen geblieben, in besonders gelagerten Fällen nach individueller Prüfung auch Empfänger der Erwerbslosenunterstützung oder ihre Angehörigen aus der allgemeinen Fürsorge zu unterstützen.

Die Verfügung bezweckt also, eine unnötige Entlastung von Bevölkerungsschichten zu vermeiden, die in den Klauen verfaßt werden, durch einen Stadterordneten oder Magistratsbeschluss würden sie einen Rechtsanspruch auf höhere Unterstützung erwerben, während nach der Lage der Gesetzgebung ein so allgemeiner Anspruch nicht erhoben werden kann. Die kommunistische Hege setzt regelmäßig ein, wenn ein sozialdemokratischer Beamter seine Amtspflicht erfüllt. Von den Reaktionen, die auch persönlich den sozialen Pflichten fremd oder feindlich gegenüberstehen, schweigt sie beharrlich.

Ungarn sabotiert.

Budapest, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Gesandte Clichant hat in einer Bernalnote energisch gegen das Verhalten der ungarischen Behörden bei der Untersuchung der Frankfälschung protestiert. Der Gesandte soll dabei erklärt haben, die französische Regierung müsse darauf bestehen, daß die von Frankreich nach Budapest entsandten Beamten in alle Einzelheiten der Untersuchung eingeweiht werden und bei der Aufklärung mitwirken können. Sollte die ungarische Regierung die Wünsche Frankreichs nicht erfüllen, dann werde die französische Regierung vor aller Welt und namentlich vor dem Völkerbund die Erklärung abgeben, daß Ungarn ein Herd der Wühlerei gegen den europäischen Frieden sei; außerdem werde Frankreich vom Völkerbund eine Reihe von Maßnahmen gegen Ungarn verlangen. Wie verlautet, hat der Ministerpräsident erklärt, daß Ungarn in der Teilnahme französischer Beamter einen Eingriff in seine inneren Verhältnisse sehen müsse; die Regierung werde jedoch, um jeden Schein zu vermeiden, als ob sie die Untersuchung verhindern wolle, gegen eine Teilnahme französischer Beamter nichts einwenden.

Bethlen vor dem Untersuchungsausschuss.

Budapest, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hat am Mittwoch den Ministerpräsidenten Bethlen verhört. Bethlen gab zu, an den Präsidenten des ungarischen Nationalverbandes, Baron Berenzy, einen Brief geschrieben zu haben, als er von den Frankfälschungen erfuhr. Bethlen sieht seinen Brief als einen Beweis für sein sofortiges Eingreifen an. Er persönlich hätte nichts unternommen können, da er damals vor seiner Abreise nach Genf gestanden habe. Er habe aber seinen Staatssekretär mit der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit beauftragt und dieser sei nun, ohne von einer Mitteilungschrift des Parbesspolizeichefs Radossy etwas zu ahnen, zu diesem gegangen, um ihn um die notwendig erscheinenden Schritte zu ersuchen.

Die Notstandsarbeiten in Berlin.

„Nur Arbeit kann uns retten!“

Am Dienstag gaben wir den Erwerbslosen den Rat, nicht überall hinzulaufen, wo sie Arbeitsplätze vermuten, die durch Notstandsarbeiten geschaffen werden. Dieser Rat war notwendig, um ihnen Enttäuschungen und unnütze Wege und unnütze Ausgaben für Fahrgehalt zu ersparen. Wir empfahlen den Erwerbslosen, sich wegen Notstandsarbeiten an ihren Arbeitsnachweis zu wenden. An sich ebenfalls richtig. Leider haben wir damit unbeabsichtigte Hoffnungen erweckt, die sich als trügerisch erwiesen. Die Arbeitsnachweise haben bis jetzt keine Notstandsarbeiten zu vermitteln. Rörgler behaupten, es gäbe in ganz Groß-Berlin

auch heute noch keine Notstandsarbeiten.

Das stimmt nicht ganz. Denn nach dem vorletzten Bericht des Landesarbeitsamts wurden in Berlin sechshundertneunundsiebzig Notstandsarbeiter beschäftigt. Nach dem letzten Bericht des Landesarbeitsamts ist jedoch diese Anzahl der Notstandsarbeiter um 30 Mann zurückgegangen. Nach der letzten Zählung wurden also in Berlin —

in Groß-Berlin 829 Notstandsarbeiter beschäftigt.

Sechshundertneunundzwanzig von 147 928 männlichen Arbeitssuchenden, außer 62 623 weiblichen, insgesamt 210 551 Arbeitssuchenden. Jedes Wort der Kritik müßte die peinliche Wirkung dieser Ziffer der Notstandsarbeiter im Vergleich mit der der Arbeit-

suchenden abschwächen. Wir wollen diese Ziffer für sich selber sprechen lassen, als eine Mahnung und Warnung, die Dinge so nicht weitergehen zu lassen.

Gewiß, der Magistrat hat weder die riesige Arbeitslosigkeit verschuldet, noch kann er ihr abhelfen. Aber nachdem soviel über Notstandsarbeiten geschrieben, geredet, beraten und beschlossen ist, müßte man annehmen, daß dabei etwas herauskommen würde, bevor der Winter zu Ende ist. Nach allen bisherigen Erfahrungen aber wird das weniger sein als ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Apparat hat versagt. Es ist die Rede vom Bau der AEG-Schnellbahn. Dazu ist bis heute noch kein einziger Arbeitslofer angefordert und auch nicht ein einziger vermittelt.

Ein neues Projekt soll in Angriff genommen werden, die Abtragung der Rehberge und ihre Planierung zu Sport- und Spielplätzen. Der Magistrat hat 150 000 M. dafür bewilligt. Ob dabei 100, 150, 200 oder 300 Mann beschäftigt werden, ist ziemlich belanglos für den Umfang der Erwerbslosigkeit, inwieweit läßt es den guten Willen zur Abhilfe erkennen, leider zugleich auch die engen Grenzen, die der Inangriffnahme von Notarbeiten von vornherein gezogen sind. Doch innerhalb dieser Grenzen muß unversehrt alles getan werden, was irgend geschehen kann. Viel wird es nicht werden, nachdem bereits zwei Monate größter Erwerbslosigkeit verstrichen sind. Darüber muß in den Reihen der Arbeitslosen Klarheit bestehen.

Abend“ zu veröffentlichen, wurde abgelehnt. Damit haben die Textilarbeiter gezeigt, daß sie von Unbraten nichts halten, sondern mehr Wert auf praktisches Arbeiten in der Organisation legen.

Die Arbeitslosigkeit in der Lederindustrie.

Von den 40 344 Mitgliedern des Verbandes der Lederarbeiter waren im November 1925 rund die Hälfte Kurzarbeiter, während 10 Proz. arbeitslos waren. Allein in der Leder- und Chromgerberei waren von 34 081 erfaßten Personen 19 361 oder 57 Proz. Kurzarbeiter. In der Weißgerberei und Färberei wurden 887 Kurzarbeiter und 751 Arbeitslose gezählt, in der Leder- und Schuhindustrie 881 Kurzarbeiter und 345 Arbeitslose. Im Dezember ist die Zahl der Kurzarbeiter in der größten Branche zwar um 2761 zurückgegangen, doch ist dafür die Zahl der Arbeitslosen um 369 gestiegen. In einer Eingabe an die Reichsregierung fordert der Zentralvorstand eine angemessene Unterstützung der Kurzarbeiter und die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Vom Internationalen Arbeitsamt.

Genf, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Einweihung des neuen Gebäudes des Internationalen Arbeitsamtes, dessen Bau seiner Vollendung entgegengeht und im Laufe des Monats Februar bezogen werden soll, wird am 6. Juni stattfinden. Mit der Ueberführung in das neue Amtsgebäude soll auch die öffentliche Beratung des Verwaltungsrats des Arbeitsamtes in Erwägung gezogen werden. Die Arbeitgebergruppe soll allerdings nach wie vor dieser Forderung abgeneigt sein, doch besteht trotzdem Aussicht, daß sie durchdringen wird.

Die während der letztjährigen Arbeitskonferenz in Aussicht genommene Konferenz der Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich und Belgien zur Erreichung einer Verständigung über eine einheitliche Durchführung des Abkommens über den Achtstundentag wird wahrscheinlich im März stattfinden.

Telephonistinnenstreik in Warschau.

Warschau, 27. Januar. (U.) Gestern sind die Telephonistinnen wegen Lohnhöhen in den Streik getreten.

Die Vierundbierzigstundentage in Amerika.

Aus einer kürzlich erschienenen Studie des Internationalen Arbeitsamtes über die Arbeitsdauer in den Vereinigten Staaten geht hervor, daß im Jahre 1922 bereits 14 Millionen Arbeiter eine nur 44stündige wöchentliche Arbeitszeit hatten, am Sonnabend nachmittags, bei achtschündiger Arbeitszeit, an den anderen Wochentagen, also arbeitsfrei waren. Unter diesen sind große Gruppen der Arbeiter, der Zimmerer, der Arbeiter in der Bekleidungsindustrie und in der Damentonfektion. Ferner ist die 44-Stunden-Woche vorherrschend bei den Rührerarbeitern, Granitsteinhauern, Bleiarbeitern, Bauhilfsarbeitern, Tagelöhnern und bei anderen mehr. Bei den Musterzeichnern und Radfahrern sind sogar Normalarbeitszeiten von 42 und 40 Stunden wöchentlich häufig. Ein großer Teil der Glasarbeiter hat nur eine 38stündige wöchentliche Arbeitszeit. Welchen Gegenstand dazu bildet die Tatsache, daß es den Glasfabrikarbeitern der Riederlauf bei ihrem letzten Streik nicht gelungen ist, auch nur den Achtstundentag durchzusetzen! Unter den Arbeitern, welche im Jahre 1922 eine 44- bis 48stündige wöchentliche Arbeitszeit aufwiesen, sind vor allem die Raschdrucker, ferner die Buchdrucker, Schmiede, Zigarrenarbeiter und andere.

47-Stundenwoche für Seelente.

Das südafrikanische Parlament hat mit 45 gegen 33 Stimmen den Gesetzentwurf angenommen, durch den die Arbeitswoche für Seelente auf 47 Stunden festgelegt wird.

Betriebsräte, Betriebsvertrauensleute und Parteigenossen! Am 1. Januar ist bei den Berliner Handtuchfabrikanten die Kontrollkarte von roter Farbe. Die muß auf ihrer Vorderseite die Ueberschrift „Deutscher Verkehrsbund, Ortsverwaltung Berlin, Handtuchfabrikanten-Legitimationskarte“ tragen sowie Mitgliedsnummer, Namen und Eintrittsdatum des Inhabers enthalten. Die Innenseite muß für den laufenden Monat abgestempelt sein.

Da ein Teil der Berliner Wäscheherstellergeschäfte sich immer wieder den tariflichen Verpflichtungen zu entziehen sucht, richten wir an alle Parteigenossen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die dringende Bitte, nur organisierte Handtuchfabrikanten zu unterstützen und jeden Handtuchfabrikanten auf seine Organisationszugehörigkeit zu prüfen.

Die Branchenleitung der Handtuchfabrikanten.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien bezifferte sich am 18. Januar auf 1 215 000. Das sind 5503 weniger als in der Woche vorher und 53 833 weniger als im gleichen Zeitpunkt des vergangenen Jahres.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Aus der Partei.

Der Häuser-Schwindel.

Die von einem Berliner Montagsblatt aufgegriffene und weiter gegabene Meldung, die sozialdemokratische Abgeordnete Genossin Dr. Siegmann-Dresden sei Mitglied des Häuser-Bundes und zeichne verantwortlich für die „Häuser-Zeitung“, ja, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wolle ihren Ausschluß beschließen, ist von uns schon als eine leichtfertige Sensationsmeldung gekennzeichnet worden. Genossin Dr. Siegmann selbst, die sich zur Kur in der Schweiz aufhält, sendet uns, nachdem sie Nachricht von dem Unfug erhalten, das folgende Telegramm:

„Häuserische Nachrichten Bluff. Bin weder Häuserbundsmitglied, noch für Zeitung verantwortlich. Siegmann.“ Es sollte zwar nicht erst notwendig sein, daß solche Erklärungen abgegeben werden muß. Aber nachdem leichtfertige Sensationsmeldungen dieser Art in die Welt gesetzt wurden, kann sich die kommunistische Presse einen solchen Happen nicht entgehen lassen. Wir wagen kaum zu hoffen, daß die bündige Erklärung der Genossin Siegmann den Schwindel aus der Welt schafft.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Reibe, Gators; Schulwesen: Dr. John Schilowski; Ostales und Conditores: Fritz Karthaus; Anzeigen: E. Glöckel; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt „Aufbau“, Berlin, u. G. Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Biersa 2, Berlin und „Unterhaltung und Wissen“.

„Die Tradition der alten Armee.“

Auf die Tanzmusik gekommen.

Militärkapellmeister, Beamtenkapellmeister und Nebenkapellmeister erschweren den Berufsmitgliedern die Existenz. Erst kürzlich veröffentlichten wir im „Vorwärts“ eine Liste von Kapellmeistern, in welchen dauernd Beamte als Musiker beschäftigt werden.

Für die außerordentliche öffentliche Musikfähigkeit der Militärmusiker bestehen zwar besondere Bestimmungen, die darin gipfeln, daß die Interessen der Zivilberufsmusiker nicht geschädigt werden sollen, allein es kommt darauf an, daß diese Bestimmungen auch beachtet werden. Wie es jedoch damit steht, ergibt sich aus einer Beschwerde, die die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes an den Kommandeur einer in Potsdam stehenden Abteilung richten mußte. Es handelt sich hierbei um die Uebernahme einer Spielverpflichtung des Trompeterkorps dieser Truppe, entgegen dieser Bestimmungen, wonach die außerordentliche Musikfähigkeit der Militärmusiker auf „musikalisch wertvolle Musikaufführungen“ beschränkt bleiben soll. Der Musikauftrag aber, den das in Rede stehende Trompeterkorps übernommen hatte, bezog sich auf die Ausführung einer öffentlichen Tanzmusik auf dem „Gesinnsball“ der Funktunde. Die Berufsmitglieder bei dem betreffenden Truppentorpedierkommandeur Beschwerde, worauf sie von dem Abteilungscommandeur die Antwort erhielten, daß das Trompeterkorps von der Direktion der Funktunde gebeten worden sei, bei dem betreffenden „Gesinnsball“ mitzuwirken. In dem Bescheid steht dann wörtlich:

„Als Begründung ist hierbei ausdrücklich hervorgehoben worden, daß die Abteilung, da sie die Tradition der ehemaligen Funktruppe vertritt, mehr als bisher zu derartigen Veranstaltungen herangezogen werden soll, da sich das Publikum bei diesen Gelegenheiten zum großen Teil aus alten Angehörigen bzw. Gönnern der Telegraphentruppe zusammensetzt und mit diesem Wunsch an die zuständige Stelle herangetragen ist. Aus diesem Grund soll z. B. auch das Trompeterkorps der Abteilung demnächst in der Funktunde selbst spielen.“

Vorstehenden Gründen kann ich mich als Kommandeur der Abteilung voll und ganz anschließen, da ich mich strenge, wenn mein Trompeterkorps in der Öffentlichkeit die Pflege der Tradition der alten Armee wachhalten und fortführen kann.

Der Herr Major mag diese Pflege für seine persönliche Aufgabe halten, allein die vom Reichswehrministerium aufgestellten Bestimmungen für die Militärmusiker drehen sich um die Beschränkung auf musikalisch wertvolle Musikaufführungen und nicht um „die Tradition der alten Armee“, die uns offen gelogt, gestohlen bleiben kann. Der traditionsbegeisterte Herr Major muß sich daher wohl oder übel an die von seiner vorgesetzten Behörde, dem Reichswehrministerium herausgegebenen Vorschriften halten. Ob Tanzmusik „die Tradition der alten Armee“ wachhalten kann, sei dahingestellt, doch daß sie zu den musikalisch wertvollen Veranstaltungen gehört, kann nicht behauptet werden.

Zum Tariffstreit der Bankangestellten.

Reichsministerien und Großbanken.

Die Sozialdemokraten haben folgende kleine Anfrage Aufhäuser und Genossen eingebracht:

Im Tariffstreit der Bankangestellten war am 3. November 1925 ein Schiedsspruch ergangen, der für die in den letzten zwei Jahren ohnehin äußerst gedrückten Tarifgehälter die beschlossene Erhöhung von 5 Prozent vorschlug. Die von den Angestelltenorganisationen beantragte Verbindlichkeitsklärung ist vom Herrn Reichsarbeitsminister mit folgender Begründung abgelehnt worden:

„Der Schiedsspruch sieht eine Erhöhung der Gehälter der Bankangestellten um 5 Proz. vor. Diesen Vorschlag haben die Bankleitungen als für sie nicht tragbar abgelehnt und zur Begründung unter anderem angeführt, daß das Bankgewerbe bei seiner an sich schon schwierigen Lage auch noch durch zahlreiche ihm im öffentlichen Interesse aufgebürdeten Arbeiten, die keinen Gewinn abwerfen, belastet sei. Die Richtigkeit dieser Angaben hat durch die vom Reichsarbeitsministerium eingeleitete eingehende Nachprüfung nicht widerlegt werden können. Die gesetzlichen Voraussetzungen der Verbindlichkeitsklärung waren hiernach nicht gegeben, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß eine Erhöhung der Gehaltsbezüge der Angestellten an sich wünschenswert erscheint. Außerdem bestand die Befürchtung, daß sich bei einer Verbindlichkeitsklärung die Auswirkung der gegenwärtigen schweren Krise auf dem Arbeitsmarkt für die Bankangestellten noch verschärfen würde.“

Der Allgemeine Verband der Bankangestellten behauptet auf Grund von Erklärungen des Reichsarbeitsministeriums und anderen Informationen, daß die „eingehende Nachprüfung“ der für die Banken gegebenen finanziellen Tragfähigkeit des Schiedspruches durchaus einseitig erfolgt sei. Das Reichsarbeitsministerium hätte lediglich Gutachten des Reichswirtschafts-, des Reichsfinanzministe-

riums und des Reichsbankdirektoriums eingeholt, die sich wesentlich auf Vorstellungen des Reichsverbandes der Bankleitungen stützten, während den Arbeitnehmervertretungen versagt blieb, sich vor der Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums zu den Behauptungen der Arbeitgeberseite zu äußern.

1. Trifft diese Behauptung des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten zu?

2. Ist der Herr Reichsarbeitsminister bereit, die ihm vom Reichswirtschafts-, Reichsfinanzministerium und dem Reichsbank gegebenen Gutachten vorzulegen?

3. Ist dem Herrn Reichsarbeitsminister bekannt, daß diese drei Stellen erneut von dem Bankenverband aufgefordert wurden, auf ihn einzuwirken, daß er auch den am 23. Dezember 1925 unter Vorsitz von Staatssekretär a. D. Dr. August Müller gefällten Reichstagsentscheidungsbescheid nicht für verbindlich erklären soll?

4. Was gedenkt der Herr Reichsarbeitsminister zu tun, um künftig eine solche einseitige Einflußnahme der Arbeitgeberseite auf die für seine Entscheidung maßgebenden Gutachterstellen im Reichswirtschafts-, Reichsfinanzministerium und im Reichsbankdirektorium zu verhindern?

Reichstagsverträge der Buchbinder.

Bei den Verhandlungen in Weimar über den Neubeschluß eines Lohnabkommens forderten die Buchbinder eine Erhöhung des Spitzenlohns um 10 Proz., d. h. einen Spitzenlohn von 1 M. Auch der Tarifstarif sollte erhöht werden. Die Unternehmer dagegen forderten einen Lohnabbau von 10 Proz., da die Lage der deutschen Wirtschaft katastrophal und noch nie ein so schlechtes Weihnachtsgeschäft zu verzeichnen gewesen sei. Nach mehrstündigen Verhandlungen kam es zu einer Einigung mit dem Verband deutscher Buchbindereibesitzer, das bestehende Lohnabkommen bis zum 7. April zu verlängern.

Auch mit dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen („Api“) kam es bei den Verhandlungen in Berlin zu einer Verständigung, wonach der Lohnvertrag bis zum 28. Februar verlängert wird, da dann auch der Mantelvertrag abläuft. Gegen eine Veränderung des geltenden Ortsklassenverzeichnis, die vom Buchbinderverband beantragt worden war, wandten sich die Unternehmer, worauf auch die Regelung dieser Angelegenheit bis zur Neubearbeitung des Mantelvertrages zurückgestellt werden mußte, nachdem der Vorschlag der Unternehmer, den Mantelvertrag um ein Jahr zu verlängern, nicht die Zustimmung der Arbeitnehmervertreter gefunden hatte.

Der von der Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums für die Kartonnagenindustrie am 11. Januar gefällte Schiedsspruch wurde von beiden Parteien angenommen, womit die Lohnregelung bis zum 31. Mai erfolgt ist. Verhandlungen für die Wellpappeindustrie führten zu unveränderter Verlängerung des Lohnabkommens bis zum 31. Mai.

Jahresgeneralversammlung der Textilarbeiter.

In der Jahresversammlung der Berliner Textilarbeiter am 25. Januar gab Genosse Gruhl den Geschäftsbericht. Während des ersten Halbjahrs noch zufriedenstellend in der Beschäftigung war, sank diese im letzten rapide. Immer mehr Betriebe ließen verkürzt arbeiten oder schlossen ganz. Diese Situation verurteilten die Unternehmer auszunutzen, indem sie sich an tarifliche Vereinbarungen nicht mehr gebunden halten. Die Textilarbeiterschaft ist aber nicht gewillt, so ohne weiteres stillschweigend dabei zuzusehen. Noch ist die Organisation intakt und sie wird auch über diese Krise hinwegkommen. Der Mitgliederbestand konnte sich sogar erhöhen, und zwar um 318 männliche und 229 weibliche Mitglieder.

Der Organisation ist es nach vielen Mühen gelungen, eine Arbeiterinnenkommission zu gründen, die besonders unter den zahlreichen Arbeiterinnen aufklärend tätig ist. Leider ist es bisher nicht möglich gewesen, die Jugendlichen enger zusammenzufassen. Das wird eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Jahres sein.

Der Rassenbericht, den Kollegen Schein gab, weist eine erfreuliche Entwicklung des Verbandes aus.

In einem grobangelegten Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Kocke über die wirtschaftliche Lage zeigte der Redner die heutigen Unterlassungsünden des Unternehmertums, die mitschuldig sind an der jetzigen Krise. Die sogenannte Opposition prodigte wie üblich die „Einheitsfront“ und glaubte damit die Unternehmer über den Haufen zu rennen. Daß dabei weidlich auf unsere Partei und Gewerkschaften geschimpft wurde, versteht sich eigentlich von selbst. In glänzender Weise wurden diese „Revolutionäre“ von den Kollegen Jöckel, Schrader, Jung und Kocke abgefertigt.

Die geringe der kommunistische Einfluß ist, zeigte sich bei der Neuwahl der Ortsverwaltung. Mit übergroßer Mehrheit wurde die alte Verwaltung wiedergewählt. Die kommunistische Liste fiel glatt unter den Tisch. Auch der letzte Versuch, zu retten, was noch zu retten war, nämlich ein Antrag, Versammlungsanzeigen des Verbandes auch in der „Roten Fahne“ und „Welt am

Constantin
Cigaretten

58

ALCO
SILBER

58

Unverändert
in Preis u. Güte

Kunstbesitz auf Reisen



im Verkauf auch nur 15—20 M. erzielen. Hier wagt mancher mitzusteigern, und so wird der Preis höher getrieben. Rechnet man, daß ein Maler an einem Gemälde in der Größe 60 mal 80 Zentimeter mindestens vier bis fünf Wochen zu arbeiten hat, daß der Rahmen mindestens doch mit 20—30 M. eingepreist werden muß und das Geschäft mindestens doch 20—30 Promille für sich rechnet, so bleibt für den Maler eine Bewertung von 100—120 M. für seine Arbeit. Zumeist wird ja der Künstler bei Verkauf des Bildes entlohnt. Doch ist es auch in einigen Kunsthandlungen üblich, daß der Maler erst einen Anteil des Verkaufspreises nach Verkauf des Bildes erhält. Bei den kleineren Bildern würde die Errechnung der Summe, die der Künstler vom Versteigerungspreis bekommen müßte, noch erheblich schwieriger, in den meisten Fällen würde der Künstler leer ausgehen müssen.

Wer kauft?

Der kleine Kreis, der dem Inhaber von Bild zu Bild folgt, hat sich mehr und mehr vergrößert. Neben uns hat eben eine Frau ein kleines Bild erstanden. Stolz geht sie zur Kasse und empfängt es. Ein älterer Herr bietet bei einer Studie mit, man sieht es ihm an — ein wirklicher Kunstkenner — der mit Sorgfalt ausgewählt und nun ängstlich um sich blickt, ob seine bescheidenen Gebote nicht überschritten werden. Und als mehr geboten wird, hält er trampfah mit, bis er endlich sein Bild zugeschlagen erhält. Erfreut über seinen neuen Schatz, mustert er noch einmal die langen Reihen, sein Bild hoffet noch einmal an einem großen Bilde, einer düsteren Waldlandschaft, reißt sich los und verläßt mit seinem Schatz den Laden. Bei dem Versteigern eines Bildes läßt sich hinter mir eine Stimme kunstverhändig hören: „Det is aber dicke bezoght, det bisten Beine-wand und de Farbe und der Rahmen, det jöhst doch nich mit.“ Ein kleiner, dicker Kerl, mit einer Joppe, Knieschonen und Gamaschen, Stod in der Hand, steht hinter uns. Er steigert nur sachgemäß, das heißt nur bei ganz günstigen Angeboten, er will ja auch nur als Wiederverkäufer seligern. Während blüht er auf die Voten, die sich immer überbieten müssen, die sollten man auf ihn hören, er würde den ganzen Ramisch schon für die Hälfte kriegen. Einige Reugierige, die von der Straße aus den vollen Laden gesehen haben und „wühbegierig“ schnell hereingehuscht sind, eine Gelegenheit, billig zu kaufen, erkennen haben, bieten mit, aber nur bei den kleineren Bildern. Sie wollen nur „was mitbringen“. Einigen unter ihnen sieht man an, daß kein Schwärmer für die Kunst Anfang ist, mitzubieten. Einige Bilder werden heiß umstritten, jeder möchte es haben, doch aber nur recht billig. Während gehen die Blicke von einem zum anderen. Treibt einer den Preis um 5 M. höher, freut sich schon, als der Inhaber zum letztenmal fragen will, dann kommt sicher einer, der routiniert ist und eine Mark mehr bietet. Der Kampf beginnt von neuem. Der Inhaber kann, man merkt es ihm an, die routiniert Bieternden nicht leiden, zwischen ihnen besteht heftige Feindschaft, bei der der Inhaber des Geschäftes die bessere Rolle spielt, er kämpft um seine Werte. Ja, er stellt sogar einige Bilder mehrmals zurück, weil die gebotenen Preise zu schlecht sind. Er kann es, denn noch droht nicht das Gespenst der Zwangsversteigerung.

Der heutige Kunstmarkt liegt sehr im argen. Die wirtschaftliche Not macht sich hier am stärksten mit bemerkbar. Und sie überträgt sich naturgemäß auf den Künstler. Wird sein Werk nicht belohnt — wird sein Ansporn nachlassen. Die Sorglosigkeit, mit der heute Werke zu Ausstellungen geschickt werden, die nicht den Anspruch als Kunstwerk haben, ist zum Teil zurückzuführen auf die Misachtung der Kunst. Wieviel Mut und Begeisterung gehört heute für den begabten Künstler dazu, sich treu zu bleiben!

Geheimrat Moll und die Berliner Okkultisten. Ein Sieg der Wissenschaft.

Vor der Berufungskammer des Landgerichts II fand unter Vorsitz von Landgerichtsrat Busch die neue Verhandlung in der Beleidigungssache, die der Eisenbahnersekretär Rudolf gegen den Geh. San.-Rat Dr. Moll wegen Beleidigung seiner Ehefrau, dem in der Okkultistenwelt vielgerühmten Reifemedium Maria Balkhart, statt.

Wie erinnertlich, dreht es sich bei dem ganzen Streiffall um eine Sitzung Berliner Okkultisten, in der das Medium Maria Balkhart ihr berühmtes Reifephänomen produzierte. Nachdem die Teilnehmer am Tisch Platz genommen hatten und nach Ausschaltung einer Handkette gebildet hatten, verfiel das Medium in Zustände und auf den Oberarmen der beiden Nachbarn des Mediums, zweier Ärzte und Okkultistenführer, erschienen die Reifen. Professor Moll bemängelte in seiner Kritik, daß das Medium vorher nicht unterzucht worden sei, und sprach von einem geschickten Uebertreibern, wobei er die Ausdrücke „plumper Trick“ und „Manipulation“ gebrauchte und das Ganze als Farce bezeichnete. Das Amtsgericht hatte Geheimrat Moll unter Jubilation des § 193 freigesprochen, indem es ihm glaubte, daß er das Medium selbst nicht habe beleidigen wollen, sondern nur eine sachliche Kritik als Wissenschaftler geübt habe. Geh.-Rat Moll sei zu glauben gewesen, daß er überzeugt sei von der physikalischen Unmöglichkeit der Durchdringung der Materien ohne mechanische Nachhilfe. Gegen das

Wie wird versteigert.

Um den Inhaber sammeln sich ein kleiner Kreis. Der Verkaufspreis der einzelnen Bilder wird ausgerufen, und jedes Bild, für das ein Angebot vorliegt, wird versteigert. Eine Zeit treiben die Bieternden den Preis höher, ruckweise, bis einem das Bild zugeschlagen wird. Die Angabe des Verkaufspreises wird von allen Bieternden ignoriert. Anders sind die Angebote nicht zu begreifen. Ein Kinderbild, Originalgemälde, wenn auch von keinem bekannten Maler, ungefähr 60 mal 80 Zentimeter groß, in einem goldenen Rahmen, mit einem Verkaufspreis von 1500 M., bringt nach verzweifelten Kämpfen und Aufmunterungen in der Versteigerung 100 M. Das erste Gebot lautete auf „zwanzig“ Mark. Ein Pendant zu diesem Bilde gelangt in der Versteigerung noch nicht auf 100 M. und wird vom Inhaber aus der Versteigerung zurückgezogen. Im hinteren Boden wird versucht, dem Käufer des ersten Bildes das zweite zum gleichen Preise zu verkaufen. Beinahe Hebenäglich verliert es der Inhaber, man sieht es ihm an, er will seine Bilder nicht verschleudern lassen. In der Zwischenzeit werden vorn kleinere Bilder versteigert. Kleine Kopien — in Öl, von wenig bekannten Malern, mit fabelhaften Rahmen, die im Verkauf 100—150 M. kosten würden, werden mit 17—23 M. versteigert. Eine kleine Rönchstudie mit schwarzem, breitem Ebenholzrahmen wird mit 22 M. losgeschlagen. Sicher kostet der Rahmen mehr, als für das ganze Bild erzielt worden ist. Am besten gehen verhältnismäßig noch die billigsten Sachen weg. Der Tisch triumphiert. Kleine Holzpaletten, mit Landschaften verziert oder mit eingetragenen Sprüchen, werden mit 3—10 M. bezahlt und würden

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Alle in der Gesellschaft dachten längst, daß die Baronin einen Gestehten hätte. Einen Mann für ihre Lebensfülle, für ihren Lebensdurst, einen wirklichen Mann neben dem, der seit Jahren schon an zwei Stützen die haltlos zappelnden, nicht mehr richtig dirigierten Beine mühsam dahinschleifte. Schwere Tränen tropften aus den Augen der Frau. Sie sah sich täglich neben dem Rollstuhl des Gatten daherschreiten, sie sah sich mit ihm wieder nach Deynhäusen reisen. Ach, was machte das für ein unliebsames Aussehen auf dem Bahnsteig, wenn der Diener den Rollstuhl heranschoß und zwei kräftige Gepäcsträger den aufs erste Ansehen hin noch immer stützten, einst so eleganten flotten Kavalier heraus hoben und die schwere Last mühsam in das Coupé erster Klasse verfrachten. So viele Blicke, so viele Bemerkungen, die sie nicht hören sollte und doch hörte!

Und doch irrte sich die Gesellschaft — die schöne Frau ließ einen sehnsüchtigen tiefen Seufzer aus — leider!

Eva hatte eine tiefe Ohnmacht bekommen, nachdem sie sich schon tagelang selbstsam matt gefühlt hatte. Dieses Mal waren es nicht die Ohren, auch nicht die Nerven, dieses Mal war es das Herz, das ausspannte. Sie war, ohne daß sie sich noch wehrte, zusammengebrochen.

Als sie sich auf ihrem Bett fand, auf das man sie gelegt hatte, und darüber zu sich kam, daß das andere Mädchen versucht, sie zu entleiden, wußte sie sofort, was nun kam. Der Arzt — Untersuchung — Kündigung. Das wiederholte sich von wieder.

„Ist Ihnen jetzt besser?“ fragte das Mädchen, ein aut-mühtes Ding. „Herrje, was haben wir uns erschreckt! Und erst die Frau Baronin! In der ihrem Toilettenzimmer sind Sie umgefallen. Gott im Himmel, nee so was! Mit Ihnen ist wohl was los, Eva? Und darum!“

„Wie dumm,“ murmelte Eva und versuchte, sich aufzurichten und sich zu besinnen.

„Bleiben Sie doch nur ruhig liegen,“ rief ängstlich das Mädchen. „Die Frau Baronin hat telefoniert, der Doktor kommt gleich.“

„Ja, ja, der Doktor kam gleich, und die Fragen kamen auch, eine Frage nach der anderen — ja, der Doktor — er

bestellte sie zu sich — ausfragen, Untersuchung — und dann — und dann?! Eva hob die Füße vom Bett. „Nun geht es schon wieder,“ sagte sie langsam, ihre Gedanken sammelnd. „Ach danke Ihnen, Hannchen, es geht wirklich schon wieder.“

Aber es ging doch nicht.

Als Eva gekündigt wurde binnen vierzehn Tagen, war sie gar nicht erstaunt. Das hatte sie ja erwartet. Aber erstaunt war sie, daß der Herr Baron sie zu sich auf sein Zimmer befohlen.

Er sah am Schreibtisch in seinem Sessel, an dem die Krüdstühle lehnten, vor ihm auf der Tischplatte des eigenen Tisches lag Evas Dienstbuch. Die Baronin war nicht im Zimmer. Sie mochte nicht dabei sein. Sie hatte Eva nicht gefragt, überhaupt nichts mehr, auch über ihr Kränkeln nicht gesprochen, sie schwieg die Sache tot. Stumm hatte Eva ihre Obliegenheiten in dieser letzten Zeit noch erfüllt, noch mehr versunken in sich als sonst, sie sah gar nicht auf. Und so hatte sie auch die Blicke nicht gesehen, die die Baronin auf ihr ruhen ließ. Bewunderung lag in diesen Blicken, auch Vorwurf — aber vor allem Mitleid. Mitleid mit diesem armen Geschöpf, das unselig krank war, Mitleid mit dem eigenen Geschick — und nicht auch Mitleid mit ihm, mit ihrem Gatten? Nein. Das Mitleid mit der eigenen betrogenen Jugend war größer, als das Mitleid mit ihm.

„Die Frau Baronin läßt Ihnen noch Adieu sagen,“ sagte der Baron. Seine kalten blauen Augen richteten sich nicht auf Eva, er sagte alles so vor sich hin, als seien die Worte nur an den Schreibtisch gerichtet. „Meine Frau hat noch eine Entschuldigung für Sie und wünscht Ihnen alles Gute. Aber —“ und nun hob sich sein gleichförmig-halbblauer, etwas nasal-tonfall und wurde stärker, und nun sah er auch Eva an — „aber wie konnten Sie sich überhaupt ver-mieten? Das ist eine Dreifigkeit. Wußten Sie denn nicht, daß Sie in einen Privathaushalt nicht gehören, niemals dort geduldet werden können?“

Das war hart, fürchterlich hart! Und der da, der da im Sessel, der die zwei Krüdstühle benutzen mußte, wenn er, seine Beine schleifend, sich durchs Zimmer bewegen wollte, der sagte ihr das?! Eva zitterte nervös. „Ich bin schuldlos — es ist ererbt — ich habe mir mein Unglück nicht selber zugezogen.“

„Das kann jeder sagen!“

In Eva wollte es heiß auf, ihre sonst wie verklärten blickenden, schwachsichtigen Augen blühten den Mann an: „Rein, nicht jeder!“

25.

Durch viele Straßen war Eva Wilkowitzki gegangen, durch viele Häuser, durch viele Zimmer, durch viele Hände, in den letzten drei Vierteljahren durch besonders viele. Dreiviertel Jahr war sie jetzt von der Baronin fort, und seitdem war sie schon auf vielen Stellen gewesen. Überall immer nur ein paar Wochen. Einmal war sie auch dazwischen abermals in der Charité, aber nur kurz, sie hatte die Hoffnung aufgegeben, je gesund zu werden — was sollte sie dann noch länger da? Anderen den Platz wegnehmen? Oder ausruhen? Richtig ausruhen würde sie ja doch erst, wenn die große Wanderung zu Ende war. Jetzt ging es noch immer weiter. Nur weiter, weiter! Eine Unruhe war über Eva gekommen, eine Unruhe, die sie beständig weitertrieb, weiterhegte wie eine Wollsbefest ein Lamm verfolgt. Auch mo sie vielleicht noch hätte bleiben können, mo niemand etwas merkte, blieb sie doch nicht. Durch irgend etwas, jetzt noch Ungeahntes würde ihr Leiden schon zum Vorschein kommen, und dann würde man sie natürlich entlassen, da ging sie lieber von selber. Sie war in den verschiedensten Gegenden Berlins gewesen; am liebsten war es ihr, wenn sie es recht weit hatte von der Stelle, die sie verließ, bis zu der Stelle, die sie neu antrat. Etwas von Bagabundentum war in sie gefahren; wenn sie ihre Siebensachen zusammengepackt hatte, mit Handkörbchen und Karton wieder draußen vor der Haustür stand, dann regte es sich mit einer Art von wilder Freude in ihr: frei, frei! Dann eilte sie fort wie einst als Kind in den Tiergarten, planlos, ziellos. Sie lief umher auf den Straßen, wie damals als Kind im Tiergarten. Aber goldene, homigefärbte Blumen wie einst dort fand sie nicht.

Bei der Händlerin aus Reinickendorf, die morgens auf dem Wochenmarkt sah, und bei der sie einstweilen den kleinen Laden und die vier Kinder versorgen sollte, war es zu schwer. Beim Regierungsrat in der Mahlenstraße wollte man sie nicht mehr haben. In der feinen Familie am Kurfürstendamms erst recht nicht. Bei der Dame in Wilmersdorf, die verlassen worden war von ihrem Mann und die nun verdienen mußte, um sich und ihren süßen Buben durchzubringen, ging es noch am längsten. Die Dame war den ganzen Tag in einem Bureau, Eva mit dem Kind allein, aber als es da herauskam, war es am aller schlimmsten. Die junge Frau, die so allein stand, die geglaubt hatte, ihr armes Bübchen sauberen Händen anzuvertrauen, war aufgeregter wie eine Wahnsinnige. Eva floh.

(Fortsetzung folgt.)

Urteil haben der Nebenkläger und Geh. Rat Roll Berufung eingelegt. Der Nebenkläger erwidert in den Behauptungen Rolles den Vorwurf, daß das Medium sich eines Betruges schuldig gemacht habe, während das Medium überzeugt sei, übernatürliche Kräfte zu besitzen, unter deren Benützung das Reifenphänomen zustande gebracht worden sei. Die Reifen waren nach Angabe der Beteiligten einige Tage vorher in unerklärlicher Weise verschwunden, und zwar durch einen sogenannten Export. In der Sitzung habe das Medium infolge Apports die Reifen wieder materialisiert. Nach Vertiefung der Urteilsgründe sprach sich Geh. Rat Roll sehr scharf gegen die Möglichkeit der Materialisierung der vorher in Atomen aufgelösten Reifen aus und war überzeugt, daß die Reifen vorher irgendwo versteckt gewesen seien, daß das Medium sie geschickt über die Handgelenke gestreift hat; ehe die Kette gebildet worden war, und daß sie während der Judungen dann ihren Nachbarn diese über die Arme gestreift habe. In der Wissenschaft kann man aber nicht mit beliebigen Behauptungen kommen, sondern muß alles beweisen können. Dieser ganze Prozeß gehe nur darauf aus, ihn mundtot zu machen. Interessant gestaltete sich die Vernehmung von Professor Dr. Busch aus Köln, der sich als entschiedener Gegner des Okkultismus bekannte. Ganz anders eingestellt war der andere Zeuge, Gynastikprofessor a. D. Schröder, der von den überflüssigen Ausfährungen des Mediums überzeugt ist. In die beiden Zeugenausagen knüpften sich heftige Auseinandersetzungen zwischen Geh. Rat Roll und seinen Rechtsbeiständen auf der einen Seite und den Rechtsbeiständen des Nebenklägers, die zeitweise einen Sturm im Gerichtssaal entzündeten. Danach wurden noch die Sachverständigen gehört und auch hieran knüpften sich wieder die gleichen stürmischen Szenen, so daß sich die Verhandlung bis in die späten Abendstunden hineinzog.

Nach längerer eingehender Beratung kam das Gericht zu folgender Entscheidung: Die Berufung des Eisenbahnersekretärs Rudloff wird auf Kosten des Privatklägers verworfen.

Die neue städtische Autosteuer.

Auf Grund des Einspruches, der von den verschiedensten Interessenten gegen die Einführung der sogenannten Vorausleistungen für den Begebau in Berlin erhoben war, hatte die Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung die Magistratsvorlage noch einmal an den Ausschuss zur neuen Beratung zurückverwiesen. Gestern fanden die Verhandlungen dieses Ausschusses statt. Nach längerer Debatte vertrat man sich auf Montag. Der Magistrat soll inzwischen alle Materialien über diese Begebauleistung und ihre Handhabung in anderen Kreisen vorlegen. Im übrigen besteht kein Zweifel darüber, daß die Magistratsvorlage in der darauffolgenden Plenarsitzung, also Donnerstag in acht Tagen mit großer Mehrheit angenommen werden wird. Alle Richtungen der Stadtverordnetenversammlung sind sich darüber im klaren, daß Berlin, solange diese Steuer besteht, nicht als einzige Stadt eine Dase in der Wüste bilden kann. Eine solche Haltung Berlins würde nur dazu führen, daß Berlin bei den Verteilungen der Steuererlöse durch die Reichs- und Landesinstanzen noch mehr benachteiligt werden würde, als das jetzt schon der Fall ist. Man würde daraus, nur den Schlüssel ziehen, daß Berlin die Einnahmen aus dieser Steuer nicht nötig hat.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer veröffentlicht inzwischen einen Aufruf an alle Automobilbesitzer, die in den Nachbarorten Berlins von der Begebauleistung abgesehen erfaßt werden. Sie fordert die Automobilbesitzer auf, in ihrem eigenen Interesse durch eine Erklärung an die Industrie- und Handelskammer sich zu einer freiwilligen Abschlagszahlung für das Etatsjahr 1926 bereit zu erklären. Die Höhe dieser freiwilligen Abschlagszahlung bewegen sich zwischen 50 und 100 M. Der Aufruf ist die Folge einer Vereinbarung zwischen den Kreisen und der Industrie- und Handelskammer. Zum Lohn dafür wird die Industrie- und Handelskammer wegen allzu schlapper Haltung in der Interessentenpresse bereits angegriffen. Am heftigsten sind diesmal die „Ulstein-Blätter“, die sich in dieser Frage als sehr einseitig unterrichtet erweisen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Industrie- und Handelskammer einen solchen Aufruf zur freiwilligen Steuerzahlung loslassen würde, wenn nicht die Sachlage eindeutig zugunsten der Kreise spräche.

Inflationsgründer und Kavaler.

Fünfzehn Bräute zu gleicher Zeit.

Vor einigen Tagen wurde ein 38 Jahre alter Zigarrenhändler Heinrich Barzgis aus der Bückerstraße 7 als Waren- und Heiratsgeschwinder entlarvt und festgenommen. Dieser unternehmende Mann, gegen den seit seiner Festnahme noch eine ganze Reihe von Anzeigen einleitet, gründete in der Inflationszeit nicht weniger als 15 Zigarrengeschäfte. Nach Einführung der Rentenmark aber ging er nach dem anderen um, zuletzt das in der Prinz-Handjery-Straße 43 zu Reutlin, als die Kriminalpolizei sich mit dem Inhaber wegen Wandalenanschuldigung beschäftigte. In der Folgezeit beschäftigte er sich mit Warenlieferungs-Schwindel, bis ihn die Polizei endlich festnahm. Ueberraschende Folgen hatte die Verhaftung des Entlarvten nach einer anderen Richtung. Bei der Kriminalpolizei meldeten sich nicht weniger als 15 Witwen und Mädchen, denen er die Ehe versprochen hatte. Fünf von ihnen hatten ihn in der Aussicht auf die Ehe auch bereits mit einem Kinde beschenkt. Barzgis, der „Zigarrenhändler“, war in der Inflationszeit der Löwe aller Witwenbälle. Die heiratlustigen Witwen rissen sich um den Kavaler, der das Geld mit vollen Händen ausgab. Nach der Inflation wollte Barzgis diese Rolle weiter spielen, und leit verschaffte er sich das Geld dazu durch Schwindel. Die Bräute ließen sich nicht von ihm ab, wenn sie auch zum Teil auf mehr als eine Art gewarnt wurden. Jetzt sind alle Bräute enttrübt über den Schwindler, nur eine glaubt auch heute noch an ihn, ein hiebsehndes Kindermädchen, das ein Vierteljahr lang auf einem Strohhalm unter seinem Badentisch geschlafen hat, weil er die Miete für ein eigenes Zimmer nicht mehr bezahlen konnte.

Der Zusammenbruch der Komischen Oper.

In den letzten Tagen haben fast ununterbrochen Verhandlungen über das Vorgehen der Gläubiger gegen James Klein stattgefunden, die von dem Vorsitzenden des Gläubigerausschusses, Rechtsanwalt Dr. Arthur Ball, geführt worden sind. Diese Unterhandlungen werden höchstwahrscheinlich zu einem gemeinsamen Vorgehen aller Gläubiger führen. Die Verhandlungen bewegen sich in der Richtung, daß ein Plan zur Befriedigung aller Gläubiger zur Durchführung gebracht wird, und zwar soll dies unter Vermittlung eines Konkurses geschehen, da der letztere Weg kaum zu einem nennenswerten Erfolge führen und nicht einmal die Schauspieler, die als vorberechtigte Gläubiger gelten, befriedigen würde. Der beschrittene Weg der Vereinbarungen dürfte um so mehr Erfolg haben, als in der Zwischenzeit von einem größeren Filmunternehmen und mehreren früheren Theaterdirektoren Angebote für eine Pachtung der Komischen Oper eingegangen sind. Bisher ist ein Pachtpreis von jährlich 200 000 M. geboten worden, jedoch sind die bisherigen Verhandlungen noch zu keinem greifbaren Resultat gekommen. Die abendlichen Kasseneinnahmen der Komischen Oper werden ferner dem Vorsitzenden des Gläubigerausschusses zu treuen Händen übergeben und dienen zur Bezahlung der rückständigen Schauspielergagen. Die Schauspieler haben sich fast alle verpflichtet, mit ihren Gagenforderungen zu warten und weiter zu spielen. Leider sind aber im Publikum noch nicht allgemein bekannt ist, daß der Spielbetrieb vollkommen aufrechterhalten ist. — Im Polizeipräsidium schweben bekanntlich Ermögungen, Direktor James Klein persönlich die Spielkonzession zwangsweise zu entziehen, wodurch ebenfalls nicht der Spielbetrieb der Komischen Oper gestört werden würde.

Zwei Wochen Bartels-Prozeß.

Und immer noch kein Ende.

Es ist nicht leicht, sich in den widersprüchlichen Aussagen des bereits 14 Tage andauernden Bartels-Prozesses zurechtzufinden. Soviel steht jedoch heute fest: Man wird dem Fall Bartels nicht gerecht, wenn man nicht von der Eigenart dieses Beamten, der jahrelang im Ausland gelebt hat, ausgeht und sich auf den engen bürokratischen Standpunkt seines Vorgängers und nun stellvertretenden Nachfolgers im Fremdenamt stellen wollte. Wer von beiden recht haben mag, ist eine Frage für sich. Jedenfalls behauptet Bartels, großzügig und liberal im Sinne der Richtlinien des Ministeriums des Innern gehandelt zu haben. Er beruft sich u. a. darauf, daß die augenblickliche Tätigkeit des Regierungsrats Gehrke bereits mihlliche Reueherungen in der „Berlingste Tidend“ und in amerikanischen Kreisen hervorgerufen habe. Der Sachverständige Gehrke, der eigentlich Partei in dieser Sache ist, erklärt dagegen, daß er auf einem streng formalistischen

Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin

Dritte Proletarische Feierstunde

am Sonntag, den 31. Januar 1926, vormittags 11 Uhr im Großen Schauspielhaus, Karlstraße

Stimmen der Völker

Requiem — Lieder — Gruppenkänge — Orgel — Violoncell — Acht Harfen

Musikalische Leitung: Professor Max Seel
Vorsprache: Genosse Arthur Ciespian, M. d. R.

Mitwirkende: Karl Ebert (Saxophon), Hans Reimann (Südliche Oper), Otto Danneberg (Orgel), Gohfried Zerlender (Violoncell), Tanzgesellschaft Herta Feit (Berliner Cabare-Schule)

Standpunkt stehe und daß er in vielen Fällen anders gehandelt hätte, als Bartels dies getan hat.

Im einzelnen drehte sich die Vernehmung des Angeklagten um die Ausstellung eines Kasan-Passes an Holzmanns Freundin Bakuska, die angeblich in ein französisches Bad fahren wollte und deren Personalausweis ein gefälschtes Visum aufwies. Ueber die Praxis des Fremdenamts äußerten sich in Verbindung mit all diesen Entscheidungen Bartels unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Sachverständige Regierungsrat Gehrke, der damalige Leiter der Abteilung Ia am Berliner Polizeipräsidium, Regierungsdirektor Dr. Weiß, und Polizeirat Krutom. So lasst man im Dunkel darüber, wie weit der Angeklagte Bartels mit seiner Handlungsweise im Recht gewesen ist. Viel Mühe machte dem Gericht die Auseinandersetzung mit Bartels' und Holzmanns Kontos und die Abhebungen, die der Angeklagte vorgenommen hatte. Bartels behauptete, dem Holzmann die Summen stets ersetzt zu haben. Am meisten scheint den Angeklagten der Fall Münzer zu belasten, den er auf Holzmanns Bank ausgewiesen haben soll. Bartels will über diesen Münzer sehr ungünstige Mitteilungen erhalten haben. Um aber den Gerüchten von der Bestechlichkeit und Uninteressiertheit Bartels' entgegenzutreten, hat die Verteidigung die Ladung des Rabbiners Hildesheim, des türkischen Generalkonsuls Senji Bei, des Redakteurs des WTB Rogakki, des Rechtsanwalts Heine und einer Reihe Russen beantragt. Vorläufig sprachen aber die bereits geladenen Zeugen, und aus ihren Aussagen ging eines klar hervor, nämlich daß Holzmann ein erstklassiger Gauner gewesen sein muß. Immer, wo es ihm nützlich erschien, propte er mit seiner Bekanntschaft mit Bartels, und um diese zu demonstrieren, läutete er in Gegenwart seiner Bekannten, wenn es ihm darauf ankam, Bartels an. Und der Zeuge Boris Tombini, Holzmanns Nefew, erklärte gar, daß in der russischen Kolonie allgemein gesagt wurde, daß Bartels Geld betäme. Holzmann habe immer erklärt, daß er die Hauptperson im Fremdenamt sei und alles machen könne. Das koste natürlich Geld. Es wurde auch im Laufe des Prozesses gesagt, daß ein gewisser Romanus Bartels 2000 M. in einem Falle angeboten haben soll. Dieser Romanus aber, als Zeuge vernommen, bestritt aufs entschiedenste, an Bartels mit einem derartigen Anerbieten heranzutreten zu sein. Er blieb uneredigt. Der Geschäftsführer des Restaurants „Olivier“ erklärte, Bartels sei nur äußerlich sehr dankebar und habe stets selbst für das von ihm Verzehrt bezahlt. Der Direktor des Restaurants Müller hat den Angeklagten nie bei sich gesehen. Ueber Bartels Beteiligung an der Orient-Abteilung der Wertheim-Bank sagte der Kaufmann Kramer aus. Auch hierin ergab sich nichts Ungünstiges für Bartels. Der bulgarische Ingenieur Alexander Teodoroff konnte bestätigen, daß die ausgewiesenen Bulgaren wirklich wilden Devisenhandel trieben.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 28. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
5-6 Uhr vorm.: Versuchskonzert für den Empfang in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada. 1. Hertzler: Marsch „Hoch Heidecksburg“ (Funkkapelle). 2. Volkstümliche Lieder: a) Radecke: Aus der Jugendzeit. b) Pressel: An der Weser. c) Holländer: Am Manarates (Franz Baumann). 3. Kreisler: Liebesleid. 4. Kreisler: Liebesleid. 5. Kreisler: Caprice viennoise. 6. Wieniawski: Scherzo tarantella (Max Rostal, Violine; am Klavier: Bruno Seidler-Winkler). 7. Aus klassischen Opern: a) Müllacker: Ich setz den Fall. Duett aus der Operette „Der Bettelstudent“. b) Joh. Strauß: „Wer uns getraut“. Duett aus der Operette „Der Zigeunerbaron“. c) Joh. Strauß: „Wiener Blut“. Duett aus der gleichnamigen Operette (Violetta Schadow, Franz Baumann). 8. Johann Strauß: Walzer. Das Orchester der Funkstunde Berlin unter Leitung von Dr. W. Buschhöcker. 9-10 Uhr nachm.: Konzert. 10.05 Uhr abends: Dr. Richard H. Stein: Einführung zu der Uebertragung aus der Staatsoper am 29. Januar. 10.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurs). Abteilung Technik. Prof. Dr. H. Rock: „Die technischen Rohstoffquellen. Die Brennstoffe“. 11.15 Uhr abends: Dr. Walter Hagemann: „Mein Besuch bei dem General Feng Yu Siang“. 11.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Betriebswirtschaftslehre. Dr. Friedrich Leitner: „Bilanzen und Bilanzkritik“. 12.30 Uhr abends: Der Roman als Fankspiel. 12. Fortsetzung: „Die Katastrophe“. Originalroman für die „Funkstunde“ von H. J. Gramatki. 9-10 Uhr abends: Studenten und Soldaten. 1. Hohensriedberger Marsch (Berliner Funkkapelle, Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann). 2. a) Karl Zöllner: Einkehr (Im Krug). b) Ferdinand Hummel: Die Lore am Tor. c) Friedrich Hegar: O alte Burschenherlichkeit (Professor-Felix Schmidt-Quartett, Leiter: Willi Gneiß). 2. V. von Scheffel: a) Die drei Dörfer. b) Wanderlied. c) Perkeo. d) Die Teutoburger Schlacht. e) Eine traurige Geschichte. f) Des Bodenstein Ritt zum Mond (Viktor Schwaneke, Rezitation). 4. Studentenliederpolska (Berliner Funkkapelle). 5. a) Aug. Klughardt: Kamerad, komm. b) Horch, was kommt von draußen rein, bearbeitet von Th. Wolfram. c) Trübsinn, bearbeitet von C. v. Othegraven (Prof. Schmidt-Quartett). 7. Morana: Risi Bisi, Marschpotpourri. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik (Rapées Jazzsinfoniker, Dirigent: Ernő Rapée).

Königswusterhausen, Donnerstag, den 28. Januar.

9-10 Uhr nachm.: Studienrat Friebe und Herr Mann: Englisch für Anfänger. 10.30-11 Uhr nachm.: Friebe und Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 11-12 Uhr nachm.: Oberschullehrer Georg Wolff: Die Durchführung des Arbeitsgedankens im Deutschunterricht. 12.30-1 Uhr nachm.: Die Frau als Aerztin.

Immer wieder wurde versucht, durch Fragen an die Zeugen festzustellen, ob Bartels über die Persönlichkeit Holzmanns orientiert sein mußte. Auch hierin ergibt sich manches Widersprüchliche. Im allgemeinen aber hatten sich die schlimmsten Mitteilungen über Holzmann in der letzten Zeit sehr gehäuft.

Der Meineid durchs Mikrophon.

Dienstherr und Hausangestellte.

Das Radio im Dienste der Schurkerei — die neueste Errungenschaft moderner Meineidtechnik. Man lese und staune: Ein junges Ehepaar lebt in ehelichem Unfrieden. Monatelang vernachlässigt der Mann seine Frau: er ist vom Radiobaujimmeli befallen. Eines Abends sind Frau und Schwägerin im Theater. Der Ehemann bestelt am Radio. Das Mädchen heizt für ihren „Herrn“ den Badeofen. Er muß Draht holen. Als er sich im Badezimmer an der Paula vorbeidringt, greift er dem Mädchen in den Busenanschnitt: „Wollen wir nicht zusammen baden?“ Das Mädchen wehrt ab. Der 17jährige Schwager Erich, der an der Tür lauscht, hört alles und erzählt es einige Tage darauf seiner Schwester. Es folgt Ehescheidungsklage wegen unmöglichen Verhaltens des Mannes und Vernachlässigung der Frau.

Vor dem zweiten Termin stellt die Klägerin die Paula wegen des Vorfalls im Badezimmer zur Rede. Sie soll vor Gericht bezeugen, daß sie und beschwört's. Die Ehe wird geschieden, die Schuld dem Mann zugeprochen: Unterhaltungskosten. Er raßt: Meineid. Und kommt auf die technische Idee, die Paula des Meineides — per Radio zu überführen. In der KGB kennt er einen Mechaniker R., der es für 200 M. machen will. Der H. zeigt dem Mechaniker auf der Straße das Mädchen. Einige Tage später spricht dieser es an. Es entspinnt sich eine liebenswürdige Unterhaltung, und es kommt zur Rendezvous-Verabredung. Der Herr „Filmdirektor“ — das ist nämlich der Mechaniker R. — imponiert dem Mädchen mächtig. Er ist so lieb und will ihr zur Filmkarriere verhelfen. Auch einem anderen „Filmdirektor“ soll sie vorgestellt werden. Zwischen Liebesworten und Zärtlichkeiten bringt er die Paula um eine kleine Gefälligkeit vor. Er habe sich Malheur. Seit Geschäftsführer wolle in einem Zivilprozeß nicht eine Kleinigkeit beschwören. Da erzählt sie von dem Schwur, den sie in der Ehescheidungsangelegenheit hat. Ach, sagt er, Mädchen, ich bringe dich mit dem Geschäftsführer zusammen und du schwindest ihm vor, daß du auch einen Meineid geleistet hast, daß in Wirklichkeit im Badezimmer nichts passiert sei. Dann soht er Rut und beschwört auch, was ich will. Wie soll man dem Mehesten das abschlagen? „Geschäftsführer“, der Herr „Filmdirektor“ und die Paula treffen sich in einer Wohnung. Sie erzählt des langen und breiten, wie sie für 2000 M. die Unwahrheit geschworen hätte, daß sie auch früher einmal einen ähnlichen Eid geleistet habe und dergleichen mehr. Und nun kommt das technische Wunder. Im Zimmer war ein Mikrophon angebracht, die Leitung ging ins Nebenzimmer und da saßen mit Hörrohren, Bleistiften und Notizblock bewaffnet vier Mann und notierten und stenographierten sechs Seiten lang die ganze Unterhaltung. Dann wurde Strofanzeige wegen Meineids angestrengt. Grundlage: Mikrophonaufnahme.

Rut stand die Paula D. vor dem Landgericht I. Die Sache sah höre aus. Die Zwanzigjährige hatte aber Glück. Ein Zeuge sagte aus, daß der Herr Filmdirektor dem Mädchen zugeredet hatte, dem Geschäftsführer was vorzuschwindeln. Der 17jährige Schwager bezeugte, daß er gehört habe, wie das Mädchen gesagt habe: „Nicht doch, Herr H.“ Herr H. mußte unter Eid zugeben, daß er die nackte Brust des Mädchens berührt hatte. Der Staatsanwalt plädierte in ausführlicher Rede für Freispruch. Der Verteidiger verlangte Verhaftung eines Zeugen wegen Meineids und des Herrn H. wegen falscher Anschuldigung. Das Gericht sprach die Paula frei. Der Staatsanwalt beabsichtigt, Herrn H. wegen falscher Anschuldigung zu belangen. Der Herr „Filmdirektor“ aber war durch Fräulein Paula auch noch geistlichstarkt geworden. — Wahrscheinlich wäre das nicht ein Stück traurigen Lebens — man könnte es für eine geschmacklose Filmmache halt u.

Fliegerabsturz auf dem Flugplatz Staaken.

Am Mittwoch nachmittag 1.45 Uhr stürzte der Flieger Rudolf Kühn auf dem Flugplatz Staaken mit einem, dem Luftfahrerverein gehörenden Kleinflugzeug tödlich ab. Der Flieger sollte für den genannten Verein einen Höhenflug ausführen. Wie vom Flugzeug beobachtet wurde, klappten in ungefähr hundert Meter Höhe beide Flügel nach oben zusammen, worauf das Flugzeug zu Boden stürzte. Der Flieger war sofort tot.

Die Flugmaschine war ein neuer Typ, den die Weltmeister Flugzeugbau G. m. b. H. in Baden-Baden herausgebracht hatte und der mit einem Hilfsmotor ausgerüstet war. Der Apparat hatte bereits 5 erfolgreiche Versuchsflüge hinter sich. Gestern flog der bei der Firma angestellte Flieger Rudolf Kühn zum letztenmal mit ihm auf. Nach beendeter Fahrt schied der Pilot sich an, zu landen und droffelte in einer Höhe von 200 Metern den Hilfsmotor ab. Als sich die Maschine zum Gleitflug senkte, brach der Hauptträger der Tragflächen, die Flügel klappten hoch, und der Apparat schoß im Sturzflug zur Erde. Von herbeieilenden Rettungsmannschaften wurde Kühn als Leiche unter der zerstörten Maschine hervorgezogen. Ein schwerer Schädelbruch hatte seinem Leben ein Ende gesetzt.

Die städtische Etatsberatung.

Im Rathaus haben Anfang dieser Woche die Verhandlungen des Räumers mit den einzelnen Bezirken begonnen. Die Bezirke haben jetzt fast alle ihre Bedarfsnachweisungen durch die Bezirksversammlungen verabschiedet lassen. Der Räumere rechnet damit, daß die Vorarbeiten für die Vorlegung des endgültigen Etatsentwurfs an die Stadtverordnetenversammlung diesmal schneller zu Ende geführt werden könne. Große Teile des Zentralen Etats sind bereits fertiggestellt. Dr. Harding hofft deshalb, spätestens am 25. März, also noch vor Ostern, den Etat in die Stadtverordnetenversammlung einbringen zu können. Es würde dann möglich sein, daß die erste Lesung noch vor Ostern zu Ende geführt würde. Der Haushaltsausgleich wird zweifellos unter der Leitung des Stadtverordnetensprechers Hof dieses Jahr schnellere Arbeit leisten, so daß wahrscheinlich Anfang Mai, aller spätestens jedenfalls vor Pfingsten, der Gesamtetat auch in zweiter Lesung verabschiedet werden kann. Das würde gegenüber der Praxis der früheren Jahre ein ganz bedeutender Fortschritt sein. Allerdings werden die Auseinandersetzungen anlässlich dieser Etatsberatung um so schärfer werden, je knapper die Finanzdeckung der Stadt dank der Finanzausgleichs der Rechtsregierung im Reich geworden ist.

Rein öffentliches Interesse?

Am Dienstagabend meldeten wir, daß bei einer Kommission eines Mieters der Gerichtsvollzieher die gesamte Wohnungseinrichtung auf die Straße hinaustragen ließ, wo sie Stunden hindurch stand, und daß schließlich die Polizei schnelle Wegschaffung der Sachen forderte. Diese Mitteilung veranlaßt einen Mieter des Hauses Reichenberger Str. 163, uns im Auftrage mehrerer Mitbewohner des Hauses zu bitten, öffentlich darauf hinzuweisen, daß sie in einem anderen Falle das erwartete schnelle Eingreifen der Polizei sehr vermissen. Er erinnert daran, daß vor kurzem berichtet wurde, die Polizeireviere seien angewiesen worden, darauf zu achten, ob die Höfe der Wohnhäuser sauber gehalten werden. Auf dem Hof des Hauses Reichenberger Straße 163 läßt aber die Sauberkeit sehr zu wünschen übrig, weil dort ein umfangreicher und hoher Schutthaufen lagert, der durch Zuzunten von Resten aller Raritäten und allerlei Gerümpels

Der preussische Elektrotrust.

Tatsachen und Forderungen.

Dem Preussischen Landtage ist eine Vorlage der Regierung zugegangen, betreffend Aufnahme einer Anleihe von 150 Millionen Reichsmark. Ein Teil des Anleiheertrages soll für die weitere Ausgestaltung der staatlichen Elektrizitätsunternehmungen verwendet werden. In den letzten Jahren hat der preussische Staat angefangen, eine Reihe von eigenen Elektrizitätsunternehmungen zu entwickeln. Im Jahre 1923 wurden durch Gesetz zwei Aktiengesellschaften begründet, deren Kapital vollständig in den Händen des Staates ist: die Preussische Kraftwerke „Oberweser“ A. G. in Kassel und die Großkraftwerk Hannover A. G. in Hannover. Der Wirkungsbereich der staatlichen Elektrizitätsverwaltung hat sich seitdem durch verschiedene Neuerwerbungen bedeutend ausgedehnt. Die folgende Zusammenstellung zeigt den heutigen Stand des preussischen Elektrizitätswesens:

Nr.	Unternehmungen	Kraftwerk D = Dampfkraftwerk W = Wasserkraftwerk	eingebaute Leistung in Kilowatt	Jahresertrag in Mill. Kilowattstunden (abgemess.)
Nördliche Gruppe:				
1.	Großkraftwerk Hannover A. G. in Hannover.	W	87 500	49
	Dörverden W u. D	D	4 500	13
2.	Nordwestdeutsche Kraftwerke A. G. in Hamburg.	D	10 000	42
	Gorburg D	D	11 500	33
	Lübeck D	D	19 000	38
	Farge D	D	13 000	15
3.	Heberlandwerke u. Straßenbahnen Hannover A. G. in Hannover.		—	20
	Fremdstrom		—	(20%)
Südliche Gruppe:				
4.	Preussische Kraftwerke „Oberweser“ A. G. in Kassel.	W	16 700	50
	Helmingshausen W	W	850	2
	Rainkraftwerke W	W	6 000	13
	Lepten Hessel W	W	4 160	13
	Fremdstrom		—	30
5.	Gewerkschaft Großkraftwerk Rain-Weser in Kassel	D	82 800	50

In den vorgenannten Unternehmungen besitzt der preussische Staat entweder die Gesamtheit des Aktienkapitals oder dessen Mehrheit. Außerdem ist Preußen, wenn auch nur mit einer Minderheit des Kapitals, noch an mehreren anderen Elektrizitätsunternehmungen finanziell beteiligt. Unter diesen letzteren sind zu nennen: die Ostpreußenwerk A. G. in Königsberg, die Heberlandwerk Oberschlesien A. G. in Reiche, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk A. G. in Essen und die Rhein-Rain-Donau A. G. in München.

Die folgende Tabelle zeigt die Höhe der finanziellen Beteiligung des preussischen Staates an den verschiedenen Unternehmungen:

Nr.	Unternehmen	Gesamtes Aktienkapital in RM.	Beteiligung des preussischen Staates in RM.	in %
1.	Großkraftwerk Hannover A. G. in Hannover	6 000 000	6 000 000	100
2.	Nordwestdeutsche Kraftwerke A. G. in Hamburg	8 000 000	6 437 700	80,47
3.	Heberlandwerke und Straßenbahn Hannover A. G. in Hannover	16 000 000	8 000 000	50 + 1 Aktie
4.	Preussische Kraftwerke „Oberweser“ A. G. in Kassel	10 000 000	10 000 000	100
5.	Gewerkschaft Großkraftwerk Rain-Weser in Kassel	8 000 000	2 550 000	31
6.	Ostpreußenwerk A. G. in Königsberg (Publik)	9 900 000	3 010 000	30,56
7.	Heberlandwerk Oberschlesien A. G. in Reiche	3 200 000	1 184 000	37
8.	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk A. G. in Essen	140 000 000	12 000 000	8,57
9.	Rhein-Rain-Donau A. G. in München	1 800 000	800 000	44,44

Die Aufgabe jedes öffentlichen Elektrizitätswerkes ist es, die Bevölkerung und die Wirtschaft mit billigem und gutem Strom zu versorgen. Gut ist in diesem Falle gleichbedeutend mit betriebssicher. Auch die staatlichen Elektrizitätsunternehmungen können

nach keinem anderen Kriterium beurteilt werden, als dem ihrer tatsächlichen Leistung in der Stromlieferung. Im besonderen muß verlangt werden, daß die Elektrizitätswerke sich nicht damit begnügen, nur gewisse mittlere Abnehmerkreise zu beliefern. Vielmehr müssen sie dahin streben, sowohl die größten wie auch die kleinsten Abnehmer an ihre Leitungsnetze anzuschließen. Die größten Abnehmer sind im allgemeinen Fabriken, Bahnen, Hotels, Warenhäuser usw. Die kleinsten Abnehmer sind die unbedeutendsten Schichten der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner und dergleichen. Die Großkonsumenten verlangen niedrige Strompreise, weil sie andernfalls die elektrische Energie sich selbst in eigenen Maschinenanlagen erzeugen. Die kleinsten Abnehmer müssen ebenfalls niedrige Tarife haben, weil ihre begrenzten Mittel ihnen größere Ausgaben für elektrischen Strom einfach nicht gestatten.

Niedrige Stromverkaufspreise setzen geringe Produktionskosten voraus. Geringe Produktionskosten aber sind nur bei Massenabsatz und Massenerzeugung möglich. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, muß von den preussischen Elektrizitätsunternehmungen gefordert werden, daß sie zwar bestrebt sind, sich zu Großbetrieben auszuweiten, daß sie aber im gegenwärtigen Moment noch Mittelbetriebe sind. Die oben unter 1 bis 3 aufgeführten Werke bilden den Kern der preussischen staatlichen Elektrizitätsunternehmungen. Die Summe der Jahresleistungen dieser Werke hat unter Begünstigung des nun auswärts her bezogenen Fremdstromes im Jahre 1923 rund 316 Millionen Kilowattstunden betragen. Diese Energiemenge wird in 11 Zentralen, teils Dampf-, teils Wasserkraftwerken erzeugt. Die Bezeichnung als Großkraftwerk für Hannover und Rain-Weser ist vorläufig noch mehr ein Programm als Wirklichkeit, wenn gleich die beiden Dampfkraftwerke Wilm und Borken auf dem Wege sind, wirkliche Großkraftwerke zu werden.

Die preussischen Elektrizitätsunternehmungen befinden sich erst im Anfange ihrer Entwicklung. Es ist notwendig, das begonnene Werk zu fördern. Die vorhandenen Betriebe müssen intensiv und extensiv ausgebaut werden. Der intensive Ausbau, d. h. die Vermehrung des Stromablasses, ist eine Frage der richtigen Strompreispolitik. Die extensivere Erweiterung muß durch Angliederung neuer Versorgungsbezirke an die schon vorhandenen Werke erfolgen. Einen großen Fortschritt in letzterer Hinsicht bedeutet der Erwerb der Mehrheit des Aktienkapitals der Nordwestdeutschen Kraftwerke A. G. in Hamburg, früher „Siemens“ Elektrische Betriebe. Der Kauf dieser Aktien erfolgte bekanntlich Mitte des vorigen Jahres zu einem Preise, der weit über dem damaligen Börsenwerte der Aktien lag. Ohne zu der Höhe des Kaufpreises selbst Stellung zu nehmen, möchte ich doch erklären, daß der Erwerb der Aktienmehrheit grundsätzlich richtig und ein großer Fortschritt war, indem er das Einflußgebiet der preussischen Elektrizitätsverwaltung wesentlich erweiterte.

Das deutsche Elektrizitätswesen in seiner gegenwärtigen Verfassung leidet unter einer ungeheuren Zersplitterung. Es gibt viel zu viel kleine und deshalb leistungsunfähige öffentliche Elektrizitätswerke. Diese müssen verschwinden und in größeren Organisationen aufgehen. Solche Organisationen übergeordneten Charakters sind die verschiedenen Landeselektrizitätsunternehmungen, die in den letzten Jahren entstanden sind. Wer sich die Zukunft Deutschlands in einem unitarischen Sinne vorstellt, der wird es bedauern, daß der Partikularismus, das alte Erbteil der Deutschen, auch auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens Platz gegriffen hat. Die Elektrizitätsversorgung müßte, ihrer technischen und wirtschaftlichen Natur nach, eigentlich Sache des Reiches sein. Aber auch der Anhänger des Gedankens der Reichselektrizität wird sich der Tatsache nicht verschließen können, daß die Landeselektrizitätsverwaltungen nun einmal Wirklichkeit sind. Steht man sich aber auf dem Boden der gegebenen Tatsachen, so kommt es nur noch darauf an, die staatlichen Unternehmungen auf einen möglichst hohen Stand der technischen und wirtschaftlichen Vollkommenheit zu bringen. Für die Sozialdemokratische Partei ist es eine wichtige Aufgabe, darüber zu wachen, daß auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens nicht zu den vorhandenen eine neue bürokratische Staatsverwaltung hinzutritt, die langsam und unbefriedigend arbeitet. Vielmehr muß unsere Partei sich dafür einsetzen, daß eine großzügige, leistungsfähige staatliche Elektrizitätsorganisation geschaffen wird, die ihre Aufgabe im Wirtschaftlichen, besonders auch gegenüber der unbedeutendsten Bevölkerung gut erfüllt.
Dr.-Ing. W. Rajerzgit.

des Textilzweiges ist es, den Preisstempel mit dem Verkäufer (Fabrikanten) auch wirklich auszulösen und die kassende Spanne zwischen Preisstand und Kaufkraft der Massen zu überbrücken. Wie groß diese Spanne ist, geht daraus hervor, daß der Index der Massenkaufkraft jetzt auf 116 steht (wenn 1913 = 100), während der Preisindex für Textilartikel insgesamt auf 174 zu beziffern ist, für einzelne wichtige Waren aber noch weit höher, z. B. auf 207 bei Rohwolle, 220 bei Leinwand, 318 bei Nähgarn usw. Die Schuld an dieser Uebersteigerung der Preise liegt, wie Herr Schöden ausführlich beweisen konnte, nicht etwa an einer Verteuerung der (ausländischen) Rohstoffe, sondern fast ausschließlich an der Ueberhöhung der Verarbeitungskosten (der Spinn-, Web- und Ausrüstungspreise), die, trotz der relativ niedrigen Löhne, auf das 2,3fache (Rohwolle) bis zum 2,8fachen (Ausrüstungspreise) und 5fachen (baumwollenes Strickgarn) gestiegen ist — als Folge der Preispolitik der Kartelle und der Zollpolitik der Regierung! Es wird z. B. bei Reffel die Spinn-Webspanne (also der Spinner- und Weberlohn), die je Kilogramm früher 85 Pf. betragen hat, jetzt mit einem Zoll von 1,20 M. geschätzt, der heute (wo die Warge 2,84 M. beträgt) voll in Erscheinung tritt, während der früher vorhandene Zoll von 0,60 M. bei praktisch freier Konkurrenz keine Uebersteigerung gegenüber dem Auslande zur Folge hatte. Als bemerkenswert verdient hervorgehoben zu werden, daß bei Wolllwaren (z. B. Strickwollgarn, Cheviot) nur eine Steigerung der Verarbeitungsspannen um etwa 60 bis 65 Proz. eingetreten ist, während die schlimmste Ueberhöhung der Sätze bei den im Lohnvertrag arbeitenden (also von allen Preis- und Verkaufsrufen befreiten!) Ausrüstungsanstalten vorliegt.

Zur Frage der Typisierung und Normalisierung entwickelte Herr Schöden seine Ansicht, in schroffem Gegensatz zu den allgemeinen Anschauungen des Detailhandels, dahingehend, daß es die vornehmste Aufgabe des Handels sei, aus der Hochflut von neuen Mustern und Modellen, die von den Fabrikanten immer wieder neu angeboten werden, einige wenige herauszugreifen und sie dem Käuferpublikum vorzulegen. Allein auf diesem Wege sei eine Erziehung des Publikums und der Fabrikantenschaft zu erreichen und die Zersplitterung der Produktion auf unzählige viele Muster in schnell wechselnden Richtungen zu vermeiden — zum Segen des Einzelhandels, der damit bei großem (und billigem) Einkauf relativ weniger Arbeit die Lagerhaltung verkleinern kann und das Risiko herabmindernd, auf Beständen sitzen zu bleiben, die einer neuen Mode- und Geschmacksrichtung nicht mehr entsprechen.

Die Einlagen der preussischen Sparkassen im Jahre 1925

Nachdem nunmehr auch die Zahlen der preussischen Sparkassenstatistik für Dezember vorliegen, ist es möglich, den Verlauf der Spartätigkeit für das ganze Jahr 1925 zu überblicken. Nach ihnen ergibt sich für die einzelnen Monate des vergangenen Jahres folgende Bewegung der Spareinlagen:

In Millionen Mark stellte sich der Zuwachs:		
im Januar	auf	78 200 (Bestand Anfang 1925: 404,1 Mill. M.)
Februar	71 645	
März	67 775	
April	60 577	
Mai	60 859	
Juni	54 379	
Juli	49 826	
August	52 008	
September	46 167	
Oktober	51 557	
November	52 597	
Dezember	45 682	(Bestand Ende 1925: 1096,4 Mill. M.)
Jahreszuwachs 690 802		

Die Gesamtzunahme stellt sich also auf etwa 700 Millionen Mark, wodurch die Spareinlagen von 400 auf 1100 Millionen Mark oder um 175 Proz. gestiegen sind, ist also sehr erheblich größer als im Vorjahre. Interessante Aufschlüsse über die Entwicklung der Spartätigkeit gibt folgende Betrachtung. Der monatliche Durchschnittszuwachs stellte sich auf 57,6 Millionen. Da man jedoch die Zinsen für den Monat Januar wegen der hierin enthaltenen Zinszuschüssen und die für Monat Dezember wegen des Weihnachtseffektes und der erfahrungsgemäß demnächst verbundenen geringeren Zunahme des Einlagenzuwachses für eine Durchschnittsberechnung zweckmäßig nicht mit verwendet, ergibt sich für die übrigen 10 Monate des Jahres ein Durchschnittszuwachs von 56,7 Millionen Mark.

Für den Kopf der Bevölkerung stellt sich die Zunahme im Jahre 1925 auf 18,8 Mark, Anfang des Jahres entfiel auf jeden Einwohner Preußens ein Einlagenposten von 10,5 Mark, Ende 1925 ein solcher von 28,8 Mark.

Die Reparationslasten der Industrie für 1926 noch nicht $\frac{1}{2}$ Proz. Im Jahre 1926 hat die deutsche Industrie zum ersten Male direkte Reparationslasten aufzubringen, und zwar 2½ Proz. auf die 2 Milliarden Industrieobligationen, die für den Reparationsdienst ausgestellt worden sind. Dazu kommt ein Reichszuschlag von $\frac{1}{10}$ auf die 2½ Proz. zur Bildung einer Ausgleichungs- und Sicherungsrücklage. Insgesamt sind 1926 also 137,5 Millionen aufzubringen. Am 30. Dezember n. J. haben wir die Belastung auf 0,438 Proz. des auf 30 bis 33 Milliarden angenommenen aufbringungsplächtigen Betriebsvermögens geschätzt. Inzwischen ist der Prozentsatz von den Finanzbehörden festgestellt worden. Er liegt noch niedriger als unsere Schätzung; er beträgt nämlich nur 3,25 pro Mille oder 0,325 Proz. 1927 sind die vollen Zinsen fällig. Die Belastung wird dann 0,75 Proz. betragen; ab 1928 kommt die Tilgungsrate hinzu, so daß mit einer Belastung von höchstens 0,9 Proz. zu rechnen sein wird, die sich aber auf 0,8 Proz. ermäßigen wird, weil der 10prozentige Reichszuschlag wieder ausgeschrieben werden muß. Wie bekannt, hat die Industrie schon bei der Aufwertung der Hypotheken und Obligationen durch den Hinweis auf ihre Reparationslasten ein gutes Geschäft gemacht. Die Industrieobligationen wurden nicht wie die Hypothekenschulden auf 25 Proz., sondern nur auf 15 Proz. ausgewertet. In den weiteren Kämpfen um die Verteilung der Reparationslasten wird die Reparationsbelastung der Industrie eine sehr große Rolle spielen, vor allem auch bei dem Kampf um Löhne und Arbeitszeit. Die Arbeiterklasse tut daher gut, sich die tatsächliche Belastung der Industrie, die für 1926 noch nicht $\frac{1}{2}$ Proz. ausmacht, gründlich zu merken.

Keine Monopolisierung der Zündholzindustrie. In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag wurde auf angebliche Bestrebungen hingewiesen, die Zündholzindustrie zu monopolisieren und an den Schwedentrust zu verpachten, wodurch eine schwere Schädigung der deutschen Zündholzindustrie und ihrer Nachbargebiete herbeigeführt würde. Nach der Antwort des Preussischen Handelsministers ist dem Staatsministerium von einer derartigen Monopolisierungsabsicht nichts bekannt, ebensowenig, daß ein solches Monopol an den Schwedentrust für eine jährliche Pacht von 40 Millionen Mark verpachtet werden soll. Etwas Bestrebungen dieser Art wird das Staatsministerium mit Aufmerksamkeit verfolgen.

Ein gekündigter Handelsvertrag. Portugal hat durch Gesetz vom 19. Januar 1926 die Kündigung sämtlicher Handelsverträge mit europäischen Ländern beschlossen. Demgemäß hat die Regierung von Portugal auch den Weitzbegünstigungsvertrag mit Deutschland vom 21. Juli 1887 am 22. Januar 1926 gekündigt. Dieser tritt damit frühestens am 22. Januar 1927 außer Kraft.

Ergebnisse der Konjunkturforschung.

Das vor einem halben Jahre mit Unterstützung der öffentlichen Körperschaften und der Wirtschaftsverbände, auch der Gewerkschaften, gegründete Institut für Konjunkturforschung bringt jaeben seine erste Veröffentlichung unter dem Titel „Die wirtschaftliche Lage Ende 1925“ heraus. In einem Band von 245 Seiten und einer großen Zahl von Tabellen und Graphiken sind die wichtigsten Statistiken zur Beurteilung der Wirtschaftslage in der ganzen Welt zusammengestellt, um damit Anhaltspunkte für die Beurteilung der Beschäftigung der Industrie, ihrer Lage und ihren Entwicklungsaussichten zu geben. Im Anschluß daran sind die wichtigsten Unterlagen zur Beurteilung der deutschen Wirtschaft zusammengestellt und kritisch gewürdigt. Hier erstreckt sich die Statistik in der Hauptsache auf die Jahre 1924 und 1925. Die farneumäßige Darstellung zeigt ganz deutlich, wie die deutsche Wirtschaft insbesondere im letzten Viertel des Jahres 1925 immer stärker von der Krise erfaßt wurde, deren Anfänge sich bereits in den ersten Monaten des Jahres an Hand der wichtigsten Marktbeobachtungen voraussehen ließen. Erkennbar ist dabei, daß die deutsche Konjunktur sehr stark abhängig ist von der Gestaltung der Wirtschaftslage auf dem Weltmarkt, insbesondere aber in den übrigen europäischen Staaten. Zu Beginn des neuen Jahres verzeichnet man eine ganze Reihe von Merkmalen, die auf eine etwas günstigeren Wendung in der Wirtschaftslage schließen lassen. Der Bericht läßt jedoch die Frage offen, ob dieser leichte Umschwung nur vorübergehender Charakter trägt, oder ob er nicht vielmehr teilweise nur durch die Saisonveränderungen bedingt ist.

Ueberhaupt ist das Besondere an dem großen Zahlenwerk, daß es die wichtigsten, statistisch erfassbaren Merkmale der Wirtschaftslage verzeichnet und miteinander systematisch vergleicht. So entsteht eine Diagnose des tatsächlichen Wirtschaftsverlaufes. Konkrete Schlüsse aus den einzelnen Zahlen zu ziehen, das bleibt in der Hauptsache den Stellen und Leuten überlassen, die sich mit der Wirtschaftskritik beschäftigen.

Vor den bisherigen statistischen Veröffentlichungen ähnlicher Art zeichnet sich die vorliegende nach zwei Richtungen hin aus: Einmal sind die Zahlen, besonders wo die deutsche Wirtschaft in Betracht kommt, bis in die allerjüngste Zeit hinein berück-

sichtigt. Zum anderen aber ist nicht nur das Material frei von allem statistischen Ballast, der für die Frage der industriellen Beschäftigung und des Konjunkturverlaufes von untergeordneter Bedeutung ist; auf vielen Gebieten sind vielmehr auch die wirtschaftlichen Vorgänge in feste Beziehung zueinander gesetzt, so daß man überall exakte Vergleiche, teilweise auch unter Ausschaltung saisonartiger Schwankungen ohne weiteres ablesen kann. Das erleichtert natürlich dem Kundigen den Gebrauch des umfangreichen Materials zu wirtschaftlichem Studium. Die Schrift ist noch keine eigenständige Berichterstattung der neu gegründeten Stelle, sondern vielmehr ein Anfang und eine Art Grundlegung für die ferneren Arbeiten des Konjunkturforschungsinstituts. Als solche ist sie durchaus zu begrüßen und dabei anzuerkennen, daß sie in der denkbar kürzesten Zeit wichtige Ergebnisse der statistischen Forschung zum Gebrauch der Konjunkturlehre nutzbar gemacht hat.

Der Einzelhandel zum Preisabbau.

„Der Einzelhandel im Wirtschaftsstampf der Gegenwart“ — unter diesem Thema hatte der Verband Deutscher Wäschegeschäfte und Wäscherehersteller zum Dienstag die Textilzweigschändler von Berlin und Brandenburg zu einer Tagung zusammenberufen, die wegen der Ausführungen des Hauptredners, des Warenhausbesitzers Schöden (Zwidau), besondere Beachtung verdient. In einer vorhergehenden Rede hatte der Münchener Privatdozent Dr. Lampe versucht, vom „wissenschaftlichen“ Standpunkt aus Interessenpolitik zu treiben und seinen Hörern möglichst angenehme Dinge zu sagen, indem er den Preisabbau als Unmöglichkeit (!) hinstellte, die Preispolitik der Kartelle in Schach nahm und gegen die „handelsfeindliche“ Standardisierung und Typisierung zu Felde zog.

Demgegenüber betonte Herr Schöden als Praktiker gerade die Notwendigkeit des Preisabbaus im Preisstempel zwischen dem Handel einerseits, der „schwerindustriellen“ (durch Kartelle gebundenen) Gruppe Spinner-Weber-Ausrüster andererseits. Nach seiner Ansicht ist der Preisabbau nicht nur notwendig, sondern gegenwärtig sogar unvermeidlich, weil die großen Lagerbestände der Spinnerereien und Webereien zu herabgesetzten Preisen Absatz suchen müssen. Aufgabe und Pflicht

Das Volk gegen die Fürstenforderungen.

Sieben Massenversammlungen des Reichsbanners. — Ungeheure Beteiligung in allen Bezirken.

Auf einem republikanischen Abend in Wilmersdorf, den unsere Partei veranstaltete, sprach Genosse Philipp Scheidemann. Lange vor Beginn war der Saal überfüllt, tausende mußten wieder umkehren, tausende warteten geduldig im Garten auf eine zweite Veranstaltung nach Schluß der Versammlung.

Nach einleitenden Worten des Genossen Dr. Wieprecht begann Scheidemann sein Referat der Aufzählung der Sünden der Reaktion, die ja jetzt nicht einmal mehr Hindenburg als Hüter der politischen Moral anerkennen wollte. Er wies dann nach, daß alle ihre Sünden schließlich nur die konsequente Fortsetzung der alten konservativen Politik darstellen, die sich schon bei den Fiktionsvorgängen herrlich repräsentiert. Wir dürfen davon überzeugt sein, daß eine einzige Arbeiterschaft in der Revolution von 1918 und in späteren Jahren nicht eine solche Situation ermöglicht hätte wie die gegenwärtige der Fürstenunerschämtheit. Aber wir sollten endlich sozial gelernt haben, daß alle Arbeiter genau wissen, daß die Folgen der sinnlos-radikalen Politik stets die größte Reaktion sein muß. Jetzt möchten also die Fürsten der kleinen und kleinsten Staaten und zu allererst die Hohenzollern wieder einmal einen kleinen Sieg über das Volk erleben. Uebrigens ist es falsch, zu sagen, daß die Fürsten „enteignet“ werden. Die Lage ist vielmehr so, daß das Volk behalten will, was ihm gehört und ihm nur von seinen „Landsvätern“ im Laufe der Jahrhunderte gestohlen wurde. Herr v. Berg, der Vertreter der Hohenzollern, nennt sie in seiner Denkschrift an die preussische Regierung „Auerhert bescheiden“. Wir nennen sie unerschämt und denken nicht daran, uns ihre Unerschämtheit gefallen zu lassen. Die Hohenzollern wurden nach der Ansicht des Abg. Bredt sehr rasch reich, weil sie sehr sparsam gewesen sind. Tatsache ist, daß sie durch Betrug und Räuberei sich in den Besitz ihres Vermögens gesetzt haben. Das Geld der Republik, das den Fürsten geschenkt werden soll, würde als Betriebskapital zu einem geheimen Kampf gegen die Republik verwendet werden. Wir denken nicht daran, die Gegenrevolution zu finanzieren. Die Fürsten sind uns alles schuldig, wir ihnen gar nichts! Der Volkswille steht bevor. Wir werden uns ihm als Sieger heranziehen, wenn es uns gelingt, das ungeheure Heer der Reaktionen, der Kriegsspieler und der Erwerbslosen von der Schmach der Fürstenansprüche zu überzeugen.

Die Versammlung quälte die Ausführungen des Genossen Scheidemann mit ungeheurem Beifall, der auch während der Rede wiederholt laut wurde. Mit einem Hoch auf die Republik und die Sozialdemokratie schloß die demonstrative Veranstaltung, der eine zweite entsprechende im Garten folgte.

Die Reichsbannerkundgebungen.

In sieben großen Kundgebungen, die das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gestern abend veranstaltete, protestierte die Bevölkerung Groß-Berlins gegen die unerhörten Forderungen der Fürsten. Die Versammlungen waren durchweg sehr gut besucht, teilweise sogar überfüllt und zeigten von den Gefühlen, die die große Masse des Berliner Volkes den Hohenzollern und ihren Freunden entgegenbringt. Soweit in den späten Nachmittagsstunden Nachrichten vorliegen, ist es nirgends zu nennenswerten Störungen gekommen.

Hafenbeide.

Die Kundgebung in Riems Festläden war ein glänzender Erfolg. Schon lange vor Beginn war der große Saal dicht gefüllt, im Garten fand eine Parallelversammlung statt. Hier standen Tausende und aber Tausende, für die der Saal bereits gesperrt war. Redakteur Nowak erntete fürmlichen Beifall, als er gegen die unglaublichen Forderungen der Fürsten zu Rede zog.

Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Wpfes, der im Saal sprach, fand die braulende Zustimmung der Versammelten, als er die Parole: den dazugelauteten Fürsten keinen Biennia Abfindung, ausgab. Alle die, die 1918 nicht wagten, auch nur das Maul aufzureißen, haben sich eingefunden, um aus dem notleidenden Bolke Millionen herauszupressen. Neuernde Admirale und verfallte Offizierspensionäre wüßten Morgenluft. Das ist der Dank der Ex-potentaten dafür, daß sie das Volk in den Stürmen des Zusammenbruchs so vornehm behandelt hat. Genosse Wpfes zitierte sodann aus den von uns schon veröffentlichten aufsehenerregenden Gutachten des Obersten Scherzberger und des Professors Delbrück, um die gemeine Verleumdung des Dolchstoßes der Heimat gebührend zu charakterisieren. Leidenschaftlich rechnete Genosse Wpfes mit dem Admiral v. Trotha und einer Presse ab, die es wagte, von Trotha, dem Gewissen eines sündigen Volkes zu reden. Unter minutenlangem Beifall schloß der Redner mit den Worten: „Hinein in den Kampf gegen die Fürstenabfindung! Der Aufmarsch ist im Gange! Reichsbanner an die Front!“

Friedrichshain.

Im überfüllten Saal des „Schweizer Garten“ am Friedrichshain sprach Genosse Sellmann. Er führte aus: Die deutschen Fürsten hätten Grund, ihrem Gott zu danken, daß ihnen am 9. November Leben und Freiheit erhalten blieb. Niemand hätte damals einen Finger gerührt, wenn die Schlösser und Paläste zerstört worden wären. Die Schreier von heute waren verschwinden. Die Fürsten müßten dem deutschen Bolke ewig dankbar sein. Statt dessen führen sie aber seit sieben Jahren einen mißwärtigen Kampf um ihr Vermögen. Keiner nimmt Rücksicht auf die Leiden des Volkes. Welcher Fürst brachte während des Krieges Opfer? Vor dem Kriege waren sie steuerfrei, im Kriege haben sie geschlummert, und die ganze Frechheit von Gottes Gnaden gehört dazu, heute Entschädigung zu verlangen. Wenn sich das deutsche Volk in letzter Stunde nicht entschließt, dann erhalten die Fürsten die geforderte Summe. Denn die Entschädigung liegt in der Hand der Richter. Und welcher Richter! Viele Abgeordnete in den deutschen Parlamenten sprechen von der Heiligkeit des Eigentums. Aber ist dieses Fürsteneigentum heilig? Würde es nicht zusammengegriffen, erheiratet oder erpreßt in Zeiten, da es keine Parlamente gab und der Befehl des Fürsten alles galt? Wie sich Bismarck nicht bei der Kasserung der Fürstentümer 1866 um „juristisches Zwirnschiden“ kümmerte, so wenig darf heute das deutsche Volk darauf Rücksicht nehmen, und an das Märchen von den verhungerten Fürsten glaubt heute nicht einmal mehr der Dummste. Sollte heute, in einer Zeit, da Millionen arbeitslos sind, das deutsche Volk den Fürsten Entschädigungen geben, dann verdient es wirklich, daß es verhungere. „Wir wollen aber eine Republik der Republikaner. Darum nieder mit den Fürsten! Hoch die soziale Republik!“ Nachdem der Redner geschlossen, erhob sich langanhaltender, begeisterter Beifall. Die Kapellen intonierten den Reichsbannermarsch, die Formationen traten zusammen und marschierten in geschlossener Ordnung ab. Dieser Abend war mehr als die Kampferklärung gegen die Fürstenabfindung, er bedeutete ein begeistertes Bekenntnis zur sozialen Republik!

Wittenbergplatz.

Am Wittenbergplatz hatten sich bereits gegen 1/8 Uhr ungeheure Menschenmassen angeammelt. Als dann die Reichsbannergruppen aus Wilmersdorf und Charlottenburg mit klingendem Spiel anrückten, um zusammen mit den bereits versammelten Volksgenossen gegen die Fürstenabfindung machtvoll zu protestieren, war der Platz überfüllt. Von einer provisorischen Rednerbühne herab sprach beim Hakenkreuz Genosse Heinrich Höfker. Mit beider Ironie gedachte der Redner des Geburtstages des Hallenbildhauers, der sein Volk in der größten Not verließ und sich mit seinen Fürstenkollegen wie Eulen, die die

Lageschelle fürchten, im Schlafwinkel verfrachten. Damals war das Fürstentum zufrieden, daß es sein nacktes Leben in Sicherheit bringen konnte. Heute stellen diese Nichtstuer unerhörte Forderungen an das deutsche Volk. Und das in einer Zeit, in der Millionen Deutsche nicht wissen, woher sie das Brot für morgen, woher sie ein Obdach für die nächste Nacht nehmen sollen. Die Schamröte muß jedem Republikaner in das Gesicht steigen, wenn er erfährt, daß den Hohenzollern bisher schon 180 Millionen Mark nachgeworfen wurden. Das kleine Thüringen, an das von den Fürsten Ansprüche in 25 Fällen gestellt wurde, mußte allein eine Million Mark in seinen Etat für Prozeßkosten aufnehmen. Rechnlich sieht es in Mecklenburg aus, wo der Staat noch Renten für die Witwen des verstorbenen Großherzogs zahlen soll. Weiter sprach Bürgermeister Heßlein für die Demokratische Partei, der es in scharfen Worten gleichfalls ablehnte, den Fürsten auch nur einen Pfennig zu geben. Kamerad Holze sprach im Namen des Reichsbanners. Er brachte zum Ausdruck, daß das Reichsbanner bereitstehe mit den übrigen Volksgenossen gegen die Fürstenabfindung zu kämpfen. Brausender Beifall folgte den Ausführungen der Redner. Nach Beendigung der Kundgebung zogen dann zwei gewaltige Demonstrationssäge dem Westen zu.

In Köpenick.

Die Nachklot, daß der Reichspräsident Genosse Lohde sprechen würde, hatte ganz Köpenick auf die Beine gebracht. Lange vor Beginn der Versammlung war das Stadttheater überfüllt, so daß eine Parallelversammlung im Freien vor dem Stadttheater stattfand, und in der zuerst Genosse Weinhold vom Parteivorstand, dann Genosse Lohde vom Balkon eines Nebenbaues aus zu den Anwesenden sprach. Im Stadttheater selbst schaute eine mehrtausendköpfige Menge den Ausführungen Lohdes, die häufig von Beifall und dort, wo er die Ansprache der Monarchen in Einzelheiten darlegte, von Beifall unterbrochen wurde. Genosse Lohde ist der Ansicht, daß die Frage eine rein politische Frage sei. Denn auf dem politischen Wege haben die Fürsten das, was sie jetzt mit Hilfe deutscher Richter als ihr Eigentum reklamieren können, „ermorben“. Aber selbst dort, wo persönliche Arbeit zur Vermehrung dieses Vermögens beigetragen hat, reicht dieses nicht aus, um die Gegenrechnung zu besorgen für die Schäden, die die Fürsten dem Bolke durch den Krieg angetan haben. Wenn jetzt die Anwälte der Fürsten dieses ganze Vorgehen als einen Verstoß gegen das Privateigentum hinstellen, so ist demgegenüber hervorzuheben, daß das Recht des Privateigentums durch die Gesetzesvorschriften, mit deren Hilfe die Auslandsdeutschen enteignet worden sind, und mit deren Hilfe die Inflationsgeschädigten ihrer Rechte beraubt wurden, durchbrochen worden ist. Es ist mit allem Nachdruck durchzuführen, daß den Fürsten, den schärfsten Gegnern der Republik, nicht Gelder zugesetzt werden, die sie nur gegen den heutigen Staat verwenden würden. Mit großer Begeisterung wurden die Vorträge des Männergesangsvereins angehört, und eine Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Ein impetanter Reichsbannerzug gab dem Genossen Lohde das Geleit zum Bahnhof.

Die kommunistische Partei hatte gestern abend im Lustgarten ihre Anhänger zur Freitagsdemonstration gegen die unerschämten Forderungen der Fürsten und gegen die unzureichende Unterstützung der Erwerbslosen aufgerufen. Unter Vorantritt der Musikkapellen des Roten Frontkämpferbundes marschierten die einzelnen Jüge vor dem Schlossplatz auf. Zahlreiche Transparente, die oft in sehr drastischer Weise die Forderungen der Hohenzollern veranschaulichten, wurden mitgeführt. Nach Beendigung der Reden hatte die Demonstration gegen 7 Uhr ihr Ende erreicht. Ohne jede Störung ging der Abmarsch konstatieren.

Neue Freuden — neue Schmerzen

Konzertumschau von Kurt Singer.

Wilhelm Furtwängler dirigiert zu seinem 40. Geburtstag und zum Besten der Philharmoniker den Rittischen Chor. Programm des Abends: das Jugstüd „Deutsches Requiem“ von Brahms. Da die Einnahmen des Abends in die Pensionkasse des Philharmonischen Orchesters fließen, vor dessen künstlerischem Hochstand die Wirtschaftslage auch nicht haltmacht; da das Schicksal der großen Choroereinigungen ein mildes und tatensolches Dabinsieben oder Studieren ohne öffentliche Betätigung ist, so muß aus sozialen Gründen getrieben werden, was aus künstlerischen und finanziellen Gründen verurteilt wird. Es kann nicht Aufgabe der sogenannten Prominenten sein, sich Chorwerke einstudieren zu lassen und dann mit den von anderen erreichten Resultaten öffentlich zu paradiern. Lassen wir uns doch nicht: was Rittel in 20 Jahren mit seinem Chor an Disziplinierung und Klanggut erreicht hat, kann im Handumdrehen wieder ein Furtwängler noch ein Walter als sein eigen ausgehen, zum Guten oder zum Bösen gewandelt. Gerade dem gemischten Chor gegenüber ist nachdrücklich die einstudierende Hand auch als die vorübergehende zu verlangen. Brahmsche Herbitheit auch in der Melodienfähe liegt unserem Furtwängler besonders gut. So kam eine nicht nur würdige, sondern auch schöne Ausführung zustande, die der großen Stimmung des Werkes gerecht wurde und das orchestrale Element zu einem gleichberechtigten, vielleicht allerdings überbetonten Faktor machte. Die Leistung des Chores gewann langsam nicht. Durch außerordentliche Verschiebungen der Tempi wurden die A-cappella-Stücke unfauler, und auf der anderen Seite schien sich Furtwängler durch sein Temperament zu Beherrschungen zu vertieren (wie etwa das chorische „Denn du bist würdig zu nehmen Preis und Ehr“), so daß die Kontraste überbetont zu schienen. All solche Einflüsse können nur vermieden werden, wenn ein Dirigent die Leistung und die Grenze seines Chores durch dauernden Kontakt kennen lernt.

Heinz Linger leitete sein 4. Konzert mit der Sommernachtsraum-Ouvertüre von Mendelssohn ein, die er sehr langgestreckt und mühsig gestaltete, doch so bewußt, als hätte er niemals unter Rittisch das gleiche Stück schwebend leicht und im breitem Humor spielen hören. Die große Einleitung zum E-Moll-Klavierkonzert von Chopin nahm er breit und sentimental, wie ein kleines Klavierstück des polnischen Halbstarbigen. Arthur Schnabel bewies ihm schnell, wie man das Feminine aus dem Melodiegefüge dieses veralteten Stückes herauskomponieren kann. Eine virtuose und musikalische Großleistung.

In derselben Stelle machte Julius Prüwer das Experiment, Beethovens Es-Dur-Konzert selbst zu spielen und ohne Dirigenten begleiten zu lassen. Ich halte diesen Versuch, mag er auch im ganzen gelungen sein, für gefährlich und überflüssig. Mit philharmonischen kann man sich schon manches leisten, man kann sogar im Solopart einen Tot auslösen, ohne in die Gefahr zu geraten, daß diese brillanten Rittler diesen einen Tot im Orchesterpart spielen. Aber es ist doch nicht zu umgehen, daß sich die Rittler durch Kopfbewegungen hinter dem Rücken des klavier spielenden Meisters Zeichen geben, daß die komplizierten Bläserpartien nicht präzis kommen, und daß zwischen Konzert- und Tutti-

lähen eine innere Verbindung fehlt. Schaltete sich Prüwer hier also als Führer aus, so wußte er dennoch den schwereren Klavierpart mit großer Fingerfertigkeit und musikalischer Durchführung zu gestalten.

Berlin braucht keine Sensation; hat es sie nicht auf Lager, so importiert Berlin die Sensation, das Ereignishalte aus Amerika. Jascha Heifetz ist so fest mit unseren Erinnerungen an ein herrliches Wunderinstrument verbunden, daß er nicht nötig hätte, durch amerikanisierte Reklame noch mehr zu wirken, als durch sein Spiel. Dieses Geigenpiel trägt den Stempel des in-sich-Bollenbaues, Einzigartigen, soweit es Sinnlichkeit und Süße, Sürbrigkeit und Brauour, Kraft und Elastizität des Tons, soweit es eine luminante und gar nicht zu überbietende Paganini-Tendenz anbelangt. Ich konnte keinen Ton einer Geige, der so immer-schön und klingend ist, selbst im Stillate, wie der von Heifetz. Ohne Pole, ohne jedes Rokokieren mit seiner Berühmtheit spielt der geniale Jüngling die Kreuerphonate, die Chocorns und die Rippfaden. Bach hat er als Zwölfjähriger wohl unter dem Einfluß deutscher Lehrer größer, durcbachteter, fülliger gespielt. Aber, wenn man auch ein Plus von Empfindung und Herzlichkeit noch gern hinnähme, so bleibt doch die Bewunderungswürdigkeit genug. Jidior Chron erweist sich als ein brillanter Begleiter und (in der Beethoven'schen Sonate) mehr als das: ein künstlerisch geladener und technisch virtuoser Klavierer.

Ein neues Trio, genannt das Weimar-Trio, stellte sich mit zwei Konzerten vor. In der Geige sieht Hilde Eigers, eine feinsinnige, jugendliche und beherzte Spielerin, Wolfgang Rose führt mit ihr im Bunde vom Klavier aus rhythmisch stark, Hermann Wolff streicht einen großen Celloton. In der Kantilene dürfte die Geigerin viel mehr aus dem Vollen ihrer deutschen musikalischen Empfindung heraus schöpfen, was vielleicht durch den Wechsel des Instruments ermöglicht wird. Das Programm des ersten Abends war interessant. Ich höre leider das Trio von Thomas nicht, dagegen ein H-Moll-Trio von Bothar Windsperger, das sich mehr wie eine rhapsodisch freie Phantasie gibt, als wie ein stimmungsfestes und gefaltetes Werk. Die Einzelstücke fesseln, die innere Harmonie geht verloren. Das Weimar-Trio nahm sich dieser Erstausführung mit sehr viel Liebe an und zeigte dann in einem Beethoven'schen Trio nicht nur, was eigentlich Kammermusik ist (selbst wenn sich die Beethoven-Liebe noch nicht zeigt), sondern auch, wie drei Menschen von musikalischer Kultur an ihren Aufgaben wachsen.

Der Pianist Jani St. Legion. Große Freude, aus diesem Guten ein Außergewöhnliches herausheben zu können. Dieser Außergewöhnliche heißt Erwin Böhm. Ein Schüler Busonis, hat er mit der Liebe zum Klavierklang das größere Verantwortungsfühl vor dem Geist eines Werkes geerbt. Es ist ein Doppeltes in seinem Wesen vorhanden, einmal die Liebe zur Form und zur Ausprägung kraft kontrastierter Linien, das andere Mal eine weiche, singende Hingabe an Lieblichkeit des Sages. Diese beiden Elemente streiten miteinander und überkompensieren sich gegenseitlich so, daß eine Ungleichheit zustande kommt, die nur psychologisch und nicht lechnisch erklärbar ist (etwa in der Taktata von Bach). Dann aber verweist sich Böhm in hübsche Variationen vor Rittschauer und eine Phantasie von Telemann, die er wirklich als Kleinodien aus der Musik des 17. Jahrhunderts in unser Herz hineinlingt. Das Große aber, und das, was ihn als einen außergewöhnlichen Musi-

ker kennzeichnet, leistete er in den Telemann-Variationen von Reger. Das war in Kraft und Weichheit, in süße und Klang, im Aufbau und im Gange eine Meisterleistung. Böhm brachte es zumege, den vielen, allwissenden Variationen individuelle Jüge abzulassen und sogar den Klang eines nicht gerade erstrahligen Jüglings bald als den eines Spinetts, bald als den einer Dregel zu modeln. Böhm hatte einen großen Publikumserfolg.

Auf eine Veranstaltung des Bezirksamts Mitte der Stadt Berlin soll an dieser Stelle hingewiesen werden. Der Konzertklub trägt den Namen „Deutsche Hausmusik“, will sagen „Deutsche Kammermusik“ und legt außerordentlich vielversprechend ein mit dem von der Kammermusikvereinigung der Staatsoper nollendet interpretierten Mozart-Bläserquintett, worauf Margot Stahl die etwas antiquierten Schottischen Lieder von Beethoven zu kammermusikalischer Begleitung vortrug. Verantwortlich für die Abende, denen im Interesse einer Kunstszene großer Zuspruch zu wünschen ist, zeichnet neben dem Bürgermeister Schmidt Dr. Felix Günther.

In Felicia Posen er lernten wir eine ungewöhnlich musikalische Pianistin kennen. Sie wählte die Orgel-Tokata und Juge D-Roll von Bach-Lauffig groß zu gestalten, wobei die Trefflichkeit ihres Spiels und die Rinnlichkeit des Anschlags so eindrucksvoll wirkten wie in ihrem Chopin-Spiel die Färbung eines Gelangtons auf dem Klavier. Auch Annerose Cramer darf zu den Pianistinnen gerechnet werden, die zu Großem geboren sind. Koch steht sie am Anfang einer Laufbahn, noch ist sie mehr auf das Spiel eingestellt als auf die Idee, die Art aber, wie sie Schubert'sche Klein-kunst und Chopin'sche Racturnys spielt, ist erreicht musikalisch und von einer Lieblichkeit des Ausdruckes, daß man sie bald an größeren Aufgaben erfolgreich sehen möchte. Auch das Bach-Spiel des jungen Mädchens gefiel.

Renaißance-Theater („Sturmacht“) von Friedrich Schiller. Mit Beifall wird gesucht, daß gar nichts entdeckt werden konnte. Die fünf sehr kurzen Akte des Dramatikers Schiller, der zum erstenmal erscheint, enthalten nichts, was irgendwie zu Hoffnung oder zum Widerspruch Anlaß gibt. Die Tragödie im Bahnhäuserhaus, die aufgeführt wird, ist veraltet, zu primitiv in der Charakteristik und es geschähen nur Dinge, die schon der Literatur und nicht mehr dem Leben seit Menschengebenden angehören. Die Ritter des Bahnhäuserjungen kann sich nicht daran gewöhnen, daß ihr Sohn ein junges Weib ins Haus nimmt. Erst entsteht Koch, dann unterliegt die Ritter, indem sie sich vor die Häber des heranbrausenden Juges wirft. Zu diskutieren oder zu überlegen gibt es gar nichts. Was geschieht, ist vom ersten Moment ab so durchsichtig, daß Knaben sich weigern würden, das Problem als ausreichend für ihren Verstand anzubehalten. Frau Rose Lichtenstein, Fraulein Ilse Barwald und Herr Hänsel waren beschäftigt. Man beobachtet sehr, daß Frau Weidmann keine anderen Aufgaben findet und so ein Opfer der Weltarmut wird, die das Theater besonders überlastet.

Rosbarts Vortagsreise nach Italien. Der italienische Volkstaler in Berlin, Carl Tschal, hat Berlin verlassen, um entsprechend einer bereits vor Monaten eingegangenen Verpflichtung, in Italien eine Reihe literarischer Vorträge, u. a. auch über Gorki Hauptmann, zu halten.

Ein Ende der Zersplitterung!

Dafür Selbstverwaltung in der Sozialversicherung.

Von Hermann Müller, Lichtenberg.

Die Bildung der Provinz Oberschlesien rückt auch die Frage in den Vordergrund, ob die Landesversicherungsanstalten Organe sind, die einer Provinz wegen oder der Versicherten wegen geschaffen worden sind. Es wird so gern davon geredet, daß auch die Organe der Invalidenversicherung auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung beruhen, aber wenn sich die Verwaltungsbezirke ändern, dann zeigt sich immer sofort, daß die Versicherten hin- und hergeschoben werden, willenlos, ohne Rücksicht auf ihre Interessen.

Als die Provinzen Posen und Westpreußen bis auf kleine Reste an Polen fielen, entstand die Landesversicherungsanstalt Grenzmark, und als Groß-Berlin zustande kam, schieden ganz mechanisch die Berlin zuzählenden Versicherten aus der Landesversicherungsanstalt Brandenburg aus und fielen der Landesversicherungsanstalt Berlin zu. Die WZL Grenzmark ist, auf sich selbst gestellt, natürlich nicht lebensfähig, und Brandenburg krankt heute noch an der Teilung.

Solche Erfahrungen sollten vorsichtig machen. Das ist aber nicht der Fall. Oberschlesien erhebt Anspruch auf eine selbständige Landesversicherungsanstalt, und die Behörden, bis hinauf zum Reichsarbeitsministerium, tragen diesem Wunsch Rechnung. Irgendnein gesetzlichen Anspruch auf die Bildung einer selbständigen Landesversicherungsanstalt hat Oberschlesien nicht. Es kann sich in dieser Beziehung nur darauf berufen, daß jede Provinz eine Landesversicherungsanstalt hat, und daß, wenn beim Inkrafttreten des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes eine selbständige Provinz Oberschlesiens dagewesen wäre, höchstwahrscheinlich auch diese Provinz eine Landesversicherungsanstalt bekommen hätte.

Nun steht aber fest, daß all die Landesversicherungsanstalten beim Mangel jeglicher Erfahrungen gemässen in die Luft gebaut wurden, und die Folge hat dann gezeigt, daß eine ganze Anzahl in der Luft hängen geblieben sind, während nur die Boden fanden, wo die industrielle Bevölkerung den Ausschlag gibt. Es wurde ursprünglich angenommen, daß innerhalb aller Provinzen die Risikoverteilung derart sei, daß jede Landesversicherungsanstalt lebensfähig wäre. Das war falsch. Die Provinzen mit überwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung sind nicht in der Lage, einen lebensfähigen Versicherungssträger zu bilden. Das hat schon im Jahre 1899 dazu geführt, daß für alle Landesversicherungsanstalten die Lasten aufgeteilt wurden in eine Gemeinlast und eine Sonderlast, d. h. die gut fundierten Landesversicherungsanstalten wurden verpflichtet, auf dem Boden der Gemeinlast den schlecht fundierten Versicherungssträgern zu Hilfe zu kommen. Auch das erwies sich schließlich als unzureichend, und deshalb ist jetzt die gesamte Rentenlast Gemeinlast aller Versicherungsanstalten.

Das im Jahre 1889 gemachte Experiment, jeder Provinz eine Versicherungsanstalt zuzuteilen, hat sich als ein total verfehltes herausgestellt. Auf diesen Erfahrungen muß aufgebaut werden. Es kann unmöglich die Teilung oder Veränderung von Verwaltungsbezirken dazu führen, rein mechanisch die Versicherungsträger zu verändern, denn diese haben doch einen bestimmten Zweck. Und es gibt Leute, die so boshaft sind, annehmen, dieser Zweck bestehe darin, die Interessen der Versicherten zu wahren.

Heute haben Oberschlesien und Niederschlesien zusammen die Landesversicherungsanstalt Schlesien. Diese steht nach der Einwohnerzahl und nach der Zahl der versicherungspflichtigen Personen an vierter Stelle der Versicherungsanstalten. Die Risiken sind in ihr gut verteilt, sie ist eine der lebensfähigen Versicherungsanstalten.

Wird Oberschlesien davon losgerissen, dann wird die neue WZL Oberschlesien zu den Versicherungssträgern gehören, die, auf sich selbst gestellt, nicht lebensfähig sind. Das steht fest. Die Beitragseinnahmen der WZL Oberschlesien werden bei weitem nicht ausreichen, auch nur die Rente zu decken. Im Jahre 1924 betrug die Beitragseinnahme im Bezirk Oberschlesien 4 996 971 M. — die Oberschlesier behaupten 5 135 944 M. — während die anteiligen Renten vermutlich 5 832 214,50 M. Ausgabe verursachen würden. Oberschlesien ist demnach ein Bezirk mit schlechten Risiken, eine WZL Oberschlesien ist nur lebensfähig auf Grund der bestehenden Vorschriften über die Rentenlast als Gemeinlast.

Damit rückt aber die Frage, ob eine solche Versicherungsanstalt aufgebaut werden soll, augenfällig aus dem ober-schlesischen Rahmen heraus und wird zu einer Frage aller Versicherten. Das werden wohl selbst diejenigen einsehen, die vom Standpunkt beschränkter Richtungspolitik aus meinen, eine solche Frage geht nur die an, die zufällig in dem betreffenden Bezirk wohnen. Nein, es ist keine Frage der ober-schlesischen oder auch der schlesischen Versicherten, sondern aller deutschen Versicherten überhaupt, ob in Schlesien kostspielige Experimente gemacht werden dürfen. Ob eine neue teure Verwaltung aufgezogen wird, die vollständig überflüssig ist, weil die Geschäfte von Breslau, dem Sitze der heutigen WZL Schlesien, aus ebenso gut und noch besser besorgt werden können, während die jetzige Verwaltung gestört und damit für die eventuelle neue WZL Niederschlesien auch teurer arbeiten würde, das geht alle deutschen Versicherten an und diese sagen: Nein! Es gibt in der Tat vom versicherungstechnischen Standpunkt aus angesehen nicht einen einzigen Grund, der für eine selbständige WZL Oberschlesien spricht; alle sprechen dagegen. Und wenn gesagt wird, daß die Interessen der ober-schlesischen Arbeiter in der gemeinsamen Landesversicherungsanstalt Schlesien nicht genügend gewahrt würden, dann kann Abhilfe geschaffen werden durch gleichmäßige Besetzung der Stellen der beamteten Vorstandsmitglieder und entsprechende im Statut festgesetzte sonstige Vertretung im Vorstand und Ausschuß. Dies garantiert auch, daß keinerlei Störungen in Schlesien eintreten, daß auch die sogenannten freiwilligen Leistungen der Versicherungssträger, deren wichtigste das vorbeugende Heilverfahren ist — das käme in einer selbständigen WZL Oberschlesien ganz unter dem Schutze — ausgebaut werden könnten.

Nun werden allerdings politische Gründe geltend gemacht. Oberschlesien ist seinerzeit bei der Abstimmung versprochen worden, daß es eine selbständige Provinz mit all deren Einrichtungen werden solle. Ist dabei auch eine WZL versprochen worden? Sicherlich nicht. Denn die Versicherungsanstalten sind keine Einrichtungen der Provinzen, sondern auf Grund des Reichsrechts errichtete öffentlich-

rechtliche Körperschaften, die, wie oben dargestellt, aus unzulänglichen Gründen provinziell gegliedert wurden. Die Versicherten haben an dieser Einteilung gar kein Interesse, im Gegenteil.

Richtig ist, daß die Provinzen ein gewisses Interesse daran haben, denn es ist aus der Einteilung nach Provinzen herausgewachsen, daß in den Vorständen der Versicherungsanstalten Provinzialbeamte ein gut bezahltes Auskommen finden. Aber ist das ein politisches Interesse? Oder glaubt wirklich jemand, daß die Oberschlesier politisch werden, wenn sie nicht eine von vornherein zahlungsunfähige Landesversicherungsanstalt auf die Nase gesetzt bekommen? Die ober-schlesischen Versicherten glauben das nicht; ihre Vertreter im Vorstand und Ausschuß der WZL Schlesien haben gegen die Teilung gestimmt.

Um also jeden Schein zu vermeiden, als richte sich die Ablehnung gegen Oberschlesien, muß diese Gelegenheit benutzt werden, mit den nicht lebensfähigen Versicherungssträgern überhaupt aufzuräumen. Zugleich muß, um derartige Angelegenheiten aus dem Bereich provinziellen Geizhals herauszunehmen, die wirkliche Selbstverwaltung auch in den Versicherungsanstalten eingeführt werden. Es wird zwar gern behauptet, daß diese Selbstverwaltung da sei. Und es wird dann darauf verwiesen, daß Arbeiter und Unternehmer im Vorstände vertreten seien, und daß der Ausschuß weitgehende Rechte habe. Aber wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß alles nur eine Fassade ist, hinter der sich die nahezu uneingeschränkte Herrschaft der beamteten Vorstandsmitglieder abspielt, auf deren Wahl weder die Unternehmer, noch die Versicherten den geringsten Einfluß haben.

Es wäre sehr interessant, einmal festzustellen, wieviel Vorstandssitzungen in den einzelnen Versicherungsanstalten stattfinden, wie oft der Ausschuß zusammentritt und was der Gegenstand der Verhandlungen ist. Nahezu alles liegt in den Händen der beamteten Leitung. Ein Beispiel: Als Dr. Freund noch Vorsitzender der WZL Berlin war, wurde von ihm eine Kommission eingesetzt, die größere Einkäufe für die Heilstätte Beelitz vorzuprüfen hatte. Ihr gehörten auch ein Unternehmer und ein Versichertenvertreter aus dem Vorstände an. Das wurde vom Reichsversicherungsamt, der zuständigen Aufsichtsbehörde, für unzulässig erklärt und Dr. Freund bekam zugleich einen Ruffel, weil bemerkt wurde, daß er den nicht-beamten Vorstandsmitgliedern einen zu weitgehenden Einfluß auf die Verwaltung einräume. So sieht es mit der berühmten Selbstverwaltung aus. Es ist daher auch ganz selbstverständlich gemessen, daß der Verband der Landesversicherungsanstalten zunächst nur ein Verband der beamteten Verwaltungen war, in dem die anderen Interessenten sich nur sehr mühsam einen Platz, der auch heute noch sehr bescheiden ist, erobern konnten.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat deshalb beim Reichsarbeitsministerium einen Vorstoß gemacht, der zum Ziel hat die Schaffung wirklich leistungsfähiger Versicherungssträger — zunächst soll die WZL Grenzmark beseitigt werden — und die Selbstverwaltung, Wahl der beamteten Vorstandsmitglieder durch die Ausschüsse und entsprechenden Einfluß bei der Führung der Geschäfte. Hoffentlich findet dieses Vorgehen Verständnis bei den politischen Parteien.

Der preußische Haushalt.

Der Zwang der Verwaltungsreform.

Auf der Tagesordnung des Landtags stand gestern die erste Beratung des Haushalts für 1926.

Finanzminister Dr. Höpfer-Uhoff:

Die Finanzverwaltung verfügte bei Beginn des Rechnungsjahres 1925 über einen Betriebsfonds von 200 Millionen. Daraus sind aber vorläufigweise erhebliche Beträge zur Deckung von Anlageausgaben verbraucht, für den Ausbau der Elektrizitätswerke, der Häfen und der Bergwerke und für Zwecke der Landeskultur. Außerdem muß der Betriebsfonds dazu dienen, die erheblichen Fehlbeträge abzudecken. Nach dem Haushaltsplan für 1925 beläuft sich der Fehlbetrag des laufenden Jahres auf 229,1 Millionen. Nach der bisherigen Entwicklung darf damit gerechnet werden, daß dieser Fehlbetrag sich ermäßigen wird. Die Ueberweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer werden voraussichtlich dem preußischen Staat im laufenden Jahr ein Mehr von etwa 40 Millionen und die Einnahmen aus preußischen Steuern ein Mehr von etwa 20 Millionen erbringen. Wenn also auch das Defizit sich verringern wird, so wird doch

der Betriebsfonds am Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich verbraucht

sein, zumal durch die Hochwasserschäden und die Erwerbslosigkeit dem Staate zurzeit außergewöhnliche Ausgaben entstehen. Um so mehr wird es notwendig sein, den Haushaltsplan für 1926 unter allen Umständen ins Gleichgewicht zu bringen. Der Etat für 1926 schließt in Einnahme und Ausgabe mit einer Gesamtlücke von 3 322 331 000 M. ab. Wenn man die durchlaufenden Posten ausrechnet, so ergibt sich, daß sich die dauernden Ausgaben gegenüber dem Jahre 1925 um 73,9 Millionen vermindern, die einmaligen Ausgaben um 2 Millionen vermehrt haben. Eine gewisse Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan für 1925 ist nicht zu verkennen. Da aber der Haushaltsplan für 1925 mit einem Fehlbetrag von 229,2 Millionen abschloß, reicht diese Verbesserung nicht aus.

Es muß vielmehr aus der Hauszinssteuer noch ein Betrag von 92 Millionen für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates bereitgestellt werden.

Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem Reichsfinanzvergleich, der den Anteil der Länder an den großen Reichsteuern vergrößert und die Länder zum Ausgleich ihrer Fehlbeträge auf eine Erhöhung der Hauszinssteuer verwiesen hat. Es läßt sich nicht verkennen, daß auch der Haushaltsplan für 1926 noch immer eine viel zu starke Steuerbelastung vorsieht. Es wird daher Aufgabe der Staatsregierung und des Landtags sein müssen, durch weitere Ersparnismaßnahmen den Bedarf des Staates einzuschränken.

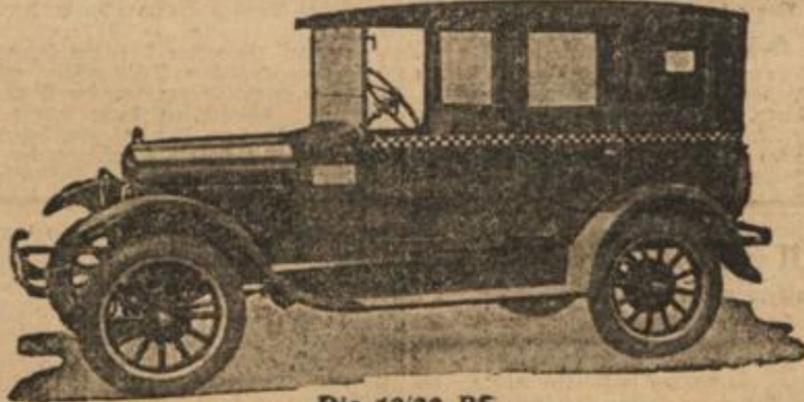
Solche Ersparnisse sind im großen Ausmaß nur möglich, wenn die Personalausgaben vermindert werden. Schon in diesem Jahre ist die Zahl der Beamten gegenüber dem Vorjahre um 751 Köpfe vermindert worden. Eine weitere Verminderung kann nur durch eine großzügige Verwaltungsreform herbeigeführt werden, zu der die Vorarbeiten mit allem Nachdruck begonnen werden müssen.

Dem Beschlusse des Aestestrats entsprechend wurde hierauf die allgemeine Aussprache zum Haushalt auf Donnerstag vertagt.

Dann lehnt das Haus gemäß dem gleichfalls ablehnenden Ausschlußbeschlusse einen deutschpolenparteilichen Antrag ab, der die Preussische Verfassung dahin abändern will, daß die von einem Strafverfahren erfassten Handlungen vor Abschluß des Strafverfahrens nicht zum Gegenstand des Verfahrens vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschusse gemacht werden können.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr nachmittags: Beginn der Etatsberatung für 1926.

Schluß nach 3 Uhr.



Die 10/20 PS

Ford

Kleinkraftdroschke

Nach polizeilicher Vorschrift

der

Dajag

ist da!

Preis 6900.- Mark

bei bequemer Teilzahlung

ca. 85% rein deutsche Arbeit und Leistung

Vierrad-Bremse
Flache Ballonbereifung,
Linksteuerung,
modernes tiefgelegenes
Chassis,
elegante Linienführung

Das größte Spezial-Ford-Reparaturwerk Deutschlands mit seinem Riesen-Ersatzteilelager verbürgt den Hauptvorteil des Ford-Wagen-Besitzers: keine Betriebsunterbrechung, weil schnellste Auswechslung aller Teile, Ersatzteile konkurrenzlos billig, Verwendung von Spezial-Ford-Reparatur-Maschinen, jahrelang geschulte Monteure.

ohne Schaltung, daher absolute Schonung des Getriebes, unvergleichlich schnelles Anfahrmoment, Gewicht des kompl. Wagens nur 960 kg, daher geringster Gummiverschleiß

Ford Depot der Dajag

DEUTSCH-AMERIKANISCHE AUTOMOBIL-INDUSTRIE A. G.
Berlin W15, Kurtfischendamm 206-207 :: Telephon: Bismarck 4654-55, 7041, 8023

AUTORISIERTE Ford VERTRETUNG

Der Himmelstischler.

Von Adolph Hoffmann.

„Am Gegenteil,“ war die Antwort, „es ist alles bis auf den letzten Platz belegt. Unzählige stehen draußen und können nicht mehr hinein.“

„Na, das ist doch fein,“ meinte der „Himmelstischler“ schmunzelnd.

Ich schloß mich meinem geehrten Vordredner mit dem Worte „großartig“ an.

Wir wendeten uns, um nach dem „Kronprinzen“ zu flüchten. Da packte uns der Lauchstädter Vertrauensmann an den Rockschößen und hielt uns fest mit den Worten:

„Um Himmels willen, auf keinen Fall nach dem „Kronprinzen“. Von den umliegenden Rittergütern sind die Inspektoren mit ihren mit Knüppeln bewaffneten Knechten angerückt und haben den ganzen Saal belegt.“

„Das ist ja glänzend,“ meinte der „Himmelstischler.“
„Da müssen wir doch hin und die günstige Position ausnützen,“ ergänzte ich.

„Die schlagen Euch sicher tot.“

jammerte, die Hände ringend, unser Schneider.

„Da müssen wir doch dabei sein,“ entgegnete mit himmlischer Ruhe der „Himmelstischler“.

„Seht lich der Lauchstädter unsere beiden Rockschöße los, packte mich dafür an beiden Rockausschlägen und, alle Rücksicht verlassend, schrie er mehr als er sprach: „Um Ihre Person dreht es sich hauptsächlich. Sie sind verloren, wenn Sie dort erscheinen.“

„Geben Sie sich keine Mühe, lieber Freund,“ entgegnete ich. „Sie meinen es gewiß gut, aber die Versammlung ist einberufen. Wir sind hier, und da komme, was da will. Wir müssen wenigstens versuchen, sie abzuhalten.“

Rochmals versuchte der Lauchstädter, uns von dem Vorhaben abzubringen.

„Wir sind doch keine Freiglinge,“ sagte der „Himmelstischler“, sich in die Brust werfend, die der arme dürre Kerl nicht besaß.

„Na, Spaß,“ sagte ich, Julius auf die Schulter klopfend, „wer so oft im Sarge gelegen wie Du, kennt keine Furcht.“

Vor dem „Kronprinzen“ war alles schwarz von Menschen. Besonders Frauen, die damals noch nicht in politische Versammlungen durften, und fast alle Kinder aus Lauchstädt hatte die Regierung hergetrieben.

Der „Himmelstischler“ fragte eine Frau, die mit dem Säugling auf den Armen nahe der Haustür stand: „Was ist denn hier los?“

„Ach, wir warten auf den Sozialdemokraten. Wir möchten auch mal so einen sehen.“

Julius entgegnete: „Na, dann gucken Sie mal uns beide an, dann sehen Sie gleich zwei.“

Der große Saal war gestopft voll. In jeder langen Tafel saßen mit tüchtigen Knüppeln bewaffnet Knechte und ihr Inspektor als Tonangebender.

Als wir den Saal betreten und sie uns erkannt hatten, gina ein ahrenbetäubender Lärm und ein Geschrei los, wie ich es selbst in den Stöcker- und Adwardi-Versammlungen nicht kennen gelernt habe. Es waren wirklich keine Schmeichelworte, die uns begleiteten.

„Kaiserwürder und Verbrecher“

waren darunter die nobelsten.

Knüppel wurden geschwungen, die mit langen Stiefeln bekleideten Beine uns in den Weg gestreckt, über die der „Himmelstischler“ dank seiner eigenen langen Beine verhältnismäßig leicht hinwegvollstreckte. Mir leistete meine in der Jugend betriebene Gymnastik Hilfe, und so erreichten wir trotz aller Hindernisse bei diesem Hürdenrennen doch unser Ziel, das Podium.

Ohne dem lebenswürdigen Empfang eine Stütze zu widmen, fing der „Himmelstischler“ an. Er war an diesem Tage fixer als der stolternde Apothekerlehrling, der da sang: „Am Keller brennt der Spiritus und alles steht in Flammen.“

Mit einer „Wuppitzität“, die ich ihm nie zugezogen hätte, stieß er nur die fünf Worte heraus:

„Der Redner hat das Wort.“

Schon stand ich auf dem Sprunge, aber — die unten auch. Ein fürchterlicher Lärm setzte ein. Der imponierte mir nicht, denn ich hatte in den antiseptischen Versammlungen das eine gelernt: Man kann länger schweigen, als die anderen lärmern, wenn auch — das will ich ehrlich zugeben — mir selbst das Schweigen nicht ganz leicht wurde. Aber — ein Teil der Knechte war durch den von den Inspektoren spendierten Kiesel in Viertelquartflaschen aufgeregt und drohte das Podium zu stürzen.

Selbst der „Himmelstischler“, den so leicht nichts aus der Ruhe bringen konnte, war aufgestanden und sah sich hilflos um.

In diesem Moment ließ der Lärm ein klein wenig nach, und ich schrie mit allem mir zu Gebote stehenden Stimmitteln in die Versammlung hinein:

„Ich weiß ja, daß Ihr angerückt seid, um mich zu verhauen.“ Einen Moment trat Verblüffung ein. Ich vermute heute noch, daß es geschah, weil man sich wunderte, daß so ein kleiner Rund eine so große Schnauze sein kann.

„Sie wollen mich verhauen, weil ich dummes Zeug schwache und das Volk aufhebe,“ fuhr ich fort.

Alle möglichen Zwischenrufe, die sicher nicht in Knigges „Umgang mit Menschen“ stehen, und ein Knüppel schwirren durch die Luft.

Die ersten lauten bei mir vorüber, ohne zu verfehlen, der letztere brach seine Schwingungen an dem neben mir stehenden Tisch. Nur eine energische Kopfbewegung schützte den „Himmelstischler“ vor seiner Bekanntheit. Ich nahm den Knüppel, der auf dem Tisch liegen geblieben war, und sagte, ihn wieder runterreichend:

„Den brauchen Sie ja n. c. h. er noch, wenn Sie mich verhauen wollen. Gleich würde ich nämlich dazu nicht rufen, denn bis jetzt habe ich weder Unfug geschwätzt, noch geheut. Ich mache Ihnen also folgenden Vorschlag:

Sie lassen mich zwanzig Minuten reden und — dann verhauen Sie mich.“

Dann wird jedermann sagen, die Prügel hat er für seinen Blat und sein Kupferrücken reichlich verdient.“

Natürlich waren während dieser Worte Zurufe erfolgt, wie: „Du kriegst die Reinigung schon noch früh genug“, „Dir hauen wir die Hude so voll, daß du nicht Piep sagen kannst“, „Schmeiß ihm doch ein Glas in die große Fresse!“

Die Inspektoren redeten auf die Knechte ein, sich nicht befahern zu lassen. Die Knechte aber wollten einen Grund zum Verhölzen haben.

Wir war in diesem Augenblick zu unserem Glück eine Lehre eingetroffen, von meinem alten Gefinnungsfreund Baumeister Kehler, wie man zu ganz Indifferenten sprechen müsse, und nach diesem Rezept mischte ich meinen Trank.

Dah der „Himmelstischler“ die Sache schon für uns als gewonnen ansah, bewies, daß er sein wertvollstes Kleinod aus der Tasche zog — seine Glocke, mit der er die erste sozialdemokratische Versammlung in Merseburg mit Frilische als Redner geleitet hatte, und die er mir einen Schatz hütete.

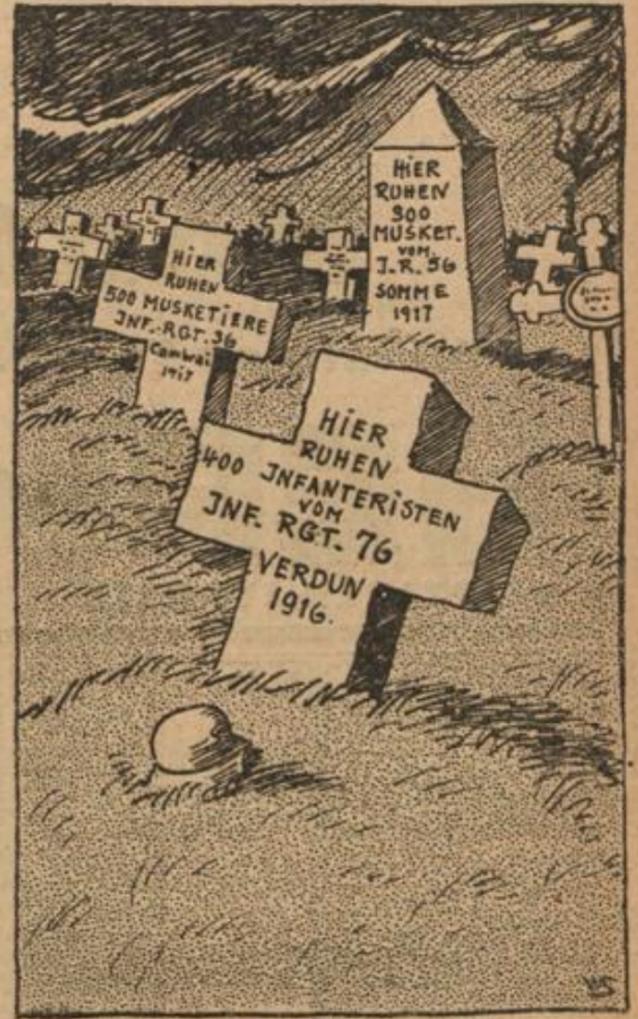
Er klingelte und sagte: „Ich bitte nun, während der zwanzig Minuten, die Sie dem Redner bewilligt haben, alle Störungen und Zwischenrufe zu unterlassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Verständigungsfrieden.



Die ihn nicht gewollt —



haben das erreicht.

Das erste Telephon und sein Erfinder.

Von Dr. B. Borchardt.

Vor wenigen Wochen wurde gemeldet, daß das Telephon auf eine 50jährige Geschichte zurückblicken kann. Betsach wurde bei dieser Gelegenheit auch der deutsche Lehrer Philipp Reis gedacht, der mit den einfachen Mitteln der Schule in dem kleinen Dörfchen Friedrichsdorf bei Homburg und zum größten Teil mit selbstgefertigten Apparaten schon im Jahre 1860 gelungene Versuche, Musik und auch die menschliche Sprache mit Hilfe des elektrischen Stromes zu übertragen, anstellte und bereits 1861 einen von ihm Telephon genannten Apparat konstruierte, der recht gut zum mindesten bei der Uebertragung von Musik funktionierte. Warum ist Philipp Reis fast vergessen? Warum hat sich an seine Erfindung keine Entwicklung angeschlossen, während dies 15 Jahre später bei dem Bellschen Telephon sehr rasch der Fall war? Der Grund liegt keinesfalls in der Unvollkommenheit des Reisschen Apparates. Bell sprach gegen eine vor einem Magneten befindliche Platte aus Eisenblech, und ihre dadurch hervorgerufenen Schwingungen beeinflussten den Zustand des Magneten. In einer ihn umgebenden Induktionspule entstanden dadurch elektrische Ströme von veränderlicher Stärke, die zu einem ganz gleichen Apparat geleitet werden, dessen Platte dadurch in analoge Schwingungen gerät, die sich der Luft mitteilen und vermittels unseres Ohres im Gehirne die entsprechenden Töne empfinden auslösen. Das Bellsche Telephon ist noch heute als Empfänger in Gebrauch, während es als Sender sehr bald durch das Mikrophon von Hughes ersetzt wurde, eine Platte, deren Schwingungen eine lose Kontaktstelle eines Stromes ein wenig ändern, so daß die so bewirkten Stromschwankungen an Stelle der induzierten Ströme im ursprünglichen Telephon treten. Betrachten wir den Reisschen Sender, so unterscheidet er sich von dem Mikrophon sehr wenig. Auch Reis erzeugt durch das Sprechen Schwingungen einer tierischen Membran, auf der eine Platinzunge spielt, die ein Platinblättchen, das mit einer Stromquelle in Verbindung steht, bald berührt, bald sich von ihm löst, wodurch der Strom bald geschlossen, bald unterbrochen wird. Es werden also Stromunterbrechungen statt Stromschwankungen benutzt. Wer erkennt nicht, daß von hier zum Mikrophon nur ein kleiner Schritt war, und ähnlich verhält sich sein Empfangsapparat gegenüber dem Bellschen Telephon. Entwicklungsfähig war diese Erfindung also durchaus, und Reis war auch vollkommen überzeugt, daß sie eine große Entwicklung haben werde. Was ist also der Grund, daß sie lediglich eine physikalische Spielerei blieb?

Der Grund ist recht einfach, wenn auch für Reis wie für manchen Erfinder, der das gleiche Schicksal geteilt hat, überaus tragisch: Die Erfindung kam keinem Bedürfnis entgegen, oder anders ausgedrückt, die Zeit war für diese Erfindung noch nicht reif. Die bürgerlichen Geschichtsschreiber verdammen gleich ihren Politikern den bösen Materialismus und namentlich auch die von Marx begründete materialistische Geschichtsforschung befaßt sich in Grund und Boden. Sie möchten gerne glauben machen, daß die Menschheit nur durch einzelne hervorragende Geister in ihrer gesamten Kulturentwicklung weitergeführt worden ist und weitergeführt werden kann, und daß ohne solche bevorzugten Köpfe die Menschheit heute noch in einem lastbar barbarischen Zustand verharren würde. Ach nein! so verhält es sich nicht. Das Streben nach Verbesserung und die Einsicht, die zu Verbesserungen führen kann, ist auf jedem Gebiet menschlicher Tätigkeit so überaus weit verbreitet, daß einzelne große Geister, an deren Namen sich irgendein bedeutender Fortschritt knüpft, recht wohl hätten ausfallen können, ohne daß der Fortschritt selbst ausgefallen wäre. Versteht man sich in irgendeine bedeutende wissenschaftliche Entdeckung oder technische Erfindung, so wird man das immer deutlich erkennen. Es gibt keine Entdeckung und Erfindung, die nicht ihre Vorläufer gehabt hat, die aber in den Anfängen stecken bleiben mußte, weil die Zeit für sie noch nicht gekommen war. War die Zeit aber reif, so haben wir stets eine ganze Reihe hervorragender Geister mit den in Frage stehenden Problemen beschäftigt, und es ist mehr oder minder zufällig, wenn es gerade gelingt, die Form zu finden, die dann die Grundlage der weiteren Entwicklung

wird und seinen Namen mit der Entdeckung resp. Erfindung für immer verknüpft. Natürlich ist es beschränkt, die Namen solcher Männer in ehrendem Andenken zu behalten, nur soll man ihre Verdienste nicht übertreiben und ihre Vorläufer nicht völlig vergessen.

Philipp Reis arbeitete unablässig an seiner Erfindung weiter, aber er blieb allein und ohne Mittel. Andere Probleme standen in der Mitte der sechziger Jahre und zu Anfang der siebziger Jahre im Mittelpunkt des wissenschaftlichen und namentlich des technischen Interesses und absorbierten die Hauptmasse der technisch eingestellten Köpfe und des dafür zur Verfügung stehenden Kapitals. In erster Linie ist hier die unterseeische Kabeltelegraphie zu nennen. Ihre Entwicklung begann in den fünfziger Jahren, und auch in den sechziger Jahren nahm sie alle Kräfte in Anspruch, um den Atlantischen Ozean zu überwinden und Europa mit Amerika zu verbinden. Weiter kam 1866 die Entdeckung des elektrolytischen Prinzips, die ziemlich gleichzeitig durch Werner Siemens in Deutschland und Wheatstone in England geschah. Hierdurch erhielt die Entwicklung elektrischer Motoren einen gewaltigen Aufschwung. In die gleiche Zeit fallen ferner die erfolgreichen Anfänge der elektrischen Beleuchtung. Es sehen wir drei große Aufgaben, die bis zu einem gewissen Grade gefördert sein mußten, ehe für das Fernsprechen das nötige Interesse und damit zugleich das nötige Kapital aufgebracht werden konnte. Als dann kurz nach Reis' Tode die der seinen ganz ähnliche Erfindung in Amerika gemacht wurde, fand sie einen günstigen Boden, so daß sie sich schnell entfaltete und entwickelte konnte. Aber auch das Andenken an Reis, dem während seines Lebens die Anerkennung verweigert blieb, soll nicht vergessen, sondern in Ehren gehalten werden.

Die erste USA-Stadt mit Gummiplaster. Die Stadt Cincinnati im Staate Ohio ist als erste Stadt in USA zur Gummiplasterung übergegangen. Es wurden, wie die „Amichau“ mitteilt, Gummiplatten von 30 : 15 : 2 1/2 Zentimeter auf Beton verlegt, und zwar auf eine Zroschenschicht einer heißen Masse, die mit Stampfaphosphat eine gewisse Kechnlichkeit hat, aber vornehmlich aus Zement und Gummi besteht. Die Platten sind miteinander verlappt und werden auf die Unterlage festgenagelt, um ein Vercken zu verhindern. Nicht Mann verlegten 60 Quadratmeter stündlich. Der Verkehr wickelt sich nun völlig geräuschlos ab. Weber die Hufeisen der Pferde noch die Eisenreifen schwerer Lastfahrzeuge hinterlassen auf dem Gummi Eindrucke.

Wieviele Vulkane gibt es? Die Zahl der Vulkane auf der Erde muß früher einmal außerordentlich hoch gewesen sein. Kann man doch heute noch von etwa 100 000 Erhebungen mit ziemlicher Sicherheit nachweisen, daß sie früher einmal vulkanischen Charakter gehabt haben. Ob alle zur gleichen Zeit, das ist natürlich eine Frage. Heutzutage dagegen zählt man nur noch etwa 300 Vulkane. Der vulkanärmste Erdteil ist Europa. Auf dem europäischen Festland gibt es überhaupt nur noch einen Vulkan, den Vesuv. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die meisten Vulkane sich auf Inseln oder an der Meeresküste befinden. Der Stille Ozean ist von ganzen Vulkansreihen förmlich umrandet.

Warnungsfarbe zum Anfrisch von Maschinenteilen. Die unzulässige Erwärmung von Maschinenteilen (Wagern u. a.) ist eine stete Sorge des Betriebs. Eine Farbe, die bei etwa 60—70 Grad, also beim Gefahrpunkt, ihr Aussehen auffallend ändert, bei Abkühlung aber wieder das alte Aussehen gewinnt, ist daher im Interesse leichter Ueberwachung der zu beaufsichtigenden Teile erwünscht. In Amerika werden bereits solche Warnungsfarben verwendet, und neuerdings sind Proben ähnlicher Farben dem deutschen Ausschuss für Energieleistung“ einersicht werden. Die Untersuchungen sind aber noch nicht abgeschlossen.

Berichtigung. In der gestrigen Fortsetzung des „Himmelstischler“ ist vor der 18. Zeile von unten eine Stelle ausgefallen, ohne die das folgende unverständlich bleibt. Sie lautet: Hier hätte die Sozialdemokratie natürlich noch nicht Boden gefaßt. Ein einziger Mann hielt zu unserer Partei, ein kleiner, etwas verwachener Schneider, der, da er selbständig und von Landherrschaft abhängig war, nur heimlich in Aktion treten konnte.

